



NATO 2030

Erfahrung · Herausforderung · Zukunft

DER AUTOR

Heinrich Brauß

ist Generalleutnant a. D. der Bundeswehr und Mitglied des Vorstandes der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Von Oktober 2013 bis Juli 2018 war er Beigeordneter Generalsekretär der NATO für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung, zugleich Abteilungsleiter der Defence Policy and Planning Division im Internationalen Stab der NATO und Vorsitzender des Defence Policy and Planning Committee des Nordatlantikrats. Brauß hatte somit die Federführung inne für die verteidigungspolitische Neuausrichtung der Allianz nach der Aggression Russlands gegen die Ukraine im Jahr 2014. Er war damit auf Stabsebene auch für die Vorbereitung der verteidigungspolitischen Aspekte der NATO-Gipfeltreffen in Wales 2014, Warschau 2016 und Brüssel 2018 zuständig. Ebenso war er auf Stabsebene verantwortlich für die Kooperation zwischen NATO und EU in der Entwicklung militärischer Fähigkeiten.



Davor war Brauß unter anderem Abteilungsleiter im Militärstab der EU, Kommandeur der ehemaligen Panzerbrigade 42 in Potsdam, Chef des Stabes im Hauptquartier der NATO-Operation SFOR in Sarajewo/Bosnien und Herzegowina, Dezernatsleiter im Stab des Deutschen Militärischen Vertreters im Militärausschuss der NATO und EU sowie Arbeitsbereichsleiter im Planungsstab des Bundesministers der Verteidigung Volker Rühle. Seit Ende 2018 ist Brauß Senior Associate Fellow der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin.

IMPRESSUM

Herausgeber

Deutsche Atlantische Gesellschaft e.V.
Dorotheenstraße 84 · 10117 Berlin
Telefon +49 (0) 30/20649134
Fax +49 (0) 30/20649136
info@ata-dag.de
Facebook: DtAtlGes
Twitter: @DAGATAGermany
www.ata-dag.de

ISBN 978-3-00-070477-2
© DAG 2021

Bildnachweise

Bild oben: NATO PDD, Seite 5, 11, 13, 22, 24, 55, 56: NATO,
Seite 4: DAG/Samantha Dietmar, Seite 15: Bundesregierung/Ulrich Wienke,
Seite 16: White House, Seite 28: Robert J. Fisch/CC BY 2.0, Seite 30: Bundeswehr/Bienert,
Seite 31: European Union 2014 – European Parliament/CC BY-NC-ND 2.0,
Seite 37: Alexander Chizhenok/Shutterstock.com, Seite 41: Bundeswehr/Kraatz,
Seite 42: Who is Danny/Shutterstock.com, Seite 45: Tom Buysse/Shutterstock.com,
Seite 46: U.S. Air Force photo/Staff Sgt. Christopher Boitz,
Seite 47: Bundesregierung/Steffen Kugler, Seite 53: Pixabay.com,
Seite 58: Andreas Wolochow/Shutterstock.com, Seite 59: Kremlin.ru, CC-BY 4.0

Gestaltung und Produktion: Druckerei Franz Paffenholz GmbH, Bornheim

Diese Broschüre wurde CO₂-neutral gedruckt.
Die Seiten im Innenteil bestehen zu 100 % aus Recyclingpapier
(Nautilus SuperWhite, FSC®-zertifiziert).

INHALT

Grußworte	4
Einleitung	6
Kapitel 1: Sicherheit für Europa – Die NATO im Kalten Krieg (1949–1989).....	9
Kapitel 2: Die NATO in einer neuen Zeit – Neue Partner und neue Aufgaben (1990–2014)	19
Kapitel 3: Sicherheitspolitische Zeitenwende in Europa – Russlands Aggression gegen die Ukraine 2014	35
Kapitel 4: Epochenwechsel – Chinas Aufstieg zur Weltmacht und die neue globale Großmachtkonkurrenz.....	50
Schlussbetrachtung.....	63
Quellenverzeichnis.....	64
Die Deutsche Atlantische Gesellschaft	67

GRUSSWORTE



Die komplizierte und bedrohliche Weltlage hat die Rahmenbedingungen für die Außen- und Sicherheitspolitik Deutschlands und Europas in den letzten Jahren grundlegend verändert. Umso wichtiger ist das Ringen um die Sicherung des Friedens. Hierbei bleibt die NATO unverzichtbarer Garant unserer Sicherheit. Die neue Bundesregierung wird sich dem Reformprozess der NATO zu widmen haben und dabei sicherlich einen Schwerpunkt auf die politische und strukturelle Stärkung des Bündnisses setzen.

Die Deutsche Atlantische Gesellschaft hat es sich mit ihren gut 3.000 Mitgliedern zur Aufgabe gemacht, das Verständnis für die Ziele des Atlantischen Bündnisses zu vertiefen und über die Politik der NATO zu informieren. Sie erklärt komplexe sicherheitspolitische Zusammenhänge in der Gesellschaft und bietet Raum für einen öffentlichen Diskurs und neue inhaltliche Impulse. Dies erreicht sie deutschlandweit durch Vorträge und Diskussionsveranstaltungen, insbesondere auch durch ihre etablierte, jährliche NATO-Konferenz im politischen Berlin.

Mit der vorliegenden Broschüre „NATO 2030“ wollen wir den Diskurs über die Sicherheit Deutschlands und Europas befördern. Ich freue mich, dass wir für diese Arbeit insbesondere auf die Erfahrung unseres Vorstandsmitglieds, Generalleutnant a. D. Heinrich Brauß, zurückgreifen konnten. Als ehemaliger Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung kennt er wie nur wenige die NATO von innen.

Die einzelnen Kapitel zeigen die wesentlichen Entwicklungsschritte des Bündnisses seit seinem Entstehen auf, erklären seine überdauernden politisch-militärischen Funktionen für unsere Sicherheit, analysieren die Herausforderungen, vor denen die Allianz heute steht, und erläutern ihr Programm für die Zukunft.

Ich danke allen, die ihre Zeit und Expertise in diese Publikation haben einfließen lassen. Möge sie einen Beitrag dazu leisten, den transatlantischen Gedanken zu befördern und diesen auch in die jüngere Generation weiterzutragen und aktuell zu halten.

Christian Schmidt

Hoher Repräsentant für Bosnien und Herzegowina
Bundesminister a. D.
Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft



Wir befinden uns an einem Wendepunkt: Die NATO steht vor bisher nicht gekannten sicherheitspolitischen Herausforderungen. Russlands Politik zeigt sich zunehmend aggressiv. China nutzt seine wachsende Macht, um andere Länder unter Druck zu setzen. Wir sind mit einer wachsenden Zahl an komplexen Cyberangriffen, einer anhaltenden terroristischen Bedrohung, der Weiterverbreitung von Atomwaffen und den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels konfrontiert. Alle diese Faktoren werden weitreichende Auswirkungen auf die euro-atlantische Sicherheit haben.

Nordamerika und Europa können diese Herausforderungen nur gemeinsam bewältigen. Im Juni 2021 haben die Staats- und Regierungschefs der NATO weitreichende Entscheidungen getroffen. Mit der NATO-2030-Agenda wird die Allianz ihre politische Einheit festigen, ihre Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit weiter stärken und ihre Partnerschaften ausbauen, insbesondere mit der EU. Die Bündnispartner werden ihre Widerstandsfähigkeit gegenüber Cyber- und hybriden Bedrohungen erhöhen und den Schutz kritischer Infrastruktur verbessern. Sie werden in moderne Technologien für unsere Streitkräfte investieren und die sicherheitspolitischen Auswirkungen des Klimawandels angehen. Und wir müssen die richtigen Schlussfolgerungen aus unserem Einsatz in Afghanistan ziehen.

Als größte europäische Wirtschaftsmacht und im Zentrum Europas gelegen, hat Deutschland eine besondere Verantwortung für die Stärkung der euro-atlantischen Sicherheit. Eine starke und leistungsfähige Bundeswehr spielt eine wesentliche Rolle für die Handlungsfähigkeit der NATO. Dazu gehört auch die verlässliche Fortführung der Nuklearen Teilhabe.

Die vorliegende Publikation von Generalleutnant a. D. Heinrich Brauß zeigt, wie die NATO seit ihrer Gründung große Herausforderungen bewältigt hat und wie sie auch die Zukunft meistern will. Ich danke ihm und der Deutschen Atlantischen Gesellschaft für ihr Engagement für die transatlantische Sache und für unser einzigartiges Bündnis.

Baiba Braže

Beigeordnete NATO-Generalsekretärin

Public Diplomacy Division, Internationaler Stab der NATO, Brüssel

EINLEITUNG

Im Juni 2021 kamen die Staats- und Regierungschefs der Nordatlantischen Allianz in Brüssel zu einem wichtigen Gipfeltreffen zusammen, erstmals mit dem neu gewählten amerikanischen Präsidenten Joe Biden. Sie trafen Entscheidungen von strategischer Reichweite: die NATO-2030-Agenda. Sie setzt die Marksteine für den Weg der Allianz in dieser Dekade. Russlands Aggression gegen die Ukraine, die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim und die Destabilisierung der Ostukraine im Jahr 2014 haben die sicherheitspolitische Lage in Europa fundamental verändert. Viele sprachen von einer Zeitenwende, denn es wurde klar, dass die jahrelangen Versuche, Russland als Partner des Westens zu gewinnen, gescheitert waren. Nach 20 Jahren Fokussierung auf internationale Krisenbewältigung außerhalb ihrer Grenzen musste die NATO mit der Wiederbelebung ihrer primären Aufgabe Abschreckung und Verteidigungsvorsorge reagieren. Nur wenige Jahre später steht sie abermals vor neuen, diesmal auch globalen Herausforderungen, denn der Aufstieg Chinas zur Weltmacht verändert das gesamte internationale System. Den westlichen Demokratien stehen mit China und Russland künftig zwei autoritäre Großmächte gegenüber. Dabei sehen die USA in China ihren Haupttrivalen, der zugleich die Demokratien im indopazifischen Raum und die gesamte westliche Allianz herausfordert.

Die US-Regierung versucht, ein „Bündnis der westlichen Demokratien“ gegen die autokratischen Großmächte zu schmieden. Dies wirkt sich auch auf die NATO aus. Ihre Hauptaufgabe bleibt, die Sicherheit im euro-atlantischen Raum zu wahren. Aber sie muss zugleich ihre politisch-strategische Rolle neu bestimmen, um in der herausziehenden globalen geopolitischen Konkurrenz der Großmächte ihrer Kernaufgabe auch künftig erfolgreich nachzukommen: Schutz und Sicherheit für alle Bündnispartner. Der NATO kommt dabei zugute, dass sie über Erfahrungen und Qualitäten verfügt, die sie als das stärkste und erfolgreichste Bündnis der Geschichte auszeichnen. Dieses Urteil verdankt sie ihren unvergleichlichen politisch-strategischen Funktionen und Strukturen, aber ebenso ihrer Resilienz und Anpassungsfähigkeit an sicherheitspolitische Veränderungen.

Die NATO repräsentiert die über Jahrzehnte gewachsene, einzigartige Sicherheitspartnerschaft zwischen Nordamerika und Europa, den beiden großen Zentren westlicher Demokratien mit

nahezu einer Milliarde Menschen. Ihr Schutz- und Sicherheitsversprechen gegen äußere Bedrohungen und die Verpflichtung zur Solidarität gelten für alle Bündnispartner, ob groß oder klein und unabhängig von ihrer geostrategischen Lage. Die Gewissheit gleicher Sicherheit hat Vertrauen und Stabilität in Europa geschaffen und die Renationalisierung von Verteidigung verhindert; die militärische Integration, die gemeinsame Verteidigungsplanung und der gemeinsame Streitkräfteplanungsprozess der NATO haben die Notwendigkeit, national Vorsorge gegen mögliche gegenseitige Bedrohungen zu treffen, obsolet gemacht. Die NATO bildet das Forum für permanente Konsultation der Verbündeten im Nordatlantikrat und in dessen zivilen und militärischen Ausschüssen über alle Fragen, welche die Sicherheit der Alliierten betreffen. Alle Entscheidungen werden im Konsens getroffen. Dies erhöht deren Glaubwürdigkeit und Legitimität in den Parlamenten und Bevölkerungen der Mitgliedstaaten. Generationen von Politikerinnen und Politikern, Diplomatinen und Diplomaten und zivilen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Stäben der Allianz haben diesseits und jenseits des Atlantiks eine gemeinsame transatlantische Grundhaltung entwickelt, die den inneren Zusammenhalt des Bündnisses über Jahrzehnte entscheidend geprägt hat.

Darüber hinaus bildet die NATO den institutionellen Rahmen für die militärische Präsenz amerikanischer Streitkräfte in Europa, die für den Schutz und, wenn nötig, die kollektive Verteidigung der Alliierten unerlässlich sind. Sie hat erst West-, dann ganz Europa in eine Sicherheits- und Verteidigungsgemeinschaft integriert und Ausgleich und Vertrauen unter den europäischen Nationen geschaffen, die sich vorher als Feinde gegenüberstanden. Zudem hat die NATO ein einzigartiges Netzwerk an partnerschaftlichen Beziehungen mit über 40 Ländern und internationalen Organisationen aufgebaut, einschließlich der Europäischen Union (EU) und den Vereinten Nationen (VN). Und sie verfügt mit der NATO-Kommandostruktur, dem Verbund von militärischen Hauptquartieren in Europa und Nordamerika, über eine permanente militärische Beurteilungs-, Planungs- und Führungskapazität wie keine andere internationale Organisation. Generationen von alliierten Offizieren und Unteroffizieren, Männern und Frauen, die in der NATO gedient haben und dienen, haben eine gemeinsame militärische Kultur entwickelt.

In den mehr als sieben Dekaden ihres Bestehens hat die NATO bedeutsame politische und militärstrategische Herausforderungen gemeistert, sicherheitspolitischen Umbrüchen in Europa standgehalten und dabei Sicherheit in und für Europa aktiv mitgestaltet. Daraus wird deutlich, dass die Allianz immer schon mehr als ein militärisches Verteidigungsbündnis war und ist. Sie hat auch eine unentbehrliche politische Funktion, nämlich einstmals zwölf und heute dreißig Nationen unter einer gemeinsamen politisch-strategischen Zielvorstellung zu vereinen, die auf gleichen Werten und gleichgerichteten sicherheitspolitischen Interessen beruht, und die daraus folgenden Maßnahmen einvernehmlich zu treffen, als demokratische, souveräne und gleichberechtigte Nationen. Ohne Zweifel gab und gibt es immer wieder Unstimmigkeiten und Konflikte unter den Verbündeten. Der Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration 1966, das Ringen um den NATO-Doppelbeschluss 1979, der Krieg einer US-geführten Koalition gegen den Irak 2003, der Streit um die Abwehr ballistischer Raketen als Teil des NATO-Dispositivs oder der andauernde griechisch-türkische Disput in der Ägais und im östlichen Mittelmeer sind bekannte Beispiele. Dennoch hat die Allianz ihre Einheit, gemeinsame Entscheidungsfähigkeit und Solidarität wahren können. Sie sind die zentralen Voraussetzungen für ihre Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund will diese Publikation der Deutschen Atlantischen Gesellschaft (DAG) die Entwicklung der NATO in kompakter Form über sieben Jahrzehnte nachzeichnen. Man kann sie als Abfolge unterschiedlicher politisch-militärischer „Inkarnationen“ der Allianz darstellen. Sie zeigen die spezifischen Herausforderungen der verschiedenen sicherheitspolitischen Epochen und deren charakteristische Merkmale, aber auch die jeweilige Rolle der NATO, ihre Anpassungsleistung an und ihr Beitrag zur Gestaltung dieser Epochen. Ebenso werden die politischen und militärischen Konstanten und Prioritäten deutlich, die das Bündnis beachten und verfolgen sollte, um das vor uns liegende Jahrzehnt zu bestehen und die NATO-2030-Agenda ins Werk zu setzen.

Das erste Kapitel befasst sich mit den wesentlichen politischen und militärstrategischen Entwicklungen im Kalten Krieg, also in der Zeit von 1949 bis 1989. Diese vier Jahrzehnte lassen sich in zwei große Abschnitte unterteilen: In den ersten Abschnitt bis 1966 fallen die sogenannte Block-Konfrontation zwischen NATO und Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion ebenso wie die Entwicklung der Abschreckungsstrategie der NATO und deren Anpassung an die Veränderung der militärstrategischen Bedingungen. Den zweiten Abschnitt leitet die politisch-militärische Doppelstrategie des Harmel-Berichts von 1967 ein, also die Kombination aus glaubwürdiger Verteidigungsfähigkeit und poli-

tischer Entspannung, mit der erste, wichtige Schritte in Richtung einer dauerhaften Friedensordnung in Europa möglich werden. Die Gründung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit (KSZE) in Europa und deren Schlussakte von Helsinki 1975 legen die Grundsätze und Verhaltensnormen für die Beziehungen aller Teilnehmerstaaten in Ost und West fest. Das neue politische Klima führt auch zu zahlreichen Verträgen zwischen den USA und der Sowjetunion zur Begrenzung und Reduzierung ihrer nuklearen Arsenale.

Das zweite Kapitel geht auf die Epochenwende nach dem Fall des Eisernen Vorhangs in Europa und die wechselvolle Zeit bis zum Jahr 2014 ein. Die NATO richtet sich vollkommen neu aus und gestaltet diese neue Ära entscheidend mit. Aus alten Gegnern werden neue Partner. Die Aufnahme neuer Mitglieder aus Mittelosteuropa wird begleitet von und verbunden mit neuer Kooperation mit Russland, ausgedrückt in der NATO-Russland-Grundakte von 1997, und den anderen Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion. Zugleich führt der Krieg auf dem Balkan zum ersten Kriegseinsatz der NATO in ihrer Geschichte. Die militärische Intervention, zunächst in Bosnien und Herzegowina, dann im Kosovo und später in Afghanistan und in Libyen, markieren die neue Ausrichtung: Krisen und Konflikte sollen von Europa ferngehalten werden. Die NATO verlagert faktisch ihren Schwerpunkt von kollektiver Verteidigung auf internationale Krisenbewältigung „out of area“ wie auch auf die Zusammenarbeit mit Partnern in Europa und darüber hinaus, die sich auch in gemeinsamen Kriseneinsätzen bewährt. Die politisch-militärische Transformation der NATO führt vor allem bei den europäischen Verbündeten zu tiefgehenden und weitreichenden Anpassungen ihrer Streitkräfte. Aus ‚schweren‘ Großverbänden, die für kollektive Verteidigung gebraucht wurden, müssen ‚leichte‘ Kontingente für multinationale Stabilisierungseinsätze werden, wohlgemerkt bei gleichzeitiger kontinuierlicher Kürzung der Verteidigungshaushalte.

Das dritte Kapitel widmet sich der sicherheitspolitischen Zeitenwende nach dem militärischen Einfall Russlands in die Ukraine und der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim im Februar/März 2014. Die NATO hat sich erneut einem fundamentalen Wandel der europäischen Sicherheitsordnung anzupassen. Sie reagiert mit der Neubelebung ihrer Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit. Das Kapitel beschreibt und erläutert die antagonistische Politik Russlands wie auch dessen hybride Destabilisierungsstrategie gegenüber der Allianz, Europa und einzelnen Nationen, der auch die Aufrüstung der konventionellen Streitkräfte und die Erweiterung des nuklearen Potentials dienen. Das weitgespannte Programm der NATO zur Stärkung ihres Abschreckungs- und

Verteidigungsdispositiv in Europa wird zusammengefasst und erklärt. Gleichzeitig behält die Allianz ihr Konzept der Projektion von Stabilität in Krisenregionen bei – mit neuem Schwerpunkt: Statt bewaffneter Intervention sollen ausgewählte Partner in der Peripherie Europas beim Aufbau eigener Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten unterstützt werden, und zwar sowohl im Süden (Jordanien, Irak und bis Sommer 2021 Afghanistan) als auch im Osten (Ukraine, Georgien). Am Ende dieses Kapitels werden auch die möglichen Auswirkungen thematisiert, die der rasche Kollaps von Regierung, Armee und Polizei in Afghanistan nach dem Abzug der NATO-geführten Koalition und die Übernahme der Macht durch die islamistischen Taliban auf die künftige Rolle der NATO in der internationalen Krisenbewältigung haben. Möglicherweise bedeutet diese Entwicklung einen Wendepunkt für den Ansatz, entfernte Krisenregionen von außen stabilisieren und so aufbauen zu wollen, dass gute und verantwortungsbewusste Staats- und Regierungsführung entsteht, die zu nachhaltiger, selbsttragender Stabilität führt.

Schließlich beschreibt und analysiert das vierte Kapitel die erneute grundlegende Veränderung der globalen sicherheitspolitischen Lage durch den Aufstieg Chinas zur Weltmacht und die damit einhergehende geopolitische und systemische Rivalität der Großmächte. Angesichts der Größe und Gleichzeitigkeit der geopolitischen und transnationalen Risiken und Gefahren steht die NATO erneut am Beginn einer neuen sicherheitspolitischen Epoche. Nach den Worten von Generalsekretär Jens Stoltenberg muss sie in der Zukunft militärisch stark bleiben, ihre politische Einheit und Geschlossenheit stärken und sich aktiver globalen Entwicklungen widmen, die für ihre künftigen Aufgaben relevant sind. Das Kapitel erläutert die ‚Natur‘ der neuen Herausforderungen ebenso wie die Kernelemente der NATO-2030-Agenda und legt dar, was die Allianz aus Sicht des Verfassers tun sollte, um die künftigen regionalen und globalen Herausforderungen zu bestehen. Schließlich werden die wesentlichen Folgen der notwendigen Anpassung der NATO für die europäischen Nationen und insbesondere für Deutschland erörtert.

Der Text der vorliegenden Publikation ist keine historisch-wissenschaftliche Studie im strengen Sinne, sondern eine reflektierte, systematische und strukturierte Abhandlung, welche über die Entwicklung der NATO über sieben Jahrzehnte hinweg informieren und diese erklären will. Insofern stellen die folgenden Kapitel eine Synopse der wesentlichen Faktoren oder Faktorenbündel dar, welche die Evolution des transatlantischen Bündnisses bestimmt haben. Sie illustrieren seine einzigartige strategische Rolle und Leistungsfähigkeit, die in seinen konstanten Kernfunktionen ebenso wie in seiner Anpassungs- und Gestaltungsfähigkeit

gründen und auch in die Zukunft tragen. Sie beschreiben daher auch die Herausforderungen, vor denen die transatlantische Gemeinschaft als Ganze heute sicherheitspolitisch steht und der sie sich ebenso wie die europäischen Nationen und besonders Deutschland aus Sicht des Autors stellen muss.

Die einzelnen Kapitel beruhen auf langjährigen beruflichen Erfahrungen, dem eingehenden Studium der Quellen und vielen Gesprächen mit sicherheitspolitischen Expertinnen und Experten in der NATO und in Deutschland. Die Auswahl der vielen Ereignisse und Entwicklungen, die Art ihrer Zusammenfassung und die Darstellung von Zusammenhängen ist notwendigerweise selektiv und stellt insofern die persönliche Sichtweise des Verfassers dar.

Der Autor ist dankbar für den professionellen Rat und die wertvollen Hinweise, die er von sicherheitspolitischen Experten erhalten hat – Persönlichkeiten, die mit der internationalen Sicherheitspolitik vertraut sind, die NATO in verantwortlichen Positionen mitgestaltet haben oder dem Bündnis aus langjähriger beruflicher Erfahrung verbunden sind: Botschafter a. D. Dr. Klaus Scharioth, ehemaliger Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und Botschafter in den USA; General a. D. Klaus Naumann, in den 1990er Jahren Generalinspekteur der Bundeswehr und anschließend Vorsitzender des NATO-Militärausschusses in Brüssel; Generalleutnant a. D. Karl Müllner, ehemaliger Abteilungsleiter Militärpolitik im Bundesministerium der Verteidigung und langjähriger Inspekteur der Luftwaffe; Dr. Karl-Heinz Kamp, vormaliger Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik und heute Beauftragter des Politischen Direktors im Bundesministerium der Verteidigung; die Politikwissenschaftlerin Svenja Sinjen von der Stiftung Wissenschaft und Demokratie; Werner Sonne, langjähriger ARD-Korrespondent in Bonn, Hamburg, Berlin, Washington und Warschau sowie Generalmajor Jörg See, Stellvertretender Beigeordneter NATO-Generalsekretär für Verteidigungspolitik und Streitkräfteplanung im Internationalen Stab der NATO in Brüssel. Außerordentlicher Dank gebührt Dr. Nicolas Fescharek von der DAG für seine vorzüglichen Beiträge zur Entwicklung des Konzepts dieses Bandes und seine engagierte Mitwirkung an der Redaktion des Textes. Für ihre fachkundige und zuverlässige Hilfe bei der Erstellung dieser Publikation dankt der Verfasser Kamala Jakubeit und Elisabeth Tsirkinidou von der DAG. Engagiert geholfen haben auch Christina Forsbach und Dr. Martin Hartmann. Allen ein herzliches Dankeschön.

1

SICHERHEIT FÜR EUROPA – DIE NATO IM KALTEN KRIEG (1949 – 1989)

1947
Truman-Doktrin

1948
Berlin-Blockade; kommunistische Staatsstrieche in Ungarn und der Tschechoslowakei

1948 – 1952
Marshall-Plan

1949
Gründung der NATO

1950
Invasion Südkoreas durch das kommunistische Nordkorea: Korea-Krieg bis 1953

1954/55
Pariser Verträge; Beendigung des Besatzungsstatuts in Westdeutschland

1955
Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zur NATO

1957
„Sputnik-Schock“

1962
Kuba-Krise

1966
Austritt Frankreichs aus der militärischen Integration der NATO

1967/68
Harmel-Bericht über die „Künftigen Aufgaben der Allianz“ und Militärstrategie der „Flexiblen Erwidern“

1969
Beginn der Strategic Arms Limitation Talks (SALT)

1972
SALT-I-Vertrag

1973
Eröffnung der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE)

1975
Schlussakte der KSZE (Helsinki)

1976
Beginn der Aufstellung von SS-20-Mittelstreckenraketen durch die Sowjetunion

1979
NATO-Doppelbeschluss; SALT-II-Vertrag

1987
Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion über die Abschaffung aller nuklearen Mittelstreckensysteme (INF-Vertrag)

1989
Fall der Berliner Mauer

SICHERHEIT FÜR EUROPA

DIE NATO IM KALTEN KRIEG (1949 – 1989)

Wer von heute aus auf die ersten vier Jahrzehnte des nordatlantischen Verteidigungsbündnisses zurückblickt, denkt an den Kalten Krieg, an die politische, militärische und ideologische Konfrontation zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion, zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt. Man sprach von einem Antagonismus der Blöcke, der die sicherheitspolitische Lage in Europa vierzig Jahre lang bestimmte. Sichtbares Merkmal waren die Berliner Mauer und der Eisernen Vorhang, die Deutschland und Europa teilten. ‚Kalt‘ war dieser Systemkonflikt zwischen dem freien, demokratischen Westen und dem kommunistischen Osten, weil er trotz der hochgerüsteten Armeen, die sich mitten in Europa und im geteilten Deutschland gegenüberstanden, nie zu einer direkten militärischen Auseinandersetzung in Europa führte, wohl aber zu sogenannten Stellvertreterkriegen in anderen Teilen der Welt (wie etwa in Korea 1950 bis 1953 oder Vietnam 1965 bis 1975).

Im Rückblick mag man versucht sein, die ersten vierzig Jahre der NATO für eine Zeit militärisch dominierter Stagnation zu halten, die lange vorbei ist und aus der keine Lehren für die heutigen Herausforderungen zu ziehen sind. Dies wäre ein Fehlschluss. Der Kalte Krieg sah viele bedeutende und wegweisende politische Entwicklungen, die Europa und die Rolle Deutschlands wesentlich veränderten und teilweise noch heute wirksam sind. Er sah auch eine bemerkenswerte Entwicklung des politisch-strategischen Denkens im Rahmen der NATO, das nicht nur ihre militärische, sondern auch ihre politische Rolle in Europa schrittweise veränderte: von der Bewahrung von Sicherheit und Frieden in Europa zu aktiver Gestaltung von Stabilität. Ihre Kernfunktion und die oberste Leitlinie ihrer Strategie blieben stets die gleichen: Schutz und Sicherheit für alle ihre Mitglieder gegen alle äußeren Bedrohungen und Erhalt des Friedens in Europa. Die Bundesrepublik Deutschland wiederum entwickelte sich von einem zerstörten und besetzten Land zu einer der wichtigsten europäischen Mächte in der Allianz.

Aus der historischen Distanz, die einen Blick auf größere Zusammenhänge, Strukturen und Entwicklungslinien erlaubt, lassen sich

zwei große Phasen der Entwicklung der NATO zwischen 1949 und 1989 erkennen, in denen zugleich entscheidende Merkmale und politisch-strategische Funktionen der Allianz offenbar werden: Erstens die Zeit von ihrer Gründung im April 1949 bis weit in die 1960er Jahre, die wesentlich von der Strategie der Kriegsverhinderung durch nukleare Abschreckung geprägt war. Und zweitens die Phase von 1967 an, als die NATO mit dem Harmel-Bericht und der Militärstrategie der „Flexiblen Erwidern“ („*Flexible Response*“) eine Phase der politischen Entspannung einleitete und den Weg ebnete zu kooperativer Rüstungskontrolle und -begrenzung und schließlich zu Abrüstung.

Gründung der Nordatlantischen Allianz

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zerfiel die Anti-Hitler-Koalition aus Großbritannien, den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion rasch. Die Errichtung kommunistischer Regime in Polen, Rumänien und Bulgarien, die Staatsstiche in Ungarn und in der Tschechoslowakei und besonders auch die Berlin-Blockade 1948, mit der die Sowjetunion West-Berlin in die Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ) Deutschlands eingliedern wollte, ließ bei den Westmächten die Überzeugung wachsen, dass der sowjetische Herrscher Josef Stalin seinen Herrschaftsbereich weiter nach Westen ausdehnen wollte und versucht sein könnte, ganz Deutschland militärisch zu überrennen. Denn im Gegensatz zu den Westmächten, die ihre Streitkräfte nach Ende des Krieges drastisch reduziert hatten, unterhielt die Sowjetunion weiter eine große Armee in ihrem Einflussgebiet.¹ Die US-amerikanische Regierung vollzog schon 1947 mit der „Truman-Doktrin“ eine außenpolitische Wende und leitete eine Politik der Eindämmung („*Containment*“) ein.² Damit wollte sie „freien Völkern“ zu Hilfe kommen, „die sich der angestrebten Unterwerfung durch bewaffnete Minderheiten oder durch äußeren Druck widersetzen“ – eine klare Ansage, der Einflussnahme der Sowjetunion auf frei gewählte Regierungen und Demokratien in Europa entgegenzutreten.³ Die Invasion Südkoreas durch das kommunistische Nordkorea 1950 ließ die Furcht vor kommunistischer Expansion in Westeuropa weiter wachsen.



Unterzeichnung der Pariser Verträge 1947: Die Bundesrepublik Deutschland wird eingeladen, der NATO beizutreten.

Oberstes Ziel der USA war es damals, die weltweite Ausbreitung der kommunistischen Ideologie und den damit verbundenen Machtanspruch der Sowjetunion mit allen Mitteln zu verhindern.⁴ Ihm lag auch die strategische Notwendigkeit zugrunde, als globale Seemacht den sicheren Zugang zu Amerikas Gegenküsten zu erhalten und zu sichern – als Voraussetzung für den Erhalt seiner Weltmachtpolitik gegenüber der ausgreifenden sowjetischen Kontinentalmacht. Der Schutz Westeuropas gegen die Sowjetunion durch ein US-geführtes Bündnis diente also auch der strategischen Vorverteidigung der USA. Vor diesem Hintergrund kam es darauf an, Westeuropa zu stabilisieren und vor einer Ausweitung des sowjetischen Machtbereichs zu schützen. Dem diente einerseits der Marshall-Plan, mit dem zwischen 1948 und 1952 der wirtschaftliche Aufbau in den kriegszerstörten westeuropäischen Ländern, einschließlich der ehemaligen Kriegsgegner Westdeutschland und Österreich, mit Milliardenhilfen angekurbelt wurde. Andererseits musste ein Schutz- und Verteidigungsbündnis in Europa zur Abwehr der sowjetischen Bedrohung gegründet werden. Mit dem so genannten Brüsseler Pakt hatten Großbritannien, Frankreich und die Beneluxstaaten 1948 zwar ein europäisches Schutzbündnis gegründet. Aber die sowjetische Bedrohung verlangte das verteidigungspolitische Engagement der USA in Europa. Denn im Gegensatz zu den Westeuropäern waren die USA der Sowjetunion militärisch überlegen. Zwar hatte die Sowjetunion im Jahr 1949 mit der Zündung ihrer ersten Atombombe das seit 1945 bestehende Nuklearwaffen-Monopol der Vereinigten Staaten grundsätzlich durchbrochen. Aber die USA hatten weit überlegene Luftstreitkräfte als Träger ihrer Nuklearwaffen und waren auf Jahre hinaus selbst nicht verwundbar, weil die Sowjetunion über keine weitreichenden Trägermittel verfügte.

Am 4. April 1949 wurde mit der Unterzeichnung des Nordatlantikvertrags in Washington die NATO gegründet. Sie hatte damals zwölf Mitglieder.⁵ Der Vertrag besticht durch seine Kürze und Sachlichkeit. Von seinen nur 14 Artikeln sind die folgenden vier die wichtigsten:

- In Artikel 5 vereinbaren die Vertragsparteien, dass „ein bewaffneter Angriff gegen eine oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird“. Sie vereinbaren, dass im Falle eines solchen bewaffneten Angriffs jede von ihnen in Ausübung ihres Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung nach Artikel 51 der Charta der Vereinten Nationen, der angegriffenen Partei oder den angegriffenen Parteien beisteht und, individuell und gemeinsam mit den anderen, die als notwendig erachteten Maßnahmen ergreift, einschließlich der Anwendung militärischer Gewalt. In diesem nüchternen Vertragstext kommt der Kern und die Hauptfunktion der NATO zum Ausdruck: die inzwischen so genannte „kollektive Verteidigungs-garantie“.
- In Artikel 6 wird der Geltungsbereich der kollektiven Verteidigung definiert: das Territorium einer jeden Vertragspartei in Europa oder Nordamerika, Inseln unter der Hoheit einer Vertragspartei im NATO-Vertragsgebiet (nördlich des Wendekreises des Krebses) oder deren Schiffe oder Flugzeuge dort. Diese Formulierung gilt es für mögliche künftige Einsätze und Aktionen der Verbündeten im Blick zu behalten.⁶
- In Artikel 3 verpflichten sich die Mitgliedstaaten, einzeln und gemeinsam, mittels kontinuierlicher und wirkungsvoller Selbsthilfe und wechselseitiger Unterstützung, die eigene und die kollektive Fähigkeit zu erhalten und fortzuentwickeln, einem bewaffneten Angriff zu widerstehen. Dieser Artikel ist die Grundlage für die Erwartung, dass jeder Verbündete diejenigen Streitkräfte entwickelt und einsatzbereit hält, welche die NATO von ihm für ihre Aufgaben braucht. NATO-Streitkräfteziele für jeden einzelnen Bündnispartner beruhen letztlich auf diesem Artikel. Es gibt Stimmen, vor allem aus den USA, die ein Junktum zwischen dem nationalen Engagement und der kollektiven Verteidigungspflicht herstellen.
- Schließlich macht Artikel 4 die Zusage, dass die Verbündeten einander konsultieren, sobald einer von ihnen glaubt, seine territoriale Integrität, politische Unabhängigkeit oder Sicherheit seien bedroht. Diese bedrohungsbezogene Konsultation ist beispielsweise von Polen im Nordatlantikrat im Jahr 2014 nach der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine beantragt worden. Der Rat entscheidet in solchen Fällen im Konsens, was dann zu tun ist.

Am 5. Mai 1955, zehn Jahre nach Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde der Beitritt der damaligen Bundesrepublik Deutschland zur NATO rechtskräftig. Sie wurde ihr fünfzehntes Mitglied. Grundlage waren die Pariser Verträge von 1954/55, die das Besatzungsstatut in Westdeutschland beendeten. Die Bundesrepublik wurde – von bestimmten Einschränkungen abgesehen – in wesentlichen Punkten innen- und außenpolitisch souverän.⁷ Sie trat ebenso wie Italien dem Brüsseler Pakt bei, der damit zur Westeuropäischen Union (WEU) erweitert wurde. Großbritannien, Kanada und die USA sicherten zu, Streitkräfte auf dem europäischen Kontinent zu stationieren. Alle NATO-Streitkräfte in Europa wurden dem Obersten Alliierten Befehlshaber in Europa SACEUR (*Supreme Allied Commander Europe*) unterstellt. Als Antwort auf all dies wurde am 14. Mai 1955 der Warschauer Pakt unter Führung der Sowjetunion gegründet. Die Block-Konfrontation begann.

Die NATO wurde zum entscheidenden Katalysator für die verteidigungspolitische Integration des freien Teils Europas.

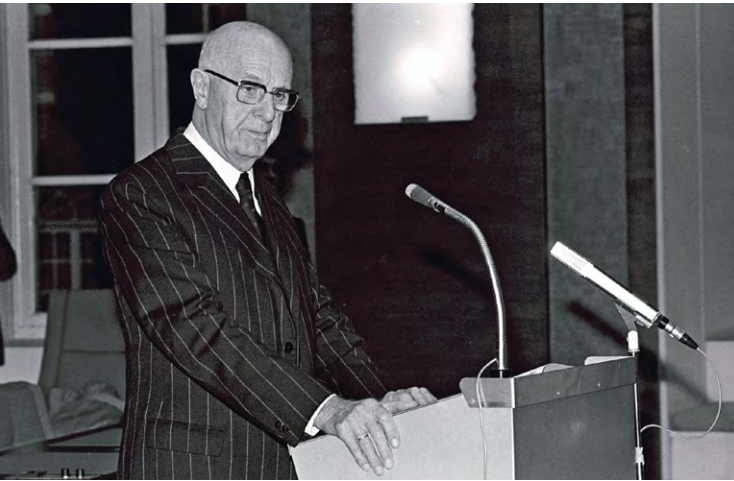
Aus politischer Sicht können die Bedeutung dieser Entwicklung und die Rolle der NATO nicht hoch genug eingeschätzt werden: Die USA wurden mit Streitkräften in Europa verankert, sie wurden eine europäische Macht. Westdeutschland wurde wieder gleichberechtigtes Mitglied der Völkergemeinschaft, weil sein wirtschaftliches und künftiges militärisches Potential gebraucht wurde. Es vollzog die Integration in den politischen Westen, das große Ziel von Bundeskanzler Konrad Adenauer. Mit dem Aufbau der Bundeswehr wurde Westdeutschland das zentrale Mittelstück der Bündnisverteidigung in Europa. Auch deshalb wuchsen ihr über die Jahre Vertrauen und Respekt der Verbündeten zu. Andererseits machte die Integration Westdeutschlands in die NATO und die Präsenz bedeutender amerikanischer Streitkräfte in Westdeutschland die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik, des ehemaligen Kriegsgegners, für die anderen europäischen Nationen erträglich und vertrauensvolle Zusammenarbeit als Verbündete möglich. Umgekehrt war die US-Präsenz und die der anderen Verbündeten mit Truppen in Westdeutschland maßgebend für die Sicherheit der jungen Bundesrepublik. Die NATO wurde also zum entscheidenden Katalysator für die verteidigungspolitische Integration des freien Teils Europas.

Sie war auch ein Instrument der sich entwickelnden globalen Führungsrolle der USA und Teil des Aufbaus neuer internationaler Institutionen unter amerikanischer Führung. Den Grundstein legte das internationale Abkommen von Bretton Woods, mit dem das internationale Währungssystem mit dem US-Dollar als Leitwährung geschaffen wurde. Ende 1945 wurden die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) gegründet. Zudem wurden 1947 mit dem Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen eine internationale Vereinbarung über den Welthandel getroffen und Schritt für Schritt Zölle und andere Handelshemmnisse abgebaut.

Entwicklung der Abschreckungsstrategie der NATO

Für die militärische Verteidigungsvorsorge waren die geopolitischen Verhältnisse und die Streitkräftekonstellation in den 1950er Jahren ungünstig und gefährlich, vor allem aus deutscher Sicht. Der Warschauer Pakt war hochgerüstet, was ihm die Option eines Überraschungsangriffs gab. Das militärstrategische Konzept der NATO sah grundsätzlich vor, einem solchen Angriff mit einer Kombination aus „Vorneverteidigung“ mit konventionellen Streitkräften und einem raschen nuklearen Gegenangriff zu begegnen.⁸ Die USA hatten mit ihrer im Zweiten Weltkrieg aufgebauten strategischen Bomberflotte die dazu nötige Luftherrschaft. Die zunächst schwachen NATO-Landstreitkräfte sollten das Fortschreiten eines möglichen konventionellen Angriffs verlangsamen, um dann mit einem massiven Nuklearwaffeneinsatz der USA die Angriffskraft der Sowjetunion und des Warschauer Pakts zu brechen. Bodentruppen waren gewissermaßen der ‚Schild‘ der NATO, die nuklearen Waffen der USA ihr ‚Schwert‘. Damals ging es also im Kern planerisch um atomare Kriegsführung mitten in Europa. Westdeutschland wäre „Kampfzone“ und das Hauptschlachtfeld der Blöcke geworden – aus heutiger Sicht unvorstellbar.

Die uneingeschränkte Fähigkeit der USA aber, dem Warschauer Pakt die atomare Vernichtung seiner Armeen und der Sowjetunion selbst die Ausschaltung ihrer Industrie- und Führungszentren androhen zu können, sollte Moskau davon überzeugen, dass sich Krieg nicht lohnte. Der Kerngedanke von Abschreckung war geboren: die Androhung des nuklearen „Schreckens“ demgegenüber, der Krieg erwägt, mit dem Ziel, ihn davon abzuhalten, weil er bei vernünftiger Risikobewertung zu dem Schluss kommen würde, dass er nicht nur keinen Erfolg hätte, sondern der Schaden für ihn weit größer wäre als der erhoffte Gewinn. Die Strategie der „Massiven Vergeltung“ („*Massive Retaliation*“) mit Nuklearwaffen, welche die NATO schließlich 1957 beschloss, diente der Kriegsverhinderung und damit der Sicherheit des freien Westens.



Belgischer Außenminister Pierre Harmel 1967

Der britische Premierminister Winston Churchill beschrieb im Jahr 1955 mit einer düsteren Feststellung die Paradoxie nuklearer Abschreckung: „Sicherheit wird das stämmige Kind des Schreckens sein und Überleben der Zwillingbrüder der Auslöschung.“⁹

Der Sputnik-Schock im Jahr 1957 veränderte die Lage grundlegend. Als erster gelang es der Sowjetunion, einen Satelliten in eine Erdumlaufbahn zu bringen. Militärisch bedeutete dies, dass sie nun ebenfalls zum Bau von weitreichenden Interkontinentalraketen fähig war, die Nordamerika erreichen konnten. Plötzlich waren auch die USA einer nuklearstrategischen Bedrohung selbst ausgesetzt und im eigenen Land verwundbar. Die Kuba-Krise 1962 tat ein Übriges. Beide Atommächte standen am Rand eines Nuklearkriegs mit unabsehbaren Folgen für sie selbst. Das Erschrecken darüber in Moskau und Washington führte zu einem Prozess des Umdenkens. Beide richteten den ‚heißen Draht‘ ein, damit direkte Kommunikation der beiden politischen Spitzen in Krisen möglich wurde. Beide akzeptierten die wechselseitige „gesicherte nukleare Zweitschlagsfähigkeit“ gegen das Territorium des jeweils anderen. „Wer zuerst schießt, stirbt als zweiter“, lautete das sarkastische Motto dafür. Beide akzeptierten bewusst die damit verbundene Möglichkeit der „sicheren wechselseitigen Vernichtung“ – der *Mutual Assured Destruction*, MAD (US-Verteidigungsminister Robert McNamara 1965).

Durch dieses „Gleichgewicht des Schreckens“ entstand – paradoxerweise – aus Sicht beider Kontrahenten strategische Stabilität. Politisch gestand die Sowjetunion dem Westen die „Friedliche Koexistenz“ der Systeme zu. Seither haben die Sowjetunion und später Russland und auf der anderen Seite die USA alles vermieden, um irgendwo auf der Welt in eine direkte militärische Auseinandersetzung zu geraten. Die Kehrseite dieser Militärstrategie war die fortgesetzte Rüstung mit Sprengköpfen und Trägermit-

teln auf beiden Seiten. Polemisch wird dies auch heute ‚Wettrüsten‘ oder ‚Rüstungswettlauf‘ genannt, was irrigerweise nahelegt, es sei einzig darum gegangen, mehr Waffen als die Gegenseite zu haben. Tatsächlich ging es um die Erweiterung eigener oder die Einschränkung gegnerischer Optionen. Der Erhalt der Zweitschlagsfähigkeit beispielsweise verlangte die Gewissheit, nach einem atomaren Erstschlag durch den Gegner mit vernichtenden Auswirkungen auf jeden Fall genügend Mittel zu besitzen, die für einen vernichtenden Gegenschlag, den Zweitschlag, nötig gewesen wären. Das gegenseitige Misstrauen trieb die Anstrengungen ständig voran.

Ein neuer Ansatz – Der Harmel-Bericht und die Strategie der „Flexiblen Erwiderung“ von 1967

Das nukleare Patt und die Logik der atomaren Zweitschlagsfähigkeit führten nicht nur zu riesigen Arsenalen mit Tausenden von Sprengköpfen auf beiden Seiten und verschlangen enorme Ressourcen, sondern bargen im Falle eines menschlichen Irrtums oder Systemversagens auch ein tödliches Risiko. Auch aus diesem Grund verließ Frankreich 1966 die militärische Integration der NATO. Der französische Präsident Charles de Gaulle hielt die Nuklearstrategie der NATO und insbesondere die erweiterte nukleare Abschreckung der USA zum Schutz der europäischen Alliierten, die selbst nicht über Atomwaffen verfügten, für nicht glaubwürdig. Er war der Überzeugung, dass wegen der verheerenden Wirkung von Nuklearwaffen über deren Einsatz, der unter Umständen die Existenz einer Nation oder ganzer Regionen gefährden könnte, nur die verantwortliche politische Führung einer jeden Nation für diese selbst, nicht aber für andere entscheiden könne. Frankreich wollte in militärstrategischen Fragen von den USA unabhängig werden und stellte seine eigene *Force de dissuasion nucléaire* auf. Das NATO-Hauptquartier zog von Paris nach Brüssel um, das militärische Oberkommando SHAPE (*Supreme Headquarters Allied Powers Europe*) von Fontainebleau ins belgische Mons. Rund 30.000 NATO-Soldaten verließen Frankreich.

Im Dezember des gleichen Jahres schuf die NATO die Nukleare Planungsgruppe (*Nuclear Planning Group*, NPG). Sie ist das Gremium, in dem die Verteidigungsminister und Verteidigungsministerinnen der Allianz, also auch die der Nicht-Nuklearstaaten, die politische Kontrolle über die Nuklearstrategie der NATO ausüben. Sie beraten und entscheiden über nukleare Planung und Übungen. Über den Einsatz von Nuklearwaffen würden im Krieg ausschließlich der amerikanische Präsident oder der britische Premierminister entscheiden. Die Teilhabe der europä-

ischen Verbündeten an nuklearer Planung und an Übungen mit Nuklearwaffen wie auch deren Lagerung (in sogenannten Sondermunitionslagern) auf dem Territorium von europäischen Mitgliedstaaten war und ist heute noch ein wirksames Mittel, die Verbreitung von Atomwaffen in Europa zu verhindern. Frankreich ist bis heute kein Mitglied der NPG, kehrte aber im Jahr 2009 in die integrierten Militärstrukturen der NATO zurück.

Die NATO suchte nach Alternativen zur bisherigen Militärstrategie. Es ging um eine politisch-strategische Standortbestimmung. Es galt, aus der Sackgasse der starren Blockkonfrontation und des permanenten Strebens nach nuklearem Gleichgewicht, das zu immer weiteren Rüstungsspiralen führte, herauszukommen und Wege zum Dialog mit den Warschauer-Pakt-Staaten zu finden. Mit dem Harmel-Bericht von 1967 über die „Künftigen Aufgaben der Allianz“ und der Anfang 1968 gebilligten Militärstrategie der „Flexiblen Erwiderung“ („*Flexible Response*“) ¹⁰ begann eine neue Ära der politisch-strategischen Ausrichtung der NATO.

Harmel-Bericht: „Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung sind kein Widerspruch, sondern ergänzen einander.“

Der vom Nordatlantikatrat auf Ebene der Außenminister gebilligte Bericht der *Special Group* unter Leitung des damaligen belgischen Außenministers Pierre Harmel schlug eine politisch-militärische Doppelstrategie vor: Einerseits Aufrechterhaltung angemessener militärischer Stärke zur Abschreckung einer Aggression und zur Verteidigung der Mitgliedstaaten im Fall eines Angriffs; andererseits die Bemühung um dauerhafte Beziehungen zu den Staaten des Warschauer Pakts, um grundlegende politische Streitfragen in Europa, vor allem die „Deutsche Frage“, zu lösen. Der Bericht stellte fest: „Militärische Sicherheit und eine Politik der Entspannung sind kein Widerspruch, sondern ergänzen einander.“ Alle Verbündeten sollten sich an der Implementierung der Entspannungspolitik beteiligen, ohne die Einheit der Allianz zu gefährden. Ziel war ein gesichertes militärisches Gleichgewicht in Europa durch kooperative Rüstungskontrolle und ausgewogene, beiderseitige Abrüstung (*balanced force reductions*). Die vorgeschlagene Entspannungspolitik auf der Grundlage gesicherter Verteidigungsfähigkeit sollte letztlich den Weg zu einer gerechten und dauerhaften europäischen Friedensordnung bereiten helfen, dem politischen Endzweck der NATO („*the ultimate political purpose*“).

Militärstrategisch suchte die NATO nach einem Ansatz, der im Fall eines militärischen Konflikts nicht quasi automatisch zu einer nuklearen Eskalation führen würde. Man wollte Flexibilität gewinnen und die Schwelle zum nuklearen Einsatz erhöhen. Man wollte im Krieg über ein Spektrum an Optionen verfügen, aus denen diejenigen ausgewählt werden sollten, mit denen ein Angriff erfolgreich abgewehrt werden könnte und die dem Gegner die Aussichtslosigkeit seines Unterfanges und das Risiko für ihn selbst deutlich machen würde. Die NATO wollte in jeder Lage die politische Kontrolle über ihr Vorgehen behalten und überlegt reagieren. Das Ziel bestand darin, einen Krieg so rasch wie möglich zu beenden. Dazu gehörte, über die sogenannte Eskalationsdominanz zu verfügen. Diese schloss ein, jeden Schritt der Gegenseite nötigenfalls auf einer qualitativ höheren Stufe zu beantworten, um ihr das Erreichen ihrer Ziele zu verwehren. Zugleich sollte die sowjetische Führung aber nicht befürchten müssen, sie würde mit einer übermächtigen Drohung konfrontiert. Vielmehr sollte eine Antwort der NATO verhältnismäßig (Prinzip der *proportionality*) und angemessen und das dazu erforderliche Streitkräftedispositiv nur hinlänglich (Prinzip der *sufficiency*) sein. In diesem Sinne sah die neue Militärstrategie drei Kategorien einer militärischen Reaktion vor: (1) direkte Verteidigung (*direct defense*) mit konventionellen Streitkräften, (2) vorbedachte, überlegte Eskalation (*deliberate escalation*) durch Ausweitung der konventionellen Verteidigung oder durch selektive Einsätze taktischer Nuklearwaffen ¹¹ und (3) die allgemeine nukleare Reaktion (*general nuclear response*) auf einen großen nuklearen Angriff hin. Welche Option genau in welcher Lage angewandt werden sollte, ließ die NATO bewusst im Ungewissen (Prinzip der *uncertainty*). Dem Gegner sollte nicht ermöglicht werden, das mit einem Angriff verbundene Risiko einschätzen und sich darauf einstellen zu können. Auch den selektiven Ersteinsatz von Atomwaffen (*First Use*) schloss die NATO bewusst nicht explizit aus.

Strategische Dilemmata und der NATO-Doppelbeschluss

Für die Umsetzung der neuen Militärstrategie der „*Flexible Response*“ waren starke konventionelle Streitkräfte erforderlich. Die Bundeswehr war inzwischen auf volle Stärke von fast 500.000 Soldaten angewachsen. Sie war eingebettet in die Vorverteidigung der NATO, die sich unter anderem auf neun Armeekorps ¹² stützte, die nach dem *General Defense Plan* (GDP) entlang der innerdeutschen Grenze – wie eine „Schichttorte“ – nebeneinander disloziert waren. Das V. US-Korps sicherte den kritischsten Abschnitt der Vorverteidigung, die Region um das Fuldaer Becken mit der kürzesten Entfernung zwischen der innerdeut-

schen Grenze und dem Großraum Frankfurt am Main. In einem Krieg hätte dieses Korps verhindern sollen, dass die sowjetischen Panzerverbände der 8. Gardarmee durch das sogenannte *Fulda Gap* rasch auf Frankfurt und den Rhein hätten vorstoßen und die NATO-Verteidigung aufspalten können. Die Zahl und Intensität der militärischen Übungen waren hoch, auf Truppenübungsplätzen und im freien Gelände. An den jährlichen Großübungen in allen Teilen Westdeutschlands, einschließlich der *REFORGER*-Übungen der US-Streitkräfte, nahmen bis zu 80.000 Soldaten und Soldatinnen teil.¹³ Die Bundeswehr war zu jener Zeit mit drei Korps die stärkste Armee der NATO in Europa, ein Umstand, der Westdeutschland in der Allianz großen Einfluss verschaffte.

Alle westdeutschen Regierungen waren von der Sorge getragen, die USA militärisch so eng wie möglich an Europa und vor allem an Westdeutschland zu binden. Die Präsenz der USA mit starken Streitkräften war einer der stärksten Abschreckungsfaktoren. Das Alarmierungssystem sah vor, die Bundeswehr praktisch automatisch sehr früh in einer Krise dem amerikanischen militärischen NATO-Oberbefehlshaber zu unterstellen. Die Führung des Warschauer Pakts sollte für den Fall eines Angriffs sofort auf die gesamten NATO-Kräfte und besonders die der USA stoßen. Die westdeutsche Regierung hatte deshalb in der NATO durchgesetzt, dass das Prinzip der „Vorneverteidigung“ wörtlich verstanden und in entsprechende militärische Planungen umgesetzt wurde. Die Verteidigung musste also unmittelbar an der innerdeutschen Grenze mit starken Kräften aufgenommen werden. Das westdeutsche Territorium oder auch nur größere Teile davon für großräumige, bewegliche Operationen zu nutzen, musste ausgeschlossen werden. Das war militärisch fragwürdig, politisch aber unabdingbar, denn jedweder Krieg auf deutschem Boden barg das Risiko der Zerstörung Deutschlands. Aus dem gleichen Grund durfte die Schwelle zum Einsatz von Nuklearwaffen aus deutscher Sicht nicht so sehr erhöht werden, dass Gegner und Verbündete hätten zu dem Schluss kommen können, einen konventionellen Krieg auf Deutschlands Boden ohne das Risiko einer atomaren Eskalation ausfechten zu können.

Die deutsche Besorgnis lag auch darin begründet, dass Vorneverteidigung die Möglichkeit einschloss, taktische Nuklearwaffen einzusetzen, wenn die NATO-Streitkräfte nicht in der Lage wären, einem konventionellen Angriff standzuhalten. Aufgrund ihrer Reichweite wären in einem solchen Fall dann atomare Geschosse, Bomben oder Raketen auf Ostdeutschland, die Tschechoslowakei und auf Polen niedergegangen, hätten aber den Hauptangreifer, die Sowjetunion, verschont. Die Sorge war, dass die Supermächte sich stillschweigend darauf einigen könnten, einen Krieg mit konventionellen Verbänden und Nuklearwaffen auf Europa zu



Bundeskanzler a. D. Helmut Schmidt zum NATO-Doppelbeschluss im Deutschen Bundestag 1983

begrenzen, die eigenen Territorien aber herauszuhalten. Ein solcher Krieg hätte jedoch Mitteleuropa vernichtet. Solche latenten deutschen Befürchtungen wurden verstärkt, als die Sowjetunion 1976 mit der Aufstellung von SS-20-Mittelstreckenraketen mit atomaren Sprengköpfen begann, die Ziele in ganz Westeuropa treffen konnten, aber das Territorium der USA nicht erreichten. Besonders der deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt sah darin eine nukleare Sonderbedrohung Westeuropas.¹⁴ Durch die mit dem SALT-I-Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion inzwischen vereinbarte Parität auf nuklearstrategischer Ebene und die bestehende Zweitschlagskapazität wurden die nuklearstrategischen Potentiale der beiden Großmächte praktisch neutralisiert. Die Sowjetunion hätte darauf setzen können, Westdeutschland und Westeuropa nuklear erpressen und zugleich die USA davon abhalten zu können, mit einer Gegendrohung auf strategischer Ebene zu reagieren, aus Furcht vor einem nuklearen interkontinentalen Schlagabtausch. Westdeutschland und Westeuropa wären in einer solchen Lage von der Sicherheitsgarantie der USA abgekoppelt worden.

Bundeskanzler Helmut Schmidt drang ab 1977 daher darauf, der SS-20-Bedrohung durch die Stationierung (von ihm „Nachrüstung“ genannt) von solchen amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa zu begegnen, welche die Sowjetunion treffen könnten. Der Doppelbeschluss der NATO von 1979 sah zwei komplementäre Wege vor: Stationierung von 108 bodengestützten amerikanischen Mittelstreckenraketen Pershing II und 464 bodengestützten Marschflugkörpern ab 1983 auf dem Territorium einiger europäischer Alliierten, darunter der Bundesrepublik Deutschland. Andererseits machte er das Angebot zu Rüstungskontrollverhandlungen mit dem Ziel, die Zahl der vorhandenen sowjetischen und künftigen amerikanischen Mittelstreckenwaf-



Generalsekretär Michail Gorbatschow und Präsident Ronald Reagan unterzeichnen den INF-Vertrag im Dezember 1987.

fen in Europa zu begrenzen. Der Doppelbeschluss reflektierte also in seinen beiden Teilen die Logik des Harmel-Berichts. Der Nachrüstungsteil sorgte für die Glaubwürdigkeit der NATO-Strategie als Ganzer. Vereinfacht dargestellt, lautete die zugrundeliegende Logik wie folgt: Im Falle eines Einsatzes von atomaren Mittelstreckenraketen gegen Europa durch die Sowjetunion würden als Reaktion darauf amerikanische Nuklearwaffen von Europa aus russisches Territorium treffen. Dann würde Moskau gegen amerikanisches Territorium nuklear vergelten, was zu einem interkontinentalen nuklearen Schlagabtausch und zur *Mutual Assured Destruction* führen könnte. Der Nachrüstungsteil sollte also eine (befürchtete) stillschweigende Einigung der beiden Supermächte auf die Begrenzung eines Krieges auf Europa unterlaufen. Das darin liegende existentielle Risiko für die beiden Großmächte war der stärkste Kriegsverhinderungsgrund. In seinem Rüstungskontrollteil strebte der Doppelbeschluss Parität und Begrenzung dieses Potentials auf beiden Seiten an.¹⁵

Moskau lehnte ab. Zwei Jahre später, im November 1981, unterbreitete der amerikanische Präsident Ronald Reagan, auch auf deutsches Drängen, den Vorschlag eines beiderseitigen Verzichts auf landgestützte Mittelstreckenraketen, die sogenannte Nulllösung, zunächst ohne positive Reaktion der Sowjetunion. Nach dem Ende der Kanzlerschaft Helmut Schmidts im Herbst 1982, auch in einem Klima politischen und gesellschaftlichen Widerstands gegen die „Nachrüstung“, der sich durch wiederholte große Demonstrationen vor allem in Westdeutschland Bahn brach, vollzog die Regierung Helmut Kohls die Stationierung – so wie die anderen Stationierungsländer Belgien, Großbritannien und Italien. (In den Niederlanden lehnte das Parlament eine Stationierung ab.) Und doch begannen im Jahr 1985 Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion. Es waren schließlich Präsident Reagan und der sowjetische Generalsekretär Michail

Gorbatschow, die im Jahr 1987 mit dem „Washingtoner Vertrag über nukleare Mittelstreckensysteme“ (INF-Vertrag) die Mittelstreckenraketen mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 km auf beiden Seiten vollständig eliminierten.¹⁶ Der Erfolg gab Helmut Schmidt und seinem Beharren auf der Kombination aus militärischer Stärke und Rüstungskontrollverhandlungen Recht.

Aufbruch zu Dialog und Vertrauensbildung, Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die durch den Harmel-Bericht inspirierte politische Strategie der NATO hatte eine weitreichende politische Wirkung, vor allem im Bereich Rüstungskontrolle und Abrüstung. Der nukleare Nichtverbreitungsvertrag 1968, die Verträge zur Begrenzung und dann auch Verringerung der nuklearstrategischen Waffen, die Begrenzung und Abrüstung konventioneller Waffensysteme in Europa – sie alle trugen zu einem Klima politischer Entspannung zwischen Ost und West bei. Allerdings gab es immer wieder Rückschläge: 1979 marschierten sowjetische Truppen in Afghanistan ein. Im September 1983 schoss die Sowjetunion ein koreanisches Verkehrsflugzeug mit 269 Menschen an Bord ab, das sie für ein Spionageflugzeug hielt, und im November des gleichen Jahres wäre es fast zu einem Atomkrieg gekommen, weil Moskau die NATO-Übung *ABLE ARCHER* zunächst für die Vorbereitung eines nuklearen Angriffs hielt. Diese alarmierenden Ereignisse bestätigten die Dringlichkeit, mit Dialog, wechselseitiger Transparenz und Vertrauensbildung voranzukommen.

Insgesamt ermöglichte der neue Ansatz in den 1970er und 1980er Jahren zahlreiche politische und rüstungskontrollpolitische Verhandlungen zwischen Ost und West, den USA und der Sowjetunion, die zu bedeutenden Ergebnissen führten. Auch für die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland wurde die Harmel-Doktrin „Verteidigung und Entspannung“ zur Leitformel. Sie bestimmte die Bündnis- und Sicherheitspolitik ebenso wie die Entspannungspolitik Bonns. Die Ostpolitik der Regierung Brandt trug ihrerseits wesentlich zur Vertrauensbildung in Europa bei. Ihr Erfolg beruhte auch auf der festen Verankerung der Bundesrepublik in der NATO. Im Jahr 1973 wurde die KSZE in Helsinki eröffnet, die mit der Schlussakte im Jahr 1975 endete. Darin verpflichteten sich die Teilnehmerstaaten aus Ost und West (35 vorwiegend europäische Staaten, die USA, Kanada und die Sowjetunion) zur friedlichen und gewaltlosen Regelung von Streitfällen, Achtung der Menschenrechte und Grundfreiheiten, Achtung der territorialen Integrität aller Teilnehmerstaaten, Nichteinmischung in innere Angelegenheiten der anderen Staaten und zur Unverletzlichkeit bestehender Grenzen. Die Möglich-

keit, Grenzen einvernehmlich zu ändern, wurde auf deutschen Wunsch hin offengehalten. Die KSZE diente als Forum für Konsultationen, der politischen Annäherung und Vertrauensbildung zwischen den beiden Blöcken. Die zweijährlichen KSZE-Folgekonferenzen ab 1977 überprüften, ob und wie die Vereinbarungen aus der Schlussakte eingehalten wurden. Im Jahr 1995 wurde die KSZE in Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, OSZE, umbenannt. Bereits im November 1969 begannen in Helsinki direkte Gespräche zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion über Abrüstung und Rüstungskontrolle, die so genannten *Strategic Arms Limitation Talks* (SALT). Sie führten schließlich zum SALT-I-Vertrag 1972, der die bestehenden nuklearstrategischen Potentiale beider Seiten einfro. Die Rüstungsspirale wurde angehalten. Der ABM-Vertrag (*Anti-Ballistic Missile Treaty*) aus dem gleichen Jahr begrenzte die Arsenale russischer und US-amerikanischer antibalistischer Raketenabwehrsysteme auf je 100, mit denen ein einziges Ziel geschützt werden durfte.¹⁷ Er beeinträchtigte die wechselseitige atomare Zweitschlagskapazität nicht und ließ so die existenzielle Verwundbarkeit beider Seiten bewusst bestehen, die, wie erwähnt, unter den damaligen Umständen strategische Stabilität garantierte.

Weitere Verhandlungen führten 1979 zum SALT-II-Vertrag, der die Zahl der Interkontinentalraketen (*Intercontinental Ballistic Missiles, ICBM*, einschließlich derer mit Mehrfachsprengköpfen), seegestützter ballistischer Raketen (*Sea-Launched Ballistic Missiles, SLBM*) und atomwaffenfähiger Bomberflugzeuge begrenzte. Die *Strategic Arms Reduction Talks* führten 1991 zum START-I-Abkommen, das die Zahl der ICBM, SLBM und Langstreckenbomber wie auch der Sprengköpfe weiter absenkte. Der START-II-Vertrag von 1993 schließlich hätte zur Deaktivierung aller landgestützten Interkontinentalraketen mit Mehrfachsprengköpfen geführt und die Zahl der auf Trägersystemen installierten Sprengköpfe auf 3.500 auf jeder Seite reduziert. Er wurde durch die russische Duma aber mehrere Jahre lang nicht ratifiziert und scheiterte schließlich durch die Kündigung des ABM-Vertrags durch die USA im Jahr 2002. In die Reihe der erfolgreichen Abrüstungsverträge dieser Zeit gehört auch, wie erwähnt, der INF-Vertrag, der eine ganze nukleare Waffenkategorie auf null reduzierte.

Im Bereich der konventionellen Streitkräfte hatten die Alliierten im November 1972 im Rahmen des KSZE-Prozesses mit den Warschauer Pakt-Staaten einen Dialog begonnen, der vertrauensbildende und stabilisierende Maßnahmen umfasste. Diese Gespräche brachten 1986 eine in Stockholm unterzeichnete Abmachung zu „Vertrauens- und Sicherheitsbildenden Maßnahmen und Abrüstung in Europa“ (*Confidence and Security Building*

Measures and Disarmament in Europe) hervor. In Wien begannen 1973 die „Gespräche über beiderseitige und ausgewogene Truppenverminderungen“ (*Mutual Balanced Force Reduction Talks, MBFR*) zwischen den Staaten von NATO und Warschauer Pakt. Sie zogen sich lange hin und wurden 1989 in die Verhandlungen über die beiderseitige Begrenzung konventioneller Streitkräfte in Europa überführt, die schließlich in den Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) von 1990 mündeten, dem ab 1993 dreißig Vertragsstaaten angehörten. Mit ihm wurden konventionelle Ungleichgewichte zwischen Ost und West reduziert. Durch Bestandsmeldungen und gegenseitige Inspektionen (Verifikation) sollte die Fähigkeit zu militärischen Überraschungsangriffen in Europa ausgeschlossen werden. Bis Mitte der 1990er Jahre wurden rund 60.000 schwere Waffensysteme, Kampfpanzer, Artilleriesysteme, Kampfflugzeuge und Kampfhubschrauber zerstört. Dies war die größte kooperativ vereinbarte Abrüstung in der Geschichte Europas.¹⁸ Der KSE-Vertrag wurde lange Jahre als „Eckpfeiler europäischer Sicherheit“ betrachtet.

Die NATO veränderte schrittweise ihre politische Rolle in Europa: Von der Bewahrung von Sicherheit und Frieden zu aktiver Gestaltung von Stabilität.

Dialog, Verhandlungen und Kooperation zum Zweck beiderseitiger Rüstungsbegrenzung und Abrüstung führten zu wachsender Transparenz der militärischen Potentiale auf beiden Seiten und zu einem wechselseitigen Lernprozess über die Prinzipien, Perzeptionen, Sicherheitsbedürfnisse und Denkmuster der jeweils anderen Seite. Dieser Prozess erhöhte die wechselseitige Berechenbarkeit und festigte die politisch-militärische Stabilität in Europa. Die NATO mag so auch zu den politischen Prozessen innerhalb einiger Länder des Warschauer Pakt beigetragen haben, die schließlich zu dem damals kaum für möglich gehaltenen Wandel des Jahres 1989 führten. Dieser Wandel leitete eine Ära neuer Partnerschaft und Zusammenarbeit in Europa ein mit einer neuen, erweiterten sicherheitspolitischen Rolle für die NATO (s. Kapitel 2).

- ¹ Nach dem Zweiten Weltkrieg behielt die Sowjetunion ständig 175 Heeresdivisionen mit insgesamt 4,5 Millionen Soldaten unter Waffen, siehe Günter Walpuski: *Verteidigung + Entspannung = Sicherheit. Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik*, Düsseldorf 1981, S. 20.
- ² Anlass war die Weigerung Stalins, gemäß der Vereinbarung von Teheran 1943 die sowjetischen Truppen aus dem Iran abzuführen. Den Anstoß zur Politik der Eindämmung der Sowjetunion hatte der amerikanische Diplomat George F. Kennan bereits im Februar 1946 in seinem „long telegram“ gegeben.
- ³ Rede des amerikanischen Präsidenten Harry S. Truman vor beiden Häusern des US-Kongresses am 12.03.1947, in: Manfred Görtemaker, *Ursachen und Entstehung des Kalten Krieges, Informationen zur politischen Bildung*, Heft 245, 09.07.2004
- ⁴ Für die junge Bundesrepublik war diese kompromisslose Haltung der USA ein Segen. Aber sie führte über die Jahre auch zu zahlreichen Konflikten und Kriegen – von Korea bis Vietnam, Kuba und Nicaragua, aber auch zum Sturz von gewählten Regierungen mithilfe der CIA, wie beispielsweise im Iran 1953 und in Chile 1973. Die Furcht vor kommunistischer Aggression führte auch dazu, dass die NATO in ihren Reihen Militärdiktaturen duldete: mehrfach in der Türkei, in Griechenland (1967 bis 1974) und in Portugal (bis 1974).
- ⁵ Belgien, Dänemark, Frankreich (mit den französischen Gebieten in Algerien), Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, die Niederlande, Norwegen, Portugal und die USA. Griechenland und die Türkei traten 1952 der NATO bei.
- ⁶ Die vertragliche Verteidigungsverpflichtung gilt also beispielsweise für Schiffe in der Arktis, aber nicht im Indo-Pazifik, es sei denn, der Nordatlantikkrieg hat es anders beschlossen. Politisch steht die mögliche Unterstützung der USA durch europäische Verbündete dort allerdings auf einem anderen Blatt.
- ⁷ Vorbehaltlich einiger alliierter Vorbehaltsrechte und der Kontrollrechte mit Blick auf Deutschland als Ganzes, die erst mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag 1990 endeten.
- ⁸ Diese Strategie entwickelte sich über mehrere Jahre in mehreren Schritten, die als militärstrategische Konzepte DC 6/1, MC 14, MC 14/1 und MC 14/2 entwickelt wurden. Diese Entwicklung ist hier bewusst auf das aus Sicht des Autors Wesentliche zusammengefasst.
- ⁹ „Safety will be the sturdy child of terror, and survival the twin brother of annihilation.“ Zitat aus Winston Churchills Rede vor dem House of Commons am 1. März 1955
- ¹⁰ North Atlantic Military Committee: MC 14/3 (Final), 16 January 1968: Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area
- ¹¹ Taktische Nuklearwaffen hatten eine Reichweite von unter 500 km, waren also für den Einsatz auf dem damaligen Gefechtsfeld Mitteleuropa vorgesehen.
- ¹² Von Nord nach Süd: deutsch-dänisches Korps LANDJUT, I. Niederländisches Korps, I. Deutsches Korps, I. Britisches Korps, I. Belgisches Korps, III. Deutsches Korps, V. US Corps, VII. US Corps, II. Deutsches Korps
- ¹³ REFORGER bedeutet Return of Forces to Germany, also das Üben der Verlegung amerikanischer Verbände über den Atlantik hinweg zur Verstärkung der NATO-Truppen im Rahmen der kollektiven Verteidigung.
- ¹⁴ Schmidt, Helmut: „Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit“, Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies, London, am 28. Oktober 1977 (Alastair Buchan Memorial Lecture), in: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 112, S. 1013, Bonn, 8. November 1977
- ¹⁵ Der Nachrüstungsteil folgte den Prinzipien der „Flexible Response“: die Zahl der amerikanischen Waffensysteme blieb deutlich unter der Zahl der russischen SS-20. Sie sollten die Sowjetunion zwar treffen können, ihre Reichweite sollte aber bewusst begrenzt bleiben.
- ¹⁶ Die letzte vertragsrelevante Rakete wurde im Mai 1991 demontiert. Die Implementierung des INF-Vertrags erforderte nicht nur das Zerlegen von Raketen/Flugkörpern, sondern auch die Vernichtung der atomaren Sprengköpfe. Das Verfahren ist aufwändig und teuer, die Kapazitäten begrenzt. Je nach Umfang vereinbarter nuklearer Abrüstung benötigt es Jahre oder sogar Jahrzehnte.
- ¹⁷ Die Sowjetunion wählte Moskau, die USA wählten die Grand Forks Air Base, den Standort von ICBM und B-52-Langstreckenbomben.
- ¹⁸ Richter, Wolfgang: *Regionale Stabilität? Konventionelle und nukleare Rüstung und Abschreckung in Mittel- und Osteuropa heute – Möglichkeiten der Rüstungskontrolle und Abrüstung; öffentliche Anhörung des Unterausschuss Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Deutscher Bundestag, Berlin, 15. Mai 2019*

2

DIE NATO IN EINER NEUEN ZEIT – NEUE PARTNER UND NEUE AUFGABEN (1990 – 2014)

1990

Zwei-Plus-Vier-Vertrag;
Deutsche Einheit; Charta von Paris für ein neues Europa

1991

Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion;
Strategisches Konzept der NATO

1992

Überwachung des VN-Flugverbots über Bosnien und Herzegowina durch die NATO

1994

NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (PfP)

1995

Massaker von Srebrenica; Vertrag von Dayton; IFOR-Einsatz der NATO in Bosnien und Herzegowina

1997

NATO-Russland-Grundakte

1999

Strategisches Konzept der NATO, NATO-Beitritt Polens, der Tschechischen Republik und Ungarns; NATO-Luftschläge gegen Serbien

2001

9/11: Terrorangriff auf die USA; Beginn des Einsatzes in Afghanistan (ISAF)

2003

Beginn des Irak-Kriegs

2004

NATO-Beitritt Bulgariens, Estlands, Lettlands, Litauens, Rumäniens, der Slowakei und Sloweniens; Ablösung der SFOR durch EUFOR Althea

2008

Grundsätzliche Mitgliedschaftszusage an die Ukraine und Georgien; Georgienkrieg

2009

Rückkehr Frankreichs in die integrierte Militärstruktur der NATO; NATO-Beitritt Albaniens und Kroatiens

2010

Strategisches Konzept der NATO; New-START-Vertrag

2011

Luftkriegeinsatz der NATO in Libyen

DIE NATO IN EINER NEUEN ZEIT

NEUE PARTNER UND NEUE AUFGABEN (1990 – 2014)

Der Fall der Mauer in Berlin am 9. November 1989 und die Öffnung des Eisernen Vorhangs markierten den Beginn einer neuen Epoche in Europa und weit darüber hinaus. Es war eine Zeit voller außergewöhnlicher Ereignisse, die einander gleichsam Schlag auf Schlag folgten: Die Unterzeichnung des Zwei-Plus-Vier-Vertrags zwischen den beiden deutschen Staaten und den vier Siegermächten des Zweiten Weltkriegs am 19. September 1990 stellte die volle Souveränität eines vereinten Deutschlands her. Am 3. Oktober 1990 trat die deutsche Einheit in Kraft. Schon im März 1990 hatte Litauen seine Unabhängigkeit erklärt; ihm folgten im Mai Lettland und Estland. Am 31. März 1991 löste sich der Warschauer Pakt auf. Ihm folgte der Zerfall der Sowjetunion am 26. Dezember 1991. Die massive militärische Bedrohung Deutschlands und Westeuropas verschwand. Die russischen Streitkräfte in Ostdeutschland und Mittelosteuropa zogen ab; bis 1994 waren alle nach Russland zurückverlegt.

Alle diese Ereignisse leiteten eine Zeit ein, in der aus alten Gegnern neue Partner wurden und die NATO sich grundlegend wandelte. Die Standfestigkeit und Entspannungspolitik der NATO, der 1975 begonnene KSZE-Prozess, der wirtschaftliche Niedergang im Osten, die Solidarność-Bewegung in Polen, die Politik der Perestroika und Glasnost von Präsident Gorbatschow in der Sowjetunion, die „samtene Revolution“ in der Tschechoslowakei und schließlich auch die großen friedlichen Demonstrationen in der DDR waren wesentliche Triebkräfte für die Entwicklungen, die schließlich zum Zerfall des Ostblocks und zum Ende der Ost-West-Konfrontation führten. Nun ergab sich die Chance, die jahrzehntelange Konfrontation der Blöcke durch eine neue Ära der Demokratie, Vertrauensbildung und Zusammenarbeit aller Staaten im euro-atlantischen Raum zu ersetzen. Die NATO musste eine neue *raison d'être* entwickeln und zu einem entscheidenden Gestalter einer neuen kooperativen Sicherheitsordnung für ganz Europa werden. Gemeinsam mit der Europäischen Gemeinschaft musste sie ihren Beitrag zur Stabilisierung Europas leisten.

Andererseits zeigten die Balkan-Kriege, die mit dem Zerfall Jugoslawiens 1991 begannen, die Wirkmächtigkeit von alten,

ungelösten Konflikten und militantem Nationalismus, die sich in kaum mehr für möglich gehaltener Gewalt, Vertreibung und Völkermord in Europa äußerten. Sie bedrohten die Einigkeit und Stabilität des zusammenwachsenden Europas. Die Erkenntnis wuchs, dass politische Stabilisierung ganz Europas eine für die NATO völlig neue Herausforderung einschloss: Militärische Intervention zur Bewältigung von Krisen und Konflikten außerhalb des NATO-Gebiets, aber in Regionen, die für die Sicherheit der Bündnispartner wichtig waren. Künftig sollten solche Krisen vor Ort eingedämmt und so von Europa ferngehalten werden – so lautete eine damals oft geäußerte Begründung. Solche Regionen lagen zunächst auf dem Balkan in den 1990er Jahren, ab 2001 auch in Afghanistan und schließlich 2011 in Libyen.

Kooperation mit neuen Partnern einerseits und militärische Krisenbewältigung außerhalb der NATO-Grenzen andererseits geben also *grosso modo* die beiden Hauptaktionsfelder der NATO in der Epoche von 1990 bis 2014 ab. Beide stellten neue und sehr unterschiedliche politisch-militärische Herausforderungen an die Allianz, die sie aber nahezu gleichzeitig zu bewältigen hatte. Viele wesentliche Ereignisse und Entwicklungen verliefen parallel, überlappten einander oder waren miteinander verflochten. Man kann sie in zwei größere Zeitabschnitte zusammenfassen: Die 1990er Jahre wurden vor allem durch die Öffnung der NATO für neue Mitglieder, eine neue Zusammenarbeit mit Russland und der Ukraine und erste militärische Einsätze der NATO auf dem Balkan geprägt. Der Terrorangriff auf das *World Trade Center* in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 markierte den zweiten Abschnitt. Die USA begannen den „*War on Terror*“, für die NATO und ihre Partner der nahezu zwanzig Jahre währende militärische Einsatz in Afghanistan. Die europäischen Staaten fingen damit an, schrittweise eine gemeinsame sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit für ziviles und militärisches Krisenmanagement zu entwickeln, zunächst im Rahmen der NATO, dann auch eigenständig in der EU. In diesen Zeitabschnitt fiel auch das Wiedererstarken Russlands und dessen Abwendung vom Westen.¹⁹

Die Neuausrichtung der NATO ab 1990 – Von der Konfrontation zur Kooperation in Europa

Schon im Mai 1989 hatte der damalige amerikanische Präsident George H.W. Bush in Mainz in seiner Rede zu „*A Europe whole and free*“ den Weg in Europas Zukunft gewiesen. Die Werte, Prinzipien und Strategien, die nach dem Zweiten Weltkrieg zu einem freien, demokratischen, prosperierenden und friedlichen Westeuropa geführt hatten und damit zu Europas „zweiter Renaissance“, sollten jetzt auch die Entwicklung Osteuropas bestimmen und gestalten.²⁰ Die transatlantische Zone der Sicherheit, Stabilität und Prosperität, die sich im Westen Europas entwickelt hatte, sollte auf den Osten Europas übertragen werden. Dabei ging es nicht mehr in erster Linie um die militärstrategische Stabilität der Vergangenheit, die sich auf das Gleichgewicht von großen konventionellen Streitkräften und ein gewaltiges Arsenal an Nuklearwaffen gestützt hatte. Vielmehr ging es um politische Stabilität, die sich innerhalb der Staaten und zwischen ihnen entwickeln sollte. Innere Reformen sollten zur Geltung der Menschenrechte, zum tragfähigen demokratischen und rechtsstaatlichen Strukturen, dem Schutz von Minderheitenrechten, zu prosperierender Wirtschaft und sozialer Gerechtigkeit führen. Im Äußeren sollte sie auf guter Nachbarschaft und effektiver Zusammenarbeit von kleineren und größeren Ländern als gleichberechtigten Partnern gründen.

Die Charta von Paris für ein neues Europa, das Schlussdokument des KSZE-Sondergipfels vom 21. November 1990, schuf dafür den politischen und normativen Rahmen. Sie erklärte die Spaltung Europas für beendet, erkannte die Demokratie als einzig legitime Regierungsform an und schrieb den Abrüstungsprozess fort. Überdies untersagte sie jedwede Androhung oder Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit eines jeden Teilnehmerstaates. Etliche Ziele des Harmel-Berichts waren also erreicht. Insbesondere die „Deutsche Frage“ war gelöst. Eine „gerechte und dauerhafte Friedensordnung für ganz Europa“, wie sie der Harmel-Bericht als Endzweck der NATO definiert hatte, aber stand noch aus. Die mittelosteuropäischen Staaten lösten sich aus der kommunistischen Unfreiheit und suchten – in unterschiedlicher Ausprägung – ihren Weg zu Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlichem Wohlstand. Aber es gab neue Gefahren. Die eiserne Klammer des Warschauer Pakts hatte alte Gegensätze um Grenzen und nationale Minderheiten nur unterdrückt, aber nicht gelöst. Instabilität als Folge wirtschaftlicher, sozialer und politischer Verwerfungen in Mitteleuropa konnten Spannungen erzeugen, die auf NATO-Staaten übergreifen konnten. Insofern war die Sicherheit aller Europäer miteinander verbunden, die der NATO-Mitglieder wie

die der mittelosteuropäischen ehemaligen Warschauer-Pakt-Staaten. Die NATO musste und wollte handeln. Der Prozess der Erneuerung im Osten sollte unumkehrbar gemacht werden. Es ist nicht übertrieben festzustellen, dass die entscheidenden Akteure in diesem Prozess die amerikanische und die deutsche Regierung waren. Nach der engen, vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen Bundeskanzler Helmut Kohl und Präsident George H. W. Bush in der Vorbereitung der deutschen Einheit praktizierten beide Regierungen in den 1990er Jahren in der NATO erneut „*Partnership in Leadership*“, die Präsident Bush den Deutschen 1989 in Mainz angeboten hatte.

Die NATO reichte den vormaligen Gegnern die Hand zur Freundschaft und zum Aufbau neuer Partnerschaften.

Die Erklärung des NATO-Gipfeltreffens von London 1990 (*The London Declaration*) setzte ein weitreichendes Startsignal. Die Staats- und Regierungschefs reichten den vormaligen Gegnern die „Hand zur Freundschaft“ und zum Aufbau neuer Partnerschaften. Die grundlegenden Funktionen der Allianz für die Sicherheit der Verbündeten blieben unverändert. Aber die NATO wollte treibende Kraft und Gestalterin des Wandels in Europa sein und sich dabei selbst an die vollkommen veränderten Bedingungen anpassen. Das Strategische Konzept von 1991 folgte einem breiten, politischen Sicherheitsbegriff aus Dialog, Zusammenarbeit mit allen europäischen Staaten und dem Erhalt einer angemessenen Fähigkeit zur kollektiven Verteidigung. Angesichts des Abzugs der sowjetischen Truppen veränderte die NATO ihre Streitkräftestruktur: Die „Vorneverteidigung“ des Kalten Krieges wurde überführt in hinreichende militärische Präsenz im gesamten Bündnisterritorium mit kleineren, beweglicheren Streitkräften. Sie wurden in ihrer Einsatzbereitschaft abgestuft: (1) in Kräfte zur schnellen Krisenreaktion, (2) in Hauptverteidigungskräfte, die im Bedarfsfall nach Vorbereitung und Aufwuchs die territoriale Integrität der Allianz sicherzustellen hätten, und (3) in Verstärkungskräfte für bestimmte Regionen des NATO-Territoriums im Bedrohungsfall. Damit stieg auch die Bedeutung von multinationalen Verbänden, welche die gemeinsame Verantwortung aller Bündnispartner für Sicherheit und Stabilität im euroatlantischen Raum demonstrieren und zugleich den Effekt der sinkenden Verteidigungsbudgets abfedern sollten. Die Nuklearkräfte der NATO behielten ihre grundsätzliche, politische Rolle glaubwürdiger Kriegsverhinderung als „*weapons of last resort*“. Die sub-strategischen Systeme der USA²¹ blieben für die Anbin-

derung NATO-Europas an das nuklearstrategische Potential der USA unverzichtbar, wurden aber drastisch vermindert und die nuklearen Gefechtsfeldwaffen mit kurzer Reichweite (Artillerie) vollkommen eliminiert. Zurück blieben rund 150 bis 200 freifallende atomare Bomben B-61 der USA, die in Belgien, Deutschland, den Niederlanden, Italien und der Türkei unter US-Kontrolle; die genaue Zahl ist nicht öffentlich bekannt.

Neue Strukturen und Programme – Der Nordatlantische Kooperationsrat und die „Partnerschaft für den Frieden“

Die neue Strategie verlangte neue Strukturen und Programme. Der KSZE kam dafür wachsende Bedeutung zu, weil sie alle Staaten Europas, die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und die USA und Kanada miteinander verband. Die NATO selbst schuf Ende 1991 den Nordatlantischen Kooperationsrat (*North Atlantic Cooperation Council, NACC*). Er brachte NATO-Verbündete, Russland und acht mittelosteuropäische Staaten an einen Tisch, um sich auf Minister/innen-, Botschafter/innen- und Arbeitsgruppenebene über gemeinsame Sicherheitsfragen, Streitkräfteplanung, demokratische Kontrolle von Streitkräften und zivil-militärische Beziehungen auszutauschen. Im Jahr 1997 wurde er zum Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (*Euro-Atlantic Partnership Council, EAPC*) weiterentwickelt, zu dessen Gründungsmitglied auch die Ukraine gehörte. Er bildete einen übergeordneten Rahmen für die Kooperation der NATO-Verbündeten mit allen Partnern im gesamten Euro-Atlantischen Raum (Europa, Kaukasus und Zentralasien). Heute umfasst er neben den dreißig NATO-Staaten zwanzig Partnerstaaten.²²

Das NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ wurde zu einem entscheidenden Instrument für die praktische Zusammenarbeit.

Das durch die USA initiierte NATO-Programm „Partnerschaft für den Frieden“ (*Partnership for Peace, PfP*) von 1994 wurde zu einem entscheidenden Instrument für die praktische Zusammenarbeit. Es war darauf angelegt, die neuen Partner näher an die NATO heranzuführen, deren Streitkräfte zu reformieren und sie auf gemeinsame Friedens-, Rettungs- und humanitäre Einsätze vorzubereiten. Demokratische Kontrolle von Streitkräften, Transparenz der Verteidigungshaushalte, gemeinsame Planung und militärische Übungen waren die wichtigsten Aktionsfelder. Jeder



Erste militärische Übung im Rahmen der „Partnerschaft für den Frieden“ 1994

Partner konnte Ausmaß und Tempo der Umsetzung von Pfp in einem individuell zugeschnittenen Programm selbst bestimmen. Alle wurden eingeladen, Verbindungsoffiziere zum NATO-Hauptquartier nach Brüssel und zu der neu eingerichteten *Partnership Coordination Cell* bei SHAPE in Mons zu entsenden. Pfp hatte also eine weitreichende politische und militärische Wirkung: Die NATO erhielt Einfluss auf die Streitkräfte-reformen vieler Partner, deren Planungen und Übungen. Pfp schuf Schritt für Schritt die Voraussetzungen für deren Teilnahme an militärischen Einsätzen der NATO. Wichtig war auch die Zusicherung der Allianz, Konsultationen aufzunehmen, wenn sich ein Partner einer direkten Bedrohung ausgesetzt sah; dies wurde damals als eine indirekte Unterstützungszusage im Krisenfall wahrgenommen (und war auch so gemeint).

Pfp wurde in den folgenden Jahren in weitere Konzepte und konkrete Programme gegossen, welche die teilnehmenden Partner immer näher an die Bündnispraxis heranführten. Sie verringerten den Unterschied zwischen Mitgliedschaft und Partnerschaft in praktischer Hinsicht immer weiter. Es entwickelte sich ein gemeinsames Sicherheitsverständnis zwischen Verbündeten und vielen Partnern.²³ Zwei herausragende Beispiele: Das *Political-Military Framework (PMF)* regelt die Teilnahme von Pfp-Partnern an politischen Konsultationen und an der Entscheidungsvorbereitung, operativen Planung und Führung von NATO-geführten Einsätzen, an denen sie teilnehmen. Mit dem *Planning and Review Process (PARP)* unterstützt die NATO systematisch die Streitkräfteplanung von Pfp-Partnern nach dem Muster des NATO-Streitkräfteplanungsprozesses für Bündnispartner. PARP ist heute immer noch für viele Partner eine Hilfe für die Entwicklung ihrer Streitkräfte.

Nach dem Muster von PfP hat die Allianz ihr Partnerschaftsgefüge in den Süden erweitert. Im Jahr 1994 eröffnete sie den „Mittelmeerdialog“ mit Nicht-NATO-Staaten des Mittelmeerraums, der für die Sicherheit und Stabilität Europas große Bedeutung hat. An ihm nehmen Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko, Mauretanien und Tunesien teil. Alle haben ein individuelles Kooperationsprogramm mit der NATO. Die Orientierung Richtung Süden wurde 2004 ergänzt durch die *Istanbul Cooperation Initiative (ICI)*, an der Bahrain, Kuwait, Qatar und die Vereinigten Arabischen Emirate teilnehmen. Und schließlich führte die NATO im Jahr 2016 diejenigen Partner zur Gruppe der *Enhanced Opportunity Partners (EOP)* zusammen, die sich besonders in gemeinsamen Einsätzen engagierten: Australien, Finnland, Georgien, Jordanien, Schweden und die Ukraine. Es geht um sicherheitspolitische Konsultation, Informations- und Erfahrungsaustausch und Interoperabilität. Durch die geographische, politische und inhaltliche Vielfalt ist das Partnerschaftsnetzwerk der NATO unübersichtlich geworden. Es fehlen Personal und Mittel, um es vollständig zu ‚bedienen‘. Seit einiger Zeit will die NATO ihre Partnerschaften „strategischer, kohärenter und effektiver“ gestalten, also straffen und fokussieren. Dieses Ansinnen ist aber umstritten, weil es zu Auswahlentscheidungen führt, die nicht alle teilen und die politisch schwer zu erklären sind.

Öffnung der NATO für neue Mitglieder

Trotz des substanziellen Partnerschaftsangebots blieb es das Ziel der mittelosteuropäischen Staaten, rasch Mitglieder von NATO und EU zu werden. Um ihre Demokratien zu festigen, wollten sie in die westlichen Institutionen integriert werden. Im Juni 1993 beschloss der Europäische Rat in Kopenhagen, dass die assoziierten mittelosteuropäischen Länder Mitglieder der EU werden könnten. Demgegenüber war das PfP-Programm von Washington zunächst als Ersatz für eine Erweiterung der NATO gedacht und sollte gleichzeitig das Entstehen neuer, alternativer Bündnisse vermeiden helfen.²⁴ Aber noch war Europa in unterschiedliche Zonen von Sicherheit, Stabilität und Wohlstand geteilt. Ein unruhiges, schwankendes „Zwischeneuropa“ musste vermieden und das Sicherheitsvakuum ostwärts der NATO-Grenzen gefüllt werden, aber ebenso mussten neue Trennlinien auf dem Kontinent verhindert werden. Die Ausdehnung des westlichen Stabilitätsraums nach Osten erforderte einen kohärenten institutionellen Rahmen. Im März 1993 ergriff der deutsche Verteidigungsminister Volker Rühe öffentlich die Initiative. Er schlug einen Doppelansatz vor, mit dem die Integration von mittelosteuropäischen Staaten in die NATO und die EU mit einer besonderen Zusammenarbeit mit Russland und der Ukraine verbunden werden sollte.²⁵

Der historisch-politische Kulturraum ganz Europas sollte unter dem Dach von NATO und EU zusammengeführt werden. Rühe trieb seinen Vorschlag in der deutschen Regierung – und mit Hilfe von NATO-Generalsekretär Manfred Wörner – in der Allianz voran.²⁶

Wörner nutzte das PfP-Programm, um den Doppelansatz Rühes in praktische Bündnispolitik umzusetzen: Für die einen sollte PfP zur Vorbereitung auf den Beitritt dienen, für andere, die keine Mitgliedschaft anstrebten, einschließlich Russlands und der Ukraine, als Rahmen und Mittel zur vertieften, praktischen Kooperation mit der NATO. Der amerikanische Präsident Bill Clinton erkannte die Bedeutung, die in einem vereinten Europa als Bündnispartner für die Festigung der Weltmachttrolle der USA lag und übernahm schließlich die politische Führung. Das NATO-Gipfeltreffen in Brüssel Anfang 1994 leitete den Prozess für die Aufnahme neuer Mitglieder ein. Die *Study on NATO Enlargement* der NATO von 1995 stellte Beitrittsaspiranten anspruchsvolle politische Bedingungen, die sicherstellen sollten, dass die Allianz gestärkt würde und keine ungelösten Konflikte importierte: ein funktionierendes demokratisches System, Minderheitenschutz, friedliche Regelung von Konflikten, demokratische Kontrolle von Streitkräften und die Fähigkeit und Bereitschaft zur Teilnahme an NATO-Operationen. Das NATO-Beitrittsversprechen wurde neben dem EU-Beitrittsprozess zu einem machtvollen politischen Transformationswerkzeug in Mitteleuropa.

Der historisch-politische Kulturraum ganz Europas sollte unter dem Dach von NATO und EU zusammengeführt werden.

Beim NATO-Gipfeltreffen in Madrid im Jahr 1997 erhielten Polen, die Tschechische Republik und Ungarn die Mitgliedschaftszusage, die 1999 wirksam wurde. Frankreich und Italien hatten sich mit der Forderung, auch Rumänien und Slowenien einzuladen, nicht durchgesetzt.²⁷ Aber die Staats- und Regierungschefs stellten mit ihrem erstmaligen Hinweis auf die „Open Door“ der NATO weitere Aufnahmen europäischer Staaten in Aussicht, einschließlich aus der baltischen und südosteuropäischen Region. Für Deutschland war damit ein strategisches Ziel erreicht: Die Verschiebung der NATO-Grenze nach Osten. Deutschland rückte in die europäische Mittellage und ist seither umgeben von Verbündeten und Partnern. Weitere Aspiranten mussten sich seit 1999 mit einem anspruchsvollen, individuellen *Membership Action Plan (MAP)*, praktisch unter Anleitung und Aufsicht der NATO, auf den Beitritt

vorbereiten. Die vielfältigen, unterschiedlichen Interessen, die mit der Auswahl weiterer neuer Mitglieder verbunden waren, führten 2002 schließlich zur Entscheidung über den „Big Bang“. Sieben Staaten wurden 2004 neue Mitglieder: die drei baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Es waren vor allem politische Überlegungen, ganz Europa zu stabilisieren, welche auch die zweite Öffnungsrunde der NATO bestimmten, denn der militärische Beitrag der Neumitglieder war zu jenem Zeitpunkt begrenzt. 2008 erhielten auf dem NATO-Gipfeltreffen in Bukarest die Ukraine und Georgien eine grundsätzliche Mitgliedschaftszusage, bisher aber keinen MAP. 2009 traten Albanien und Kroatien bei, 2017 folgte Montenegro und 2020 Nordmazedonien. Die NATO hält auch heute an ihrer *Open-Door*-Politik fest: Im Einklang mit Artikel 10 des Nordatlantikvertrags steht das Bündnis grundsätzlich jedem europäischen Staat offen, wenn er alle Verpflichtungen der Mitgliedschaft auf sich nimmt, zur kollektiven Sicherheit beiträgt und alle Verbündeten einem Beitritt zustimmen.

Kooperation mit Russland – Die NATO-Russland-Grundakte

Es war NATO-Generalsekretär Wörner, der im September 1993 in der NATO den Vorschlag machte, die Öffnung der Allianz für neue Mitglieder mit dem Angebot an Russland zu einer vertieften Kooperation zu verbinden, um so die Aufnahme neuer Mitglieder auch für Russland akzeptabel zu machen²⁸ und neue Trennlinien in Europa zu vermeiden. Beide Prozesse sollten möglichst parallel verlaufen. Aus vertiefter Kooperation sollte eine besondere, gleichberechtigte Sicherheitspartnerschaft werden, um die Atommacht Russland in eine neue europäische Sicherheitsarchitektur einzubinden und zugleich stabilisieren zu helfen. Denn Russland befand sich in einer tiefen politischen und wirtschaftlichen Krise. Umso mehr war es geboten, das Land in das westlich geprägte Geflecht internationaler Institutionen zu integrieren. Im Jahr 1992 wurde Russland in den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank aufgenommen, 1996 Mitglied im Europarat und 1997 erfolgte der Beitritt zum G-7-Forum.²⁹

Präsident Boris Jelzin brauchte die Unterstützung des Westens und war ihm gegenüber aufgeschlossen. In seiner Haltung zur Öffnung der NATO schwankte er. Einerseits erkannte er das Recht eines jeden Staates auf freie Bündniswahl ausdrücklich an.³⁰ Andererseits wollte die russische Führung die Kontrolle über ihr westliches Vorfeld behalten und machte in einem Brief an die Regierungschefs der USA, Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens deutlich, dass sie gemeinsame Sicherheitsgarantien der NATO und Russlands für die Staaten Mittelosteuropas anstreb-



NATO-Generalsekretär Manfred Wörner und der sowjetische Generalsekretär Michail Gorbatschow 1990 in Moskau

te.³¹ Die NATO lehnte das Konzept eines Kondominiums ab. Aber die mittelosteuropäischen Staaten sahen sich in ihrem Misstrauen gegenüber Russlands traditionellen imperialen Absichten bestätigt. Umgekehrt wurde in Moskau das so titulierte Vorrücken der NATO in Richtung Osten als eine für Russland nachteilige Kräfteverschiebung und potentielle Bedrohung bewertet, obwohl vor allem die deutsche Regierung deutlich machte, dass eine „Zone der Stabilität mit defensiver Ausrichtung“, aus der heraus kein Angriffskrieg geführt würde, die westlichen Grenzen Russlands objektiv sicherer machte.³² NATO-Generalsekretär Wörner begann ab Dezember 1993 bei Präsident Jelzin für die Idee einer Öffnung der NATO für neue Mitglieder und einer gleichzeitigen vertieften Partnerschaft mit Russland zu werben. Zunächst reagierte Jelzin ablehnend, konnte sich aber später dafür erwärmen und wurde schließlich Befürworter einer Vereinbarung zwischen der NATO und Russland und eines gemeinsamen Gremiums.

Mit der NATO-Russland-Grundakte (NRGA, englisch *NATO-Russia Founding Act*)³³ vom 27. Mai 1997 schien die Quadratur des Kreises zu gelingen. NATO und Russland legten den Grundstein für eine „privilegierte“ Partnerschaft, die Russland von anderen PfP-Partnern abhob. In der Grundakte verpflichteten sie sich erneut ausdrücklich zu denselben Werten und Prinzipien des friedlichen Miteinanders, wie sie in der KSZE-Schlussakte von Helsinki und der Charta von Paris festgelegt sind, einschließlich des Rechts eines jeden Mitgliedstaats, das Bündnis, dem er angehören will, frei zu wählen. Der *Permanent Joint Council (PJC)* auf Botschafter-Ebene und höher, ab 2002 der *NATO-Russia Council (NRC)* (deutsch: NATO-Russland-Rat), wurde das Forum für Konsultation, Koordination und, wann immer möglich und angemessen, gemeinsame Entscheidungen und gemeinsames Handeln in Sicherheitsfragen, die beide Partner gemeinsam betrafen, und zwar in neunzehn

Feldern, die in der Grundakte definiert sind. Alle Aktivitäten im Rahmen des NATO-Russland-Rats folgen den Prinzipien von Transparenz und Reziprozität. Ausdrücklich ausgeschlossen werden in der Grundakte ein Vetorecht gegenüber Maßnahmen der jeweils anderen Seite und jegliche Einschränkung des Rechts zu unabhängigen Entscheidungen. Die immer wieder zu hörenden Vorwürfe von russischer Seite, der Westen habe zugesichert, die NATO nicht nach Osten auszudehnen, entbehren also jeglicher Grundlage. Auch die Behauptung, im Rahmen der Zwei-Plus-Vier-Gespräche im Jahr 1990 sei Moskau zugesichert worden, keine NATO-Einrichtungen nach Mitteleuropa zu verlegen, ist eine Täuschung; denn damals bestanden die Sowjetunion und der Warschauer Pakt noch, und es war nicht abzusehen, dass sie im folgenden Jahr kollabieren würden.

Auch der Ukraine wurde eine Sonderstellung in den Kooperationsbeziehungen mit der NATO eingeräumt. Während des bereits erwähnten Gipfeltreffens in Madrid 1997 wurde die *Charter of Distinctive Partnership* zwischen der NATO und Kiew unterzeichnet. Sie stellt heraus, dass die Unabhängigkeit der Ukraine eine zentrale Bedeutung für die Stabilität in Mitteleuropa habe. Im Unterschied zur NATO-Russland-Grundakte wird dort auch die positive Wirkung der NATO-Erweiterung auf die Stabilität Europas betont. Seither finden mindestens zweimal im Jahr Ministertreffen im Rahmen der *NATO-Ukraine-Kommission* statt. Der integrierte Doppelansatz der NATO aus Integration und Kooperation bestimmte auch den Takt der entscheidenden Ereignisse im Bündnis im Jahr 1997: Der Euro-Atlantische Kooperationsrat, im März 1997 gegründet, schuf den übergeordneten Rahmen für Kooperation im Euro-Atlantischen Raum. Die Grundakte vom Mai 1997 dokumentierte den Willen zu einer besonderen Partnerschaft mit Russland. Mit dem NATO-Gipfeltreffen in Madrid im Juli 1997 begann die Integration mitteleuropäischer Staaten und gleichzeitig die „Ausgeprägte Partnerschaft“ mit der Ukraine. Die Erweiterung der NATO und die herausgehobene Kooperation mit Russland und der Ukraine bildeten also zentrale Elemente der neuen Sicherheitsarchitektur für ein freies und ungeteiltes Europa.

In diesen Ansatz fügte sich die Absicht der NATO ein, gegenüber Russland aus Rücksicht auf die russische Sicherheitsperzeption bewusst strategische Zurückhaltung zu üben. In der Grundakte erklärte sie, dass sie „keine Absicht, keinen Plan und keinen Grund“ („no intention, no plan and no reason“) habe, Nuklearwaffen auf dem Territorium von neuen Mitgliedern zu stationieren. Sie stellte ebenfalls fest, dass sie sich „für das gegenwärtige und vorhersehbare Sicherheitsumfeld“ für kollektive Verteidigung und andere Einsätze auf gesicherte Interoperabilität, Integration und Verstärkungsfähigkeit und die dafür notwendige Infrastruktur

statt auf die „dauerhafte Stationierung von zusätzlichen substantiellen Kampftruppen“ abstützen würde. Russland verpflichtete sich zu gleicher Zurückhaltung bei der Stationierung seiner konventionellen Streitkräfte in Europa. Allerdings definierte die Grundakte nicht, was der Begriff „substantielle Kampftruppen“ genau umfasst. Dies wurde im Übrigen auch weder in der NATO präzise verabredet, noch im KSE-Vertrag festgelegt. Während eines Besuchs in Moskau im März 1997 hatte der damalige Vorsitzende des NATO-Militärausschusses, General Klaus Naumann, auf die Frage wie der Begriff „substantielle Kampftruppen“ zu definieren sei, geantwortet, dass er die zeitlich begrenzte Verlegung einer Heeresdivision mit anteiligen Elementen von Luftwaffe und Marine je neuem Mitgliedsstaat empfehlen würde. Dazu gab es ebenso wenig Widerspruch wie danach im Nordatlantikat, wo Naumann das Ergebnis seiner Gespräche in Moskau vortrug.³⁴ In den KSE-Verhandlungen entwickelte sich jedoch ein unwidersprochenes Verständnis, dass Russland eine verstärkte deutsche oder US-Brigade (also bis zu 4.000 Soldatinnen und Soldaten) in jedem neuen Mitgliedsstaat akzeptieren könne, zusätzlich zu den nationalen Streitkräften.³⁵ Dieses Verständnis wurde zu einem in den westlichen Hauptstädten akzeptierten Richtmaß. Die mitteleuropäischen Mitglieder haben es mittlerweile hingenommen, aber etliche sehen in dieser Begrenzung, vor allem im Lichte des russischen Einfalls in die Ukraine, eine Einschränkung ihrer Sicherheit, zumal Russland in mehrfacher Hinsicht gegen die Grundakte verstößt (siehe Kapitel 3).

Die Öffnung der NATO und die herausgehobene Kooperation mit Russland und der Ukraine waren die zentralen Elemente der neuen europäischen Sicherheitsarchitektur.

Rüstungskontrolle und Abrüstung

Der Aufbau einer kooperativen Sicherheitsarchitektur ging mit einer Verminderung der aktiven Streitkräfte in Europa auf etwa 75 Prozent des Niveaus von 1990 und einer Reform der NATO-Kommandostruktur einher; die Zahl der militärischen Hauptquartiere wurde von 65 auf 20 verringert. Der Bereitschaftsgrad vieler Einheiten wurde herabgesetzt. Mit der Selbstverpflichtung in der Grundakte hatte die NATO aus Rücksicht auf das russische Sicherheitsbedürfnis und im Einklang mit dem Kerngedanken des KSE-Vertrags gehandelt: Begrenzung und Entflechtung von Kampftruppen auf beiden Seiten der damaligen Blöcke. Von

ebenso großer Bedeutung ist das Wiener Dokument der OSZE über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM), das 1990 vereinbart und mehrfach ergänzt wurde. Es enthält Regelungen zu militärischer Transparenz und Verifikation durch Informationsaustausch über Truppenteile und Personalstärken, deren Stationierung, Ausrüstung und Bewegungen wie auch wechselseitige Inspektionen. Vollständig angewandt, trägt es daher wesentlich zu militärischer Stabilität bei.

Vertrauensbildung war auch der Zweck des „Vertrags über den Offenen Himmel“ (*Treaty on Open Skies*) von 1992. Er erlaubte kooperative Beobachtungsflüge von zuletzt 34 Vertragsstaaten im Raum zwischen Vancouver im Westen und Wladiwostok im Osten über dem Staatsgebiet anderer Vertragsstaaten, um die Einhaltung von konventionellen oder nuklearen Rüstungskontrollvereinbarungen oder die Entwicklung der Lage zu beobachten.³⁶ Das Budapester Memorandum regelte 1994 den Nuklearwaffenverzicht der Ukraine, von Belarus und Kasachstan. Ihre Nuklearwaffen wurden Russland übergeben. Allen dreien garantierten die USA, Großbritannien und Russland dafür die volle Souveränität und Unverletzlichkeit ihrer Grenzen.

Die militärischen Interventionen der NATO in Bosnien und Herzegowina ab 1993 und gegen Serbien ab 1997 waren ihre ersten militärischen Einsätze seit ihrer Gründung.

Auch auf dem Gebiet nuklearer Rüstungskontrolle gab es in den 1990er Jahren signifikante Fortschritte. Die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion über den START-Vertrag zur Verringerung nuklearstrategischer Waffen, die bereits in den 1980er Jahren begonnen hatten, wurden 1991 erfolgreich abgeschlossen. Die strategischen Trägersysteme wurden auf je 1.600 für beide Staaten verringert. Die höchste erlaubte Anzahl von Atomsprenköpfen wurde ungefähr halbiert (auf je 6.000). Im Dezember 2009 lief START I aus. Der Nachfolgevertrag START II, im Jahr 1993 unterzeichnet, wurde 2002 von der russischen Seite unter Protest für ungültig erklärt, als die USA den ABM-Vertrag verließen. Mit dem New-START-Vertrag von 2010 wurde die Obergrenze der Atomsprenköpfe aber auf je 1.550 festgesetzt. Insgesamt gesehen haben alle diese Verträge die wachsende politische Stabilität in ganz Europa seinerzeit untermauert.

Krisenbewältigung und Stabilisierung – Die neue Hauptaufgabe der NATO

Neben der Mitwirkung an der Entwicklung einer kooperativen Sicherheitsordnung in Europa stellte bereits die NATO-Strategie 1991 die Notwendigkeit fest, dass das Bündnis auch zu wirksamer Konfliktverhütung beitragen und sich „von Fall zu Fall“ aktiv am internationalen Krisenmanagement, einschließlich Operationen zur Bewältigung von Krisen unter dem Mandat der VN oder der OSZE, beteiligen werde. Denn das Risiko sei gewachsen, dass nun „ganz anders geartete Krisen“ entstünden, „die rasch eskalieren könnten und eine schnelle Reaktion erforderten“. Diese schrittweise Erweiterung der Rolle der NATO in Richtung friedenserhaltender und friedens erzwingender Einsätze (*Peace-keeping* und *Peace Enforcement*) materialisierte sich erstmals im Zuge des Zerfalls Jugoslawiens und der damit einhergehenden Kriege ab 1991. Die militärischen Interventionen der NATO in Bosnien und Herzegowina ab 1993 und gegen Serbien ab 1997 waren ihre ersten militärischen Einsätze seit ihrer Gründung, die sie jedoch nicht zur kollektiven Verteidigung, sondern zur Bewältigung einer Krise in Europa und außerhalb ihrer Grenzen durchführte.

► **Bosnien und Herzegowina**

Nach dem Zerfall Jugoslawiens strebte der serbische Präsident Slobodan Milosevic ein großserbisches Reich an und fachte den serbischen Nationalismus an. Nach dem Beginn von gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen den Ethnien in Bosnien und Herzegowina und der Belagerung von Sarajewo ab April 1992 durch bosnische Serben, fiel der NATO ab 1993 die Aufgabe zu, das durch die VN 1992 verhängte Flugverbot über Bosnien und Herzegowina zu überwachen und durchzusetzen und die Friedenstruppen der VN mit Luftschlägen zum Schutz von *Safe Areas* zu unterstützen. Nach dem Massaker von Srebrenica 1995 mit mehreren tausend durch bosnische Serben in einer VN-Schutzzone ermordeten Bosniaken brachte die bosnisch-kroatische Armee mit Unterstützung der NATO aus der Luft (mit über 3.500 Einsätzen) den serbischen Truppen in Bosnien eine schwere Niederlage bei und eroberte weite Teile des Territoriums. Im Vertrag von Dayton 1995 wurde Bosnien und Herzegowina in eine kroatisch-bosnische und eine serbische „Entität“ aufgeteilt. Der Hohe Repräsentant der internationalen Gemeinschaft für Bosnien und Herzegowina, unterstützt durch das Büro des Hohen Repräsentanten (englisch *Office of the High Representative, OHR*), überwacht seither die Implementierung der zivilen Aspekte des Vertrages und ist dazu mit weitreichenden Befugnissen ausgestattet.³⁷

Die NATO erhielt das Mandat, die Umsetzung der militärischen Bestimmungen des Dayton-Abkommens zu überwachen. Sie stellte dazu die *Implementation Force (IFOR)* mit über 60.000 Soldaten und Soldatinnen aus NATO- und PfP-Partnerstaaten auf, einschließlich eines russischen Kontingents. Ein komplexes Regierungsabkommen zwischen den kroatischen, muslimischen und serbischen Bevölkerungsgruppen trat in Kraft. IFOR ging Ende 1996 in die NATO-geführte, im Umfang stufenweise verringerte *Stabilisation Force (SFOR)* über, die ein stabiles und sicheres Umfeld für die weitere politische Konsolidierung Bosnien und Herzegowinas zu gewährleisten hatte. Sie hatte die allgemeine Bewegungsfreiheit sicherzustellen, militärische Liegenschaften der drei „Entitäten“ zu inspizieren, deren militärische Aktionen zu kontrollieren und internationale Organisationen zu unterstützen. Im Jahr 2004 wurde sie von der Mission „EUFOR Althea“ der EU abgelöst.

► Kosovo

Ab 1992 strebten auch die Kosovo-Albaner die Unabhängigkeit von Serbien an. Das traf auf erbitterten Widerstand in Serbien, weil das Amsfeld, das einen Großteil des Territoriums des Kosovo ausmacht, eine mythische Rolle im serbischen Nationalbewusstsein spielt. Im Jahr 1998 entbrannten erneut Kämpfe zwischen serbischen Ordnungskräften und der albanischen Bevölkerung des Kosovo. Eine VN-Resolution drohte Präsident Milosevic Luftschläge an. Als dieser einlenkte, wurde eine OSZE-Mission ins Kosovo entsandt, um die Einhaltung der VN-Maßnahmen, die einen Rückzug der schweren Waffen und eines großen Teils der paramilitärischen Polizeikräfte Serbiens vorsah, zu überwachen. Mit der *Operation Eagle Eye* unterstützte die NATO die OSZE-Mission. Das neue PfP-Mitglied Mazedonien beherbergte eine *NATO Task Force* zum Schutz von OSZE-Mitarbeitern. Doch die Spannungen, Gewalt und Kämpfe dauerten an. Der Friedensplan der so genannten Kontaktgruppe (Russland, USA, Großbritannien, Frankreich, Deutschland und Italien) von Rambouillet sah für den Kosovo umfassende Autonomie unter serbischer Hoheit und die Stationierung von NATO-Truppen vor. Milosevic lehnte ab. Als Reaktion begann die NATO 1999, wegen eines wahrscheinlichen russischen Vetos ohne Antrag auf eine Resolution des VN-Sicherheitsrats und daher auch ohne VN-Mandat, mit Luftschlägen. Sie tat dies mit der Begründung, eine humanitäre Katastrophe und systematische ethnische Säuberungen im Kosovo zu verhindern, denen gleichwohl noch nach Beginn der Luftschläge etwa 10.000 Kosovo-Albaner zum Opfer fielen. Nach 78 Kriegstagen und einem auf 48 Stunden befristeten Ultimatum der NATO lenkte Milosevic ein. Serbien stimmte einem Friedensplan der G-8 zu.³⁸ Die VN setzten die zivile VN-Mission *UNMIK* (*United Nations Interim Administration Mission in Kosovo*) für den

Aufbau einer funktionsfähigen Verwaltung und demokratischer Institutionen im Kosovo ein und beauftragten die NATO mit der Stationierung einer weiteren Friedenstruppe (*Kosovo Force, KFOR*), die anfangs 50.000 Soldaten und Soldatinnen umfasste. Gemeinsam mit ihren Partnern sollte die NATO-geführte Truppe den rund 850.000 Vertriebenen und Flüchtlingen eine sichere Rückkehr ermöglichen und die Entmilitarisierung des Kosovo überwachen. Heute umfasst *KFOR* rund 3.800 Soldaten und Soldatinnen aus 28 Nationen.

Angesichts der Krisen und Konflikte auf dem Balkan und ihrer Folgen galt es, einen umfassenden, regionalen Ansatz zu finden, um der Instabilität der Region Herr zu werden. Auf Initiative Deutschlands wurde im Jahr 1999 der „Stabilitätspakt für Südosteuropa“ geschlossen, mit dem unter Teilnahme der EU, der USA, der Türkei, Russlands und der Balkanstaaten selbst die politischen und wirtschaftlichen Bemühungen zur langfristigen Stabilisierung des Balkans gebündelt und koordiniert werden sollten.

► Libyen

Im Frühjahr des Jahres 2011 kam es in Libyen zu einem weiteren Kriegseinsatz der NATO aus humanitären Gründen, vorwiegend ebenfalls in Form einer Operation aus der Luft. Im libyschen Bürgerkrieg begingen die Truppen des Machthabers Muammar al-Gaddafi massive Menschenrechtsverletzungen mit vielen Opfern unter der Zivilbevölkerung. Gaddafi drohte, die Stadt Bengasi im Osten des Landes dem Erdboden gleichzumachen und die dortigen „Rebellen“ zu massakrieren. Die Resolution 1973 des VN-Sicherheitsrats autorisierte die Einrichtung einer Flugverbotszone, um Einsätze der libyschen Luftwaffe gegen die Zivilbevölkerung zu unterbinden. Die Resolution ermächtigte die internationale Gemeinschaft auch, „alle notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung“ zu treffen, und erließ zudem ein Waffenembargo. Sie verbot aber eine Besatzung des Landes durch jegliche ausländische Macht. Unter Führung Frankreichs und Großbritanniens eröffnete eine Gruppe von Nationen die Operationen gegen Gaddafis Truppen und Einrichtungen aus der Luft. Die USA nahmen teil, aber Präsident Obama hatte sich für „*leading from behind*“ entschieden. Nach zwei Wochen übergaben Frankreich und Großbritannien die Führung an die NATO, welche die Planungs- und Führungskapazität hatte, eine komplexe Luftoperation zu führen. Die Operation dauerte sieben Monate. Gaddafi wurde von Aufständischen gefasst und getötet. Die NATO hatte ihren von den VN erteilten Auftrag erfüllt, die Bevölkerung des Landes vor Gaddafis geplantem Massenmord zu bewahren. Einen anschließenden Stabilisierungseinsatz mit Bodentruppen wie auf dem Balkan sah das Mandat ausdrücklich nicht vor. Heute gibt es noch immer keinen Frieden in Libyen.

Der Luftkrieg gegen Serbien 1999 hat letztlich zur Entwicklung des völkerrechtlichen Konzepts der „*Responsibility to Protect*“ (R2P) im Rahmen der VN geführt, das in Deutschland damals begrüßt wurde, dessen Anwendung gegen den libyschen Diktator Gaddafi die Bundesregierung aber ablehnte. Deutschland enthielt sich im VN-Sicherheitsrat der Stimme, zusammen mit Russland, China, Indien und Brasilien. Es beteiligte sich nicht an der Operation der NATO und zog überdies sein Personal aus den beteiligten Hauptquartieren der NATO zurück. Gleichwohl leistete Deutschland den NATO-Truppen erhebliche logistische Hilfe. Das Verhalten der deutschen Regierung führte zu massiver Kritik in Deutschland und unter den Verbündeten wegen des Bruchs der Bündnissolidarität bei dem Versuch, ein Massaker an der Zivilbevölkerung in Libyen zu verhindern.

Die militärischen Einsätze der Allianz außerhalb ihrer Grenzen hatten für die Weiterentwicklung der NATO-Strategie eine katalytische Wirkung. Das Strategische Konzept 1999, das auf dem Treffen der Staats- und Regierungschefs der NATO im April 1999 in Washington verabschiedet wurde, spiegelte die weitere Verlagerung der praktischen Schwerpunktsetzung in Richtung Krisenbewältigung und Partnerschaften wider. Die internationalen Herausforderungen und Risiken wurden darin ausführlich beschrieben. Zu den „grundlegenden Sicherheitsaufgaben“ der NATO kamen erstmals ausdrücklich „*Crisis Management*“ und „*Partnership*“ hinzu, und die NATO definierte erstmals *Non-Article 5 Crisis Response Operations* als neuen Auftrag für die Streitkräfte, also militärische Operationen jenseits von kollektiver Verteidigung. Die Streitkräfte der Verbündeten mussten nun allesamt über Fähigkeiten für das gesamte Aufgabenspektrum verfügen, von kollektiver Verteidigung nach langer Vorbereitungszeit bis zu militärischer Krisenintervention, Stabilisierung und Friedenserhaltung in entfernten Regionen außerhalb der Bündnisgrenzen. Dem war eine längere interne Diskussion in der NATO vorausgegangen, in der vor allem von US-amerikanischer Seite die Relevanzfrage der NATO gestellt wurde: „*Either out of area or out of business.*“ (Die Forderung war schon durch den US-amerikanischen Senator Richard Lugar im Jahr 1993 erhoben worden.) Es komme darauf an, Risiken auf Abstand zu halten und am Ort ihrer Entstehung einzudämmen, damit sie nicht nach Europa kämen. Diese Entwicklung gipfelte schließlich in der Definition von drei Kernfunktionen (*core functions*) der NATO im Strategischen Konzept 2010: Abschreckung und kollektive Verteidigung, Krisenmanagement und Kooperative Sicherheit. Angesichts der sicherheitspolitischen Lage in Europa spielten Abschreckung und Verteidigung in den Planungen der NATO faktisch nur noch eine nachgeordnete Rolle.



Terrorangriff 9/11 auf die USA

Für die Krisenmanagement-Aufgabe brauchte die NATO die adäquaten Streitkräfte. Aus mechanisierten, panzerstarken Großverbänden, die für kollektive Verteidigung in Mitteleuropa gebraucht wurden, sollten Kontingente für multinationale Stabilisierungseinsätze werden. Führungsfähigkeit, (Luft-)Transport und Logistik über strategische Entfernungen, Mobilität (Hubschrauber) und Schutz im Einsatzraum erhielten jetzt Priorität. Insgesamt erforderte dies aus damaliger Sicht eine weitreichende Transformation der Streitkräfte der meisten europäischen Armeen. Die Aufstellung der multinationalen *NATO Response Force (NRF)* 2002 war eines ihrer Kernelemente. Ihre Aufgaben spiegeln die Erfahrungen der Zeit wider. Sie war als „*Initial Entry Force*“, zum Kampf gegen terroristische Kräfte, zur Durchsetzung von Embargos, für Evakuierungsoperationen und humanitäre Hilfseinsätze vorgesehen. Die NRF sollte außerdem als Transformationsinstrument für die nationalen Streitkräfte vieler europäischer Verbündeter dienen. Auch wenn die Umstellung mehr Ressourcen erforderte, sanken die Verteidigungshaushalte weiter kontinuierlich. Alle NATO-Staaten hatten sich nach Ende des Kalten Krieges und dem Zerfall der Sowjetunion schon eine „Friedensdividende“ gegönnt. Nun kam hinzu, dass in der Folge der globalen Finanzkrise 2008 die Verteidigungsbudgets zusätzlich sehr unter Druck kamen. Der damalige NATO-Generalsekretär Anders F. Rasmussen versuchte, aus der Not eine Tugend zu machen. Die *Smart Defence Initiative* sah vor, dass mehrere Nationen moderne, teure militärische Fähigkeiten, die sie sich allein

nicht leisten konnten, die NATO aber benötigte, gemeinsam entwickelten, einander dabei ergänzten und sie gemeinsam nutzten (Sharing) oder Kräfte und Fähigkeiten zusammenfassten (Pooling) und Kosten sparten. Viele multinationale Projekte, die in diesem Zeitraum entstanden, sind heute noch aktuell.

Terrorangriff 9/11 auf die USA – Die Ausweitung militärischer Krisenintervention der NATO und der Einsatz in Afghanistan

Nur zwei Jahre nach dem Washingtoner Gipfeltreffen schien sich die Neuorientierung der NATO auf dramatische Weise als richtig und notwendig zu erweisen. Der Terrorangriff auf die Zwillingstürme des *World Trade Center* in New York und das Pentagon in Washington am 11. September 2001 bedeutete eine Zäsur für das Selbstverständnis der USA und deren Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Er war auch eine Zäsur für die NATO. Der größte Bündnispartner war von außen angegriffen worden. Erstmals in ihrer Geschichte erklärte die NATO den Bündnisfall nach Artikel 5 des Washingtoner Vertrags. Den USA galt die „uneingeschränkte Solidarität“ (Bundeskanzler Gerhard Schröder) der Verbündeten. Dies war vor allem eine notwendige politische Demonstration. Praktisch bedeutete dies, dass die NATO einerseits den USA ihre Aufklärungsflugzeuge AWACS zur Verfügung stellte, um bei der Überwachung des amerikanischen Luftraums zu helfen, und andererseits die maritime *Operation Active Endeavour* im Mittelmeerraum begann. Sie sollte dort durch Seeraumüberwachung zur Entdeckung und Abschreckung möglicher terroristischer Aktivitäten beitragen und Entschlossenheit und Bündnisolidarität zeigen. Ihr Auftrag umfasste Überwachung des zivilen Schiffsverkehrs, Kontrolle von Schiffen im Verdachtsfall oder Begleitung durch die Straße von Gibraltar zu deren Schutz.

Die USA aber begannen den „Globalen Krieg gegen den Terror“ (*Global War on Terror, GWOT*). Der Angriff gegen sie war von Al-Qaida-Terroristen geplant und durchgeführt worden. Deren Anführer Osama Bin Laden hatte das Taliban-Regime in Afghanistan Unterschlupf gewährt. Von dort aus hatte er die Vorbereitung des Anschlags gesteuert. Der Anti-Terror-Einsatz begann mit der *Operation Enduring Freedom* in Afghanistan gegen die Taliban, an der sich einige europäische Alliierte mit Spezialkräften beteiligten. Parallel dazu beschloss die internationale Petersberg-Konferenz bei Bonn im Dezember 2001, dass die Sicherheit der afghanischen Übergangsregierung in Kabul und dessen Umgebung sowie des VN-Personals mit einer internationalen Truppe gewährleistet werden sollte. Mit der Resolution 1386 des VN-Sicherheitsrats wurde die NATO ermächtigt, diesen Beschluss mit der *International Security Assistance Force (ISAF)* umzusetzen. Die

5.000-Soldaten-starke multinationale Truppe wurde jeweils für sechs Monate erst von Großbritannien, dann der Türkei und schließlich von Deutschland geführt. Auf Drängen der afghanischen Regierung und einiger Bündnispartner, darunter Deutschland, wurde das Mandat der ISAF-Mission per VN-Resolution 1510 auf ganz Afghanistan ausgeweitet, um für das selbstgesteckte Ziel, ein stabiles, demokratisches und rechtsstaatliches Afghanistan zu schaffen, ein sicheres Umfeld außerhalb Kabuls herzustellen. Im Sommer 2003 übernahm die NATO die Verantwortung für die Führung, Planung und Unterstützung von ISAF von ihrem operativen Hauptquartier in Brunssum aus, um die Bereitstellung der notwendigen Truppen durch das gesamte Bündnis sicherzustellen. Denn die USA konzentrierten sich ab Herbst 2002 zunehmend auf die Vorbereitung des Kriegs gegen den Irak, der im März 2003 begann. Diese Entscheidung hatte zu großen Verwerfungen innerhalb der NATO geführt. Deutschland und Frankreich führten eine Gruppe europäischer Verbündeter an, die sich gegen Washington stellten und die Intervention für einen strategischen Fehler hielten. Die USA wurden dagegen von Großbritannien und anderen unterstützt.

Nach dem Terrorangriff auf die USA erklärte die NATO erstmals in ihrer Geschichte den Bündnisfall nach Artikel 5.

Von Kabul aus breitete sich ISAF schrittweise auf ganz Afghanistan aus und gliederte sich schließlich in vier Regionalkommandos unter Führung einer NATO-Nation. Dort entstanden sogenannte zivil-militärische *Provincial Reconstruction Teams (PRT)*, die neben ihren militärischen Aufgaben auch den Wiederaufbau (Straßen, Schulen, lokale Infrastruktur) und humanitäre Hilfe übernehmen sollten. Darüber hinaus war die VN-Mission *United Nations Assistance Mission Afghanistan (UNAMA)* mit einem zivilen Aufbau- und Hilfsprogramm vor Ort, ebenso wie rund 2.000 Nicht-Regierungsorganisationen (NGO).³⁹ Das gemeinsame Ziel war, die afghanische Regierung beim Aufbau von Sicherheitskräften und der zivilen Verwaltung, bei der Durchführung von freien Wahlen, der Entwicklung von guter Regierungsführung, von Infrastruktur wie auch des Gesundheits- und Bildungswesens zu unterstützen.

Die Taliban bekämpften aber die ISAF-Mission weiter mit Terroranschlägen. Aus einer ursprünglich als „friedenserhaltend“ gedachten Mission („*peacekeeping mission*“)⁴⁰ wurde im täglichen Erleben der Soldaten und Soldatinnen ein Kriegseinsatz mit tausenden Toten und Verwundeten der internationalen Truppe,



Fahrzeugkolonne der Bundeswehr in Afghanistan

afghanischen Sicherheitskräfte und von Zivilisten. Zeitweise waren nahezu 130.000 Soldaten und Soldatinnen aus fast 50 alliierten und Partnernationen beteiligt. Im Jahr 2014 ging ISAF in die *Resolute Support Mission* über. Ihr Umfang sank auf rund 10.000 Soldatinnen und Soldaten. „Deutschlands Sicherheit wird auch am Hindukusch verteidigt“ – so fasste der ehemalige deutsche Verteidigungsminister, Peter Struck, im März 2004 die Legitimation des Einsatzes zusammen. Zuletzt war die Bundeswehr mit rund 1.300 Soldatinnen und Soldaten der zweitstärkste Truppensteller nach den USA. Nach dem Abzug der NATO und ihrer Partner im Sommer 2021 kehrten die Taliban an die Macht zurück. Nach 20 Jahren war der Afghanistan-Einsatz gescheitert. (Zur Kritik des Einsatzes siehe Kapitel 3)

Rolle und Handlungsfähigkeit der Europäer

Für die Neuordnung Europas nach dem Ende des Kalten Kriegs spielte die EU eine wesentliche Rolle. Bei der Ausdehnung der Stabilitätszone des Westens ergänzten NATO und EU einander: Die EU sorgte vor allem für politische und wirtschaftliche, die NATO für sicherheitspolitische und militärstrategische Stabilität. Parallel zur Öffnung der NATO für neue Mitglieder nahm auch die EU zwischen 2004 und 2013 insgesamt dreizehn Länder Mittelost- und Südeuropas auf (davon allein zehn im Jahr 2004). Diese signifikante Vergrößerung wurde im Jahr 2010 ergänzt durch die Östliche Partnerschaft, in deren Rahmen die EU ihre politischen,

wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zu Armenien, Aserbeidschan, Belarus, Georgien, der Republik Moldau und der Ukraine intensivieren wollte. Mit Russland schloss sie 1994 das „Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“.

Mit ihrer Gründung im Jahr 1992 (Vertrag von Maastricht) begann die EU, nicht nur eine Wirtschafts- und Währungsunion zu schaffen, sondern auch eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) zu entwickeln. Der ehemalige Außenminister Luxemburgs, Jacques Poos, äußerte die Hoffnung, die Lösung der Balkankrise könne „die Stunde der Europäer“ werden. Es sei an ihnen, auf dem eigenen Kontinent ohne amerikanische Unterstützung für Ordnung zu sorgen. Aber die EU war als Institution dazu noch nicht in der Lage. In Anbetracht der militärischen Konflikte und Einsätze auf dem Balkan lag es gleichwohl auf der Hand, dass die Europäer gemeinsam mehr Verantwortung für die Stabilität auf ihrem eigenen Kontinent übernehmen mussten. Sie mussten und wollten eine gemeinsame „Europäische Sicherheits- und Verteidigungsidentität“ (ESVI) entwickeln, die zugleich den „europäischen Pfeiler“ der NATO stärken sollte.

Dies verlangte eine Konstruktion, die einerseits die EU in die Lage versetzte, militärische Kriseneinsätze unter eigener politischer Kontrolle durchzuführen, wenn die NATO selbst nicht handeln wollte. Andererseits mussten Doppelstrukturen, Konkurrenz und Duplizierung von militärischen Fähigkeiten für NATO- und EU-Zwecke vermieden werden. Denn die große Mehrheit der euro-

päischen Mitglieder beider Organisationen waren (und sind) dieselben. Sie hatten (und haben) ihre Streitkräfte nur einmal. NATO und EU sollten einander in ihrem Beitrag zur internationalen Sicherheit komplementär ergänzen und in ihrer Wirkung wechselseitig verstärken, so das Credo in den relevanten Gipfeldokumenten. Vor allem durfte die Verbindung der Sicherheit Europas mit derjenigen der USA nicht geschwächt werden.⁴¹ In der EU war man sich einig, dass sie sich auf internationales ziviles und zivil-militärisches Krisenmanagement außerhalb der EU konzentrieren, der Schutz Europas durch die kollektive Verteidigung aber in der Verantwortung der NATO bleiben sollte.⁴²

Das Instrument für diesen Ansatz bildeten die „Berlin-Plus“-Ver einbarungen von 2003 als Teil der vereinbarten „Strategischen Partnerschaft“ zwischen NATO und EU. Die Allianz war bereit, von Fall zu Fall und wenn sie selbst nicht militärisch engagiert war, der EU bestimmte Fähigkeiten und Mittel für Einsätze zur Krisenbewältigung zur Verfügung zu stellen (auf der Basis des Prinzips von „separable but not separate capabilities“).⁴³ Praktisch bedeutete dies im Wesentlichen, dass der Stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber (DSACEUR), der stets ein Europäer ist, unter der „politischen Führung und strategischen Weisung“ der EU einen multinationalen militärischen Einsatz befiehlt und sich dabei der Planungs- und Führungskapazitäten der NATO-Stäbe bedient. Die Truppe wird durch die teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten gestellt. EUFOR Althea in Bosnien und Herzegowina ist bis heute der einzige „Berlin-Plus“-Einsatz. Einem solchen Einsatz hätte stets der Nordatlantikrat, einschließlich der Türkei, aber auch der Rat der EU mitsamt der Republik Zypern, dem Griechisch sprechenden Südtteil der Insel,⁴⁴ zustimmen müssen. Da die Türkei diesen Teil aber nicht anerkennt, waren nach dem Beitritt der Republik Zyperns zur EU im Jahr 2004 weitere „Berlin-Plus“-Einsätze bis heute nicht mehr möglich.

In den folgenden Jahren entwickelte die EU die Institutionen und Strukturen der GASP weiter. Die „Europäische Sicherheitsstrategie“ von 2003 wies die Richtung: Die EU sollte „aktiver, leistungsfähiger und kohärenter“ werden.⁴⁵ Als internationaler Akteur brauchte sie auch eine Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP). Es entstanden zahlreiche politische, zivile und militärische Gremien, Stäbe und Verfahren, mit denen die EU heute in der Lage ist, nicht nur zivile, sondern auch kleinere militärische Kriseneinsätze auch „autonom“, also ohne Rückgriff auf NATO-Kapazitäten, zu führen.⁴⁶ Die „Berlin-Plus“-Regelungen standen, wie beschrieben, seit 2004 dafür nicht mehr zur Verfügung. Seit 2003 hat die EU 36 zivile und zivil-militärische Missionen und militärische Einsätze auf drei Kontinenten durchgeführt, vor allem in Afrika.



Militärische Zeremonie der EU im Juni 2014

Heute strebt die EU eine „Europäische Verteidigungsunion“ (EVU) an. Die „EU Global Strategie“ 2016⁴⁷ definiert drei Aktionsfelder für „Sicherheit und Verteidigung“ der EU: (1) Krisenprävention und zivil-militärische Krisenbewältigung („*Responding to external conflicts and crises*“), (2) Ertüchtigung von Partnern der EU („*Capacity building of partners*“), vor allem durch Beratung bei Aufbau und Reform von deren Sicherheits- und Verteidigungskapazitäten („*Security Sector Reform*“) und (3) Schutz der EU und ihrer Bevölkerungen („*Protecting the Union and its citizens*“). Damit sind vor allem der Schutz von Kommunikationsnetzen und kritischer Infrastruktur gegen Cyberangriffe gemeint, Schutz gegen Terrorismus, das Organisierte Verbrechen und illegale Migration, Sicherheit der EU-Grenzen, Katastrophenhilfe und anderes mehr. Die EU erkennt weiter an, dass die kollektive militärische Verteidigung Europas die Aufgabe der NATO bleibt. Umgekehrt begrüßen die NATO und die USA die Bemühungen der EU-Nationen, gemeinsam mehr, moderne und hochwertige militärische Fähigkeiten zu entwickeln und dazu auch finanzielle Mittel der EU wie den *European Defence Fund (EDF)* in Anspruch zu nehmen. Denn heute ist allgemein anerkannt, dass die Herausforderungen für die transatlantische Gemeinschaft so groß und zahlreich sind, dass jede Stärkung der europäischen Fähigkeiten willkommen ist. Damit es nicht zu unnötigen Duplizierungen kommt und sich die Entwicklung militärischer Fähigkeiten in NATO und EU komplementär ergänzen, arbeiten die zuständigen Stäbe beider Organisationen zusammen.

Die Krisenmanagement-Einsätze der EU sind ein wichtiger Beitrag zur transatlantischen Lastenteilung. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU, dem Brexit, hat diese allerdings nominell einen signifikanten Teil ihrer militärischen Fähigkeiten und der dafür erforderlichen Verteidigungsausgaben eingebüßt.

Zusammen geben die EU-Mitgliedstaaten heute nur 20 Prozent dessen aus, was die NATO-Verbündeten aufwenden, 50 Prozent davon Deutschland zusammen mit Frankreich. Umso mehr müssen NATO und EU in Zukunft ihre Zusammenarbeit vertiefen und muss Großbritannien an der Fähigkeitsentwicklung im Rahmen der EU teilhaben (siehe Kapitel 4).

Russlands Abwendung vom Westen

Mit der NATO-Russland-Grundakte von 1997 glaubten viele in der NATO, mit Russland eine „strategische Partnerschaft“ entwickeln zu können, vor allem für die gemeinsame Bewältigung internationaler Krisen auf der Grundlage der in der NATO-Russland-Grundakte vereinbarten Prinzipien. Spannungsfrei waren die Beziehungen indes nie. In den 1990er Jahren belegte Russland mehrere seiner Nachbarn mit Handelssanktionen. Es führte zwei Kriege in Tschetschenien (1996 und 1999). Das positive Momentum in der Rüstungskontrolle für konventionelle Streitkräfte nach Ende des Kalten Kriegs hielt nicht an. Durch die Auflösung von Sowjetunion und Warschauer Pakt und den Beitritt mittelosteuropäischer Staaten zur NATO hatte sich die ‚Geometrie‘ des KSE-Vertrags von 1990 verändert, weil es keine „Blöcke“ mehr gab. Im Anpassungsabkommen (A-KSE) von 1999 wurden die Beschränkungen für konventionelle Waffensysteme daher nicht mehr an den beiden, gegeneinander gerichteten Machtblöcken der Vergangenheit, sondern an individuellen Territorialgrenzen ausgerichtet. A-KSE wurde von allen Teilnehmerstaaten unterzeichnet, aber durch die NATO-Staaten nicht ratifiziert. Aus ihrer Sicht hatte Russland seine Truppen nicht, wie vereinbart, aus Georgien und Transnistrien abgezogen. Im Dezember 2007 setzte Russland die Anwendung des KSE-Vertrags aus. Moskau führte als einen Grund die Weigerung der baltischen Staaten und Sloweniens an, dem KSE-Vertrag beizutreten. Im Jahr 2011 stellten die NATO-Staaten dann die Weitergabe von Informationen an Russland ein. Heute wirft die NATO Russland die wiederholte Verletzung des Wiener Dokuments vor, unter anderem weil die notifizierten und die tatsächlichen Personalstärken seiner militärischen Großübungen in Grenznähe auseinanderklafften und Moskau durch deren Aufteilung in mehrere kleinere Übungen die Pflicht zur Einladung von Übungsbeobachtern umgehe.⁴⁸ Die Kündigung des ABM-Vertrags durch die USA im Jahr 2002 und deren Plan, ein Abwehrsystem gegen ballistische Raketen zu errichten, sieht Moskau als mögliche Einschränkung seiner nuklearen Zweitschlagskapazität und damit als perspektivische Gefährdung strategischer Stabilität und seiner Sicherheit. Die Argumente der USA und der NATO, dass sich die Fähigkeit zur Abwehr ballistischer Raketen ausschließlich gegen eine mög-

liche Raketenbedrohung aus Staaten wie dem Iran oder Nordkorea richte und die beiden Raketenabwehrsysteme in Rumänien und Polen (mit einer sehr begrenzten Zahl an Flugkörpern) die russischen Interkontinentalraketen aus technisch-physikalischen Gründen nicht erreichen oder gar die nukleare Zweitschlagsfähigkeit Russlands gefährden könnten, werden von Moskau ignoriert.

Vor allem aber wollte sich die russische Führung mit der Ausdehnung der NATO nach Osten und dem Verlust der strategischen Pufferzone und Einflussosphäre im Westen Russlands, so wie sie es sah, nicht abfinden. Von Anfang an bestand auch eine konzeptionelle Spannung zwischen der Aufnahme neuer Mitglieder, die aus ihrer Erfahrung Russlands imperiale Absichten fürchteten, und der Absicht, mit Russland eine gleichberechtigte Partnerschaft mit Zustimmung der gesamten NATO zu entwickeln. Mit seiner ‚Paukenschlag‘-Rede auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2007, mit der Präsident Wladimir Putin gegen die angebliche „monopole Weltherrschaft“ der USA wettete und die NATO-Öffnung für neue Mitglieder aus Mittelosteuropa als Bedrohung für Russland bezeichnete, begann Moskaus Abkehr von einer Partnerschaft mit dem Westen.⁴⁹ Während der Sitzung des NATO-Russland-Rats auf Ebene der Staats- und Regierungschefs im Rahmen des NATO-Gipfeltreffens 2008 in Bukarest sprach der russische Präsident – voller Zorn über die kurz zuvor erfolgte Feststellung der Allianz, dass die Ukraine und Georgien NATO-Mitglieder würden, allerdings zu einem nicht definierten Zeitpunkt in der Zukunft – der Ukraine eine eigene Staatlichkeit ab. Er kündigte an, dass Russland überall dort seiner Verantwortung nachkommen würde, wo russische Bürger lebten und deren Sicherheit bedroht sein könnte.⁵⁰ Kurze Zeit danach marschierte Russland im Konflikt um die georgische Provinz Südossetien in Georgien ein – mit der Begründung, seine Staatsbürgerinnen und Staatsbürger dort schützen zu müssen.

Folgt man den meisten Russland-Experten und -Expertinnen, basiert das strategische Denken und Handeln der heutigen russischen Führung auf einer Mischung aus offensiven und defensiven Elementen, die ihren Ursprung in der russischen Geschichte, dem Selbstbild Russlands als imperialer Macht und seiner geographischen Lage haben. Die höchste Priorität gilt der Sicherung des bestehenden autoritären Herrschaftssystems. Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftlicher Aufschwung in der Ukraine, in der Millionen Russen leben, wären für Präsident Putins Herrschaft eine existenzielle Gefahr. Die demokratischen Farbenrevolutionen dort und in Georgien haben aus Sicht des Kremls diese konkrete Gefahr heraufbeschworen. Sie werden daher als von außen, vor allem von den USA, initiiert und gesteu-

ert verunglimpft. Die militärischen Interventionen Russlands in der Ukraine und Georgien haben tiefrote Linien gezogen gegen die weitere Annäherung der beiden Länder an die NATO. Zugleich meint Russland wegen seiner imperialen Geschichte, seiner nationalen Größe und nuklearen Macht einen quasi natürlichen Anspruch zu besitzen, als privilegierte Großmacht respektiert zu werden und entsprechend zu agieren, und dies auf Augenhöhe mit den USA und als deren Rivale. „Gleiche Sicherheit“ gibt es in dieser Lesart nur zwischen Großmächten. Institutionell verfasste gleiche Sicherheit für große und kleine Staaten, wie NATO und EU sie gewähren, ist dem Denken der russischen Führung fremd. Und schließlich liegt Moskaus Furcht vor Einkreisung und Invasion in der geostrategischen Lage des kontinentalen Riesenreichs begründet. Denn die mehr als 20.000 Kilometer lange Landgrenze kann kaum militärisch gesichert werden. Vermutete Gefahren müssen weit außerhalb des russischen Kernlands abgewehrt oder zumindest unter Kontrolle gehalten werden. Russlands Sicherheit wird daher absolut definiert, also auf Kosten der Sicherheit anderer, vor allem von Staaten in seiner Nachbarschaft.

Zusammengenommen führen diese Faktoren zum Anspruch Russlands auf Dominanz und Kontrolle über seine Nachbarschaft, zu seinem Insistieren auf „privilegierten Interessen“ (so der ehemalige Präsident Dimitri Medwedew) im „Nahen Ausland“ und auf exklusiven geostrategischen Einflussphären. Den Effekt der von Russland kontrollierten Schutz- und Pufferzone, welche die Sowjetrepubliken und der Warschauer Pakt bis 1989 boten, sucht die russische Führung heute mit anderen Mitteln zu erreichen. Manches spricht dafür, dass sich Moskau durch den NATO-Russland-Rat und die Grundakte über die dort definierten Konsultations- und Kooperationsfelder hinaus ein praktisches Vetorecht gegen die Aufnahme von europäischen Staaten in die NATO wie auch in anderen Fragen der Sicherheitsordnung in Europa erhofft hatte.⁵¹ Die Erwartung aber, die USA würden Russland geostrategische Einflusszonen zugestehen und dort seine speziellen Interessen berücksichtigen, beispielsweise auch auf dem Westbalkan und im Nahen Osten, wurde enttäuscht. Aus Putins Sicht waren der Einsatz der NATO gegen Serbien und der Krieg der USA gegen den Irak ohne VN-Mandat gar der Versuch, Russlands Vetomacht im VN-Sicherheitsrat praktisch auszuhebeln.⁵² Präsident Medwedews Vorschlag eines neuen „Europäischen Sicherheitsvertrags“ von 2009 und Präsident Putins Vorschlag von 2013, beim Schutz gegen ballistische Raketen in Europa einen westlichen unter amerikanischer und einen östlichen Sektor unter russischer Verantwortung zu vereinbaren, liefen auf ein russisches Veto gegen NATO-Entscheidungen hinaus. Moskaus Insistieren auf „privilegierten Interessen“ in seiner Nachbarschaft blieb daher ungehört.

Was der Ausdehnung russischer Kontrolle in Europa entgegensteht, sind EU und NATO wie auch die militärische Präsenz der USA in Europa. Ihr Zusammenhalt muss aus russischer Sicht unterminiert, ihre Entscheidungsfähigkeit gelähmt und ihre Handlungsfähigkeit blockiert werden. Dann kann sich russische Kontrolle über Europa wie von selbst entfalten. Russisches sicherheitspolitisches Agieren hat also auch einen defensiven Ursprung,

Die militärischen Interventionen Russlands in der Ukraine und Georgien haben tiefrote Linien gegen die weitere Annäherung der beiden Länder an die NATO gezogen.

der aus historischen und geographischen Gründen nachvollziehbar ist. Aber es reflektiert zugleich die traditionellen imperialen Ambitionen Moskaus und äußert sich heute aggressiv und unbe-rechenbar nach außen – in einer Politik der permanenten Konfrontation mit dem Westen. Im Innern nehmen die Überwachung der Medien und Repressionen gegen Oppositionelle zu. Die transatlantische Gemeinschaft kann aber weder ihre Werte und Prinzipien noch die Freiheit und Sicherheit ihrer Mitglieder zur Disposition stellen, um den geopolitischen Interessen der autokratischen Führung Russlands zu genügen.

- ¹⁹ Die gesamte Entwicklung der NATO und ihrer Kernfunktionen kann man im Wesentlichen durch den Vergleich der drei aufeinander aufbauenden Strategischen Konzepte von 1991, 1999 und 2010 nachvollziehen (siehe Quellenverzeichnis). Im Gegensatz zu den als streng geheim eingestuften Militärstrategien des Kalten Krieges, die mit der Flexiblen Erwidern (MC 14/3) im Jahr 1968 endeten, sind diese Strategischen Konzepte öffentlich und sind eher politisch-militärische Konzeptionen für die Rolle der NATO unter den sich verändernden sicherheitspolitischen Bedingungen. An ihnen lässt sich die Verschiebung des Aufgaben- und Handlungsschwerpunkts der NATO ablesen: von kollektiver Verteidigung zu internationaler Krisenbewältigung und Ausgestaltung von Partnerschaftsbeziehungen in Europa und weit darüber hinaus.
- ²⁰ Bush, George H.W.: *Europe Whole and Free. Remarks to the Citizens in Mainz/Federal Republic of Germany, May 31, 1989*, veröffentlicht durch die U.S. Botschaft in Deutschland
- ²¹ Grundsätzlich werden alle Nuklearwaffen mit einer Reichweite unter 5.500 km als sub-strategisch bezeichnet; eine allgemein anerkannte Definition gibt es aber nicht.
- ²² Diese sind Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Finnland, Georgien, Irland, Kasachstan, Kirgisistan, Malta, Österreich, die Republik Moldau, Russland, Serbien, Schweden, die Schweiz, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Usbekistan.
- ²³ Die Zahl der PFP-Partner stieg mit der Zeit auf zwanzig. Schweden und Finnland beispielsweise haben nach dem Einfall Russlands in die Ukraine die Beziehungen zur NATO intensiviert. Mehrmals im Jahr nehmen sie an Sitzungen des Nordatlantikrats teil, um sich über die Sicherheitslage im Ostseeraum auszutauschen. Ebenso stimmen die militärischen Führungsplanungen ab. Beide Partner haben ihr Territorium für Übungen der NATO bereitgestellt.
- ²⁴ Naumann, Klaus: *Frieden – der noch nicht erfüllte Auftrag*, Hamburg 2002, S. 82. Im Jahr 1991 schlossen sich Polen, die Tschechoslowakei (ab 1993 Tschechien und die Slowakei) und Ungarn in der ungarischen Stadt Visegrád zu einem informellen Bündnis, der Visegrád-Gruppe, zusammen, um ihre Politik auf verschiedenen Feldern zu koordinieren und sich in ihrem Streben nach EU- und NATO-Mitgliedschaft gegenseitig zu unterstützen.
- ²⁵ Rühle, Volker: *Shaping Euro-Atlantic Policies – A Grand Strategy for a New Era*, Speech delivered at the International Institute for Strategic Studies, London, 26 March 1993 (Alastair Buchan Memorial Lecture).
- ²⁶ Weißer, Ulrich: *Sicherheit für ganz Europa*, Stuttgart 1999, S. 23-59
- ²⁷ Frankreich wollte ein „nördliches Ungleichgewicht“ ausgleichen, Italien eine Landbrücke zu Ungarn schaffen; siehe Hecht, Tobias: *Die Haltung der USA zur NATO-Erweiterung. Strategie, Pragmatik und Weltordnung in den Jahren nach dem Ost-West-Konflikt*, in: *Schriften des Zentrums für Interdisziplinäre Regionalstudien*, Band 5, Halle an der Saale 2014, S. 153
- ²⁸ Asmus, Ronald D.: *Opening NATO's Door*, New York 2002, S. 41-42
- ²⁹ Nach der Annexion der Halbinsel Krim im Jahr 2014 wurde Russland wieder aus den G-8 ausgeschlossen.
- ³⁰ Als Präsident der Russischen Föderation wollte Jelzin im Dezember 1991 sogar der NATO beitreten, wie der damalige amerikanische Botschafter bei der NATO, Alexander Vershbow, berichtet; siehe Vershbow, Alexander: *Present at the Transformation: An Insider's Reflection on NATO Enlargement, NATO-Russia Relations, and Where We Go from Here*, in: Hamilton, Daniel S., Spohr, Kristina: *Open Door – NATO and Euro-Atlantic Security after the Cold War*, Washington D.C. 2019, S. 427.
- ³¹ Weißer, Ulrich a.a.O., S. 42
- ³² Naumann, Klaus a.a.O., S. 52
- ³³ NATO: *Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation signed in Paris, France, 27 May 1997*
- ³⁴ Naumann, Klaus, a.a.O., S. 55
- ³⁵ Alberque, William: „Substantial Combat Forces“ in the context of NATO-Russia Relations, NATO Defense College, Research Paper 131, Rome, June 2016; ebenso Richter, Wolfgang, a.a.O., S. 14; die NATO-Battlegroups in den baltischen Staaten und Polen bleiben deutlich unterhalb dieser Grenze.
- ³⁶ Im Jahr 2020 traten die USA aus als Reaktion auf Restriktionen, die Russland für die Inspektion bestimmter russischer Gebiete erlassen hatte, aus dem Abkommen aus. Im Jahr 2021 erklärte Russland ebenfalls seinen Austritt.
- ³⁷ Seit August 2021 hat der deutsche Politiker und Präsident der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, Bundesminister a. D. Christian Schmidt, das Amt inne.
- ³⁸ Der damalige russische Außenminister Wiktor Tschernomyrdin spielte eine entscheidende Rolle dabei, Milosevic zu überzeugen aufzugeben, das auch der NATO eine Invasion am Boden zu ersparen; siehe Vershbow, Alexander, a.a.O., S. 437.
- ³⁹ Domröse, Hans-Lothar: „Unsere Soldaten haben ihr Wertvollstes gegeben – ihr Leben“, Interview in der Berliner Zeitung vom 12.9.2021
- ⁴⁰ Das Mandat von ISAF basierte allerdings auf Kapitel VII der Charta der VN, das auch den „Friedenserzwingenden Einsatz“ (peace enforcement) mit Waffengewalt autorisiert.
- ⁴¹ Scharioth, Klaus: *Making ESDP strong will strengthen NATO and the Transatlantic Partnership*, in: Brimmer, Esther (ed.): *The EU's Search for a Strategic Role: ESDP and its Implications for Transatlantic Relations*, Washington D.C. 2002, S. 165-174
- ⁴² Alle diese zentralen Fragen bestimmen im Kern auch heute noch die Diskussion über die gemeinsame sicherheitspolitische Handlungsfähigkeit der EU, ihre besonders von Frankreich angestrebte „strategische Autonomie“ und das Verhältnis von NATO und EU. Die Darstellung hier ist eine kompakte politisch-militärische Zusammenfassung einer zwanzigjährigen Entwicklung, soweit sie für die NATO relevant ist.
- ⁴³ Der gesamte Berlin-Plus-Acquis ist in zahlreichen Einzelregelungen festgehalten, die auf EU- und NATO-Seite wortgleich vorliegen und vom Nordatlantikrat und dem Rat der Europäischen Union am gleichen Tag gebilligt wurden.
- ⁴⁴ Die „Türkische Republik Nordzypern“ im Norden der Insel wird nur von der Türkei anerkannt. Sie hatte 1974 diesen Teil besetzt, als griechische Putschisten den Anschluss Zyperns an Griechenland durchsetzen wollten.
- ⁴⁵ Europäischer Rat: *Ein sicheres Europa in einer besseren Welt*, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel 2003
- ⁴⁶ Einen Überblick bietet Die Bundesregierung: *Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP)*, <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/gemeinsame-sicherheits-und-verteidigungspolitik-g vp--450272>
- ⁴⁷ European Union: *Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe – A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy*, Brussels 2016
- ⁴⁸ Einen Überblick zum Stand der konventionellen und nuklearen Rüstungskontrolle in Europa gibt Richter, Wolfgang, a.a.O.
- ⁴⁹ Leersch, Hans-Jürgen: *Putins Paukenschlag*, in: *Die WELT* vom 12.02.2007
- ⁵⁰ Der mündliche Bericht über Präsident Putins spontane Einlassungen während der Sitzung des NATO-Russland-Rats in Bukarest stammt von einem hochrangigen Mitglied des Internationalen Stabs der NATO, der an der Sitzung teilnahm.
- ⁵¹ Zagorski, Andrei: *Russia and NATO in the 1990s*, in: Hamilton, Daniel S., Spohr, Kristina: *Open Door – NATO and Euro-Atlantic Security after the Cold War*, Washington D.C. 2019, S. 474
- ⁵² Vershbow, Alexander, a.a.O., S. 442

3

SICHERHEITSPOLITISCHE ZEITENWENDE IN EUROPA – RUSSLANDS AGGRESSION
GEGEN DIE UKRAINE 2014

2014

Russlands militärische Aggression gegen die Ukraine, Annexion der Halbinsel Krim; Reaktion der NATO: *Readiness Action Plan*; Beginn der US-geführten *Global Coalition against ISIS*; Übergang von ISAF zur *Resolute Support Mission (RSM)*

2016

NATO-Gipfeltreffen in Warschau; Entscheidung über die Verstärkung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs der NATO und über ‚Projektion von Stabilität‘

2017

Enhanced Forward Presence: vier multinationale Battlegroups der NATO in Estland, Lettland, Litauen und Polen; NATO-Beitritt Montenegros

2020

NATO-Beitritt Nordmazedoniens

SICHERHEITSPOLITISCHE ZEITENWENDE IN EUROPA

RUSSLANDS AGGRESSION GEGEN DIE UKRAINE 2014

Die verdeckte militärische Intervention Russlands in der Ukraine Ende Februar 2014 und die völkerrechtswidrige Annexion der Halbinsel Krim wenige Tage danach traf die NATO unvorbereitet. Auch wenn die Entfremdung der russischen Führung seit 2007 von der NATO nicht unbemerkt geblieben war, hatte niemand mit einer militärischen Aggression Russlands gegen einen Nachbarn und der Aneignung eines Teils von dessen Territorium unter dem eklatanten Bruch zahlreicher völkerrechtlicher Verträge und Abkommen gerechnet.⁵³ Moskau verstieß gegen ein ehernes Prinzip, das bis dahin von elementarer Bedeutung für Sicherheit und Stabilität im euro-atlantischen Raum war: die Achtung der territorialen Integrität der Staaten und die Unverletzlichkeit nationaler Grenzen. In den Augen der NATO-Verbündeten kam dieses Vorgehen einem Tabubruch gleich, der die Sicherheitslage in Europa grundlegend veränderte. Wer wollte garantieren, dass der Kreml nicht ebenfalls bereit wäre, unter Umständen auch die westlichen Nachbarstaaten Russlands zu bedrohen, obwohl sie Mitglieder der NATO sind? Sie alle suchten nun verstärkten Schutz vor (statt Kooperation mit) Russland.

Zugleich war die Allianz mit einer weiteren großen Herausforderung konfrontiert. Im so genannten Krisenbogen im Süden von Europa, dem „*Arc of Instability*“, der von Nordafrika über den Nahen Osten bis nach Afghanistan reicht, sind wirtschaftliche Not, Staats- und Regierungsversagen, gewaltsamer religiöser Extremismus, Konflikte zwischen Regionalmächten (wie beispielsweise zwischen Saudi-Arabien und dem Iran) und der Krieg in Syrien Urheber für grassierenden Terrorismus, insbesondere für den Aufstieg des „Islamischen Staats im Irak und in Syrien (ISIS)“. Auch der Krieg der USA gegen den Irak im Jahr 2003 hat dort letztlich zu Staatszerfall, Gewalt, Verschärfung von religiösem Extremismus und Terrorismus geführt. Dessen Wüten breitete sich nach 2014, ausgehend vom Irak und von Syrien, immer weiter aus und schloss auch schwere Anschläge in etlichen europäischen Hauptstädten ein. Alle diese Faktoren führten zu großen Migrationsbewegungen in Richtung Europa, welche die politische Stabilität einiger europäischer Staaten in Mitleidenschaft zogen und die Einheit der Europäischen Union erschütterten.

Russlands Aggression gegen die Ukraine hat die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert. Die Ausbreitung von ISIS im Irak und in Syrien und dessen Anschläge in Europa entwickelten sich zu einer Bedrohung für die Sicherheit Europas. Die Gefahren aus beiden strategischen Richtungen sind von sehr unterschiedlicher Natur: eine hochgerüstete aggressive Macht im Osten, ein „*peer state actor*“, und eine schwer zu fassende terroristische Bedrohung durch „*non-state actors*“ aus dem Süden. Aufgrund ihrer unterschiedlichen geostrategischen Lage und sicherheitspolitischen Prioritäten stellt für die nord- und mittelosteuropäischen Verbündeten Russland die größte Gefahr dar, für die Südeuropäer einschließlich Frankreichs aber Instabilität und Terrorismus im Süden. Die NATO, so will es der Nordatlantikvertrag, muss den Sicherheitsbedürfnissen aller Verbündeten Rechnung tragen und daher beiden Herausforderungen gleichzeitig gerecht werden. Alle Verbündeten müssen allen Gefahren, aus welcher Richtung auch immer, stets gemeinsam begegnen.

Vor diesem Hintergrund beschlossen die Staats- und Regierungschefs der NATO bei ihrem Treffen in Warschau 2016 eine Art duale Strategie: Stärkung von Abschreckung und Verteidigungsvorsorge gegenüber Russland im Osten und „Projektion von Stabilität“ in die strategische Peripherie Europas, vor allem durch Stabilisierung von fragilen Staaten im Süden so wie auf dem Balkan und in Afghanistan, wie die NATO damals glaubte. Für die Sicherheit der Bündnispartner sind aus deren Sicht beide Säulen dieser dualen Strategie unersetzlich und ergänzen einander. Praktisch hieß dies allerdings, dass sich die NATO nach 20 Jahren Konzentration auf Krisenbewältigung und Kooperation mit Partnern die Grammatik von Abschreckung und Verteidigung wieder aneignen musste. Für eine ganze Generation von Politikerinnen und Politikern, Diplomaten und Diplomatinen, NATO-Planern und militärischen Kommandeuren und deren Stäbe war dies eine neue, teilweise unbekannte Herausforderung.

Zugleich muss die NATO aber zur Krisenintervention und zur Stabilisierung von Staaten und Regionen jenseits der NATO-Grenzen – auch in weit entfernten Regionen – fähig bleiben.

Alle NATO-Mitgliedstaaten beteiligten sich seit 2014 an der US-geführten *Global Coalition against ISIS*, die den „Islamischen Staat“ im Irak und in Syrien mit Kampfeinsätzen vor allem aus der Luft, aber auch mit Spezialkräften am Boden, niederrang.⁵⁴ ISIS beherrscht heute zwar kein geschlossenes Territorium mehr, ist aber nicht zerschlagen, sondern verübt weiter Terroranschläge, bisher vor allem im Irak. Daneben konzentriert sich die Allianz auf die Unterstützung von Partnerstaaten beim Aufbau von deren Verteidigungs- und Sicherheitsstrukturen und -fähigkeiten. Praktisch bedeutet dieser duale Ansatz auch, dass die Streitkräfte der NATO nicht nur für anspruchsvolle Verteidigungsoperationen unter heutigen Bedingungen wieder einsatzbereit gemacht werden, sondern auch nach wie vor über die Fähigkeit verfügen müssen, Kriseneinsätze mit Expeditionstruppen außerhalb des Bündnisgebiets zu bestehen und über längere Zeit aufrechtzuerhalten.

Wegen der Dimension der politischen und militärstrategischen Herausforderungen und der weitreichenden Auswirkungen auf die strategische und operative Planung wie auch auf die Strukturen und Fähigkeiten der Streitkräfte der Verbündeten hatte die Reaktion der NATO auf die mögliche Bedrohung durch Russland in den Jahren nach 2014 zweifelsohne Priorität. Nach Auffassung der Bündnispartner stellte Russland die ernsthafteste mögliche militärische und geopolitische Bedrohung für die NATO dar. Daher nehmen die Analyse der russischen Strategie und das Programm der Allianz zur Stärkung ihrer Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit in diesem Kapitel den größten Raum ein.

Russlands Strategie – „Hybrid Warfare“

Im Rückblick hätte die NATO gewarnt sein können. Präsident Putin hatte seine Opposition gegen eine unabhängige, westlich orientierte Ukraine wiederholt deutlich gemacht. Der Georgienkrieg im Jahr 2008, den Russland im Konflikt um die georgische Provinz Südossetien mit der Begründung führte, dort seine Staatsbürgerinnen und Staatsbürger schützen zu müssen, hatte zu großen Irritationen in der Allianz geführt. Sie setzte für kurze Zeit Treffen im NATO-Russland-Rat aus. Einen erheblichen Teil der Verantwortung rechnete sie aber dem georgischen Präsidenten Micheil Saakaschwili zu, der im Vertrauen auf amerikanische Unterstützung die Kontrolle über Südossetien zurückgewinnen wollte und als erster militärisch vorging. Außerdem wollte die Allianz das Ziel einer herausgehobenen Partnerschaft mit Russland nicht aufgeben, da sie von „strategischer Bedeutung“ zur „Schaffung eines gemeinsamen Raumes des Friedens, der Stabilität und der Sicherheit“⁵⁵ sei. Zu dieser Haltung trug bei, dass im Jahr 2010 unter dem damaligen amerikanischen Präsidenten



Russische Soldaten vor einer ukrainischen Kaserne auf der Krim 2014

Barack Obama und dem russischen Präsidenten Dimitri Medwedew der Abschluss des New-START-Vertrags über eine weitere deutliche Reduzierung der nuklearstrategischen Waffen gelang.

Mit dem Einfall in die Ukraine demonstrierte die russische Führung ihre Bereitschaft, militärische Gewalt auch offensiv anzuwenden, wenn sie dies zur Durchsetzung ihrer geopolitischen Interessen für erforderlich und das damit verbundene Risiko für beherrschbar hält. Die Überraschung war nicht nur der Aggression selbst geschuldet, sondern auch der Art, wie Russland vorging: der nahezu perfekten Anwendung der – im Westen so genannten – Strategie der „Hybriden Kriegsführung“ schon im Frieden, also einer breiten, koordinierten Kampagne aus nicht-militärischen Mitteln und verdeckten und offenen militärischen Maßnahmen: Großangelegte Propaganda und Desinformation, subversive Aktionen, verdeckte Unterstützung der russischen „Rebellen“ in der Ostukraine (Donbass), Cyber-Angriffe gegen die zivile und militärische Infrastruktur, nicht-notifizierte militärische Übungen aus dem Stand in Grenznähe und Aufbau einer Drohkulisse mit aufmarschierten Truppenverbänden entlang der Grenze, demonstrative Übungen der Nuklearstreitkräfte und drohende, einschüchternde öffentliche Rhetorik. Zu ihnen gehört auch die massive Beeinflussung von Wahlen in demokratischen Staaten über das Internet und soziale Medien. Diese „Strategie der aktiven Verteidigung“ (General Gerasimov, russischer Generalstabschef)⁵⁶ nutzt alle Optionen flexibel je nach Lage und Gelegenheit, im Frieden, in einer Krise und in einem Krieg. Sie ist in erster Linie darauf angelegt, die Grenze zwischen Frieden und Konflikt zu verwischen, die Zuschreibung einer Aggression zu erschweren und das Überschreiten der Schwelle zu vermeiden, die durch die NATO als offener militärischer Angriff wahrgenom-

men werden und militärische Gegenwehr auslösen könnte – und dennoch eine ähnliche Wirkung wie eine militärische Aktion zu erzielen: Überraschung, Verunsicherung, Einschüchterung und Lähmung des Gegners. Diese Strategie strebt danach, die westlichen Staaten und Organisationen von innen heraus zu destabilisieren und von außen her einschüchtern zu können.

Die Intervention Russlands in der Ukraine und die Annexion der Krim trafen die NATO unvorbereitet und haben die Sicherheitslage in Europa grundlegend verändert.

Wichtigster Adressat von Russlands „hybrider“ Strategie ist die Ukraine. Aus Moskaus Sicht muss sie in einem fragilen politischen Zustand gehalten werden, um hinreichende Kontrolle über ihre innere Entwicklung und ein faktisches Veto mit Blick auf den Status des Donbass zu behalten. Eine weitere Annäherung der Ukraine an die EU und die NATO muss blockiert werden. Mit dem schnellen, konzentrischen Aufmarsch von rund 100.000 Truppen an der Grenze zur Ukraine und der Blockade des Asowschen Meers im April 2021 demonstrierte die russische Führung erneut, dass sie jederzeit über militärische Optionen zur politischen Disziplinierung der Ukraine im russischen Sinne verfügt, ohne dass dies Kiew, dessen europäische Partner oder die USA verhindern könnten. In seinem vielbeachteten Artikel vom Juli 2021⁵⁷ negiert Präsident Putin erneut eine eigene Staatlichkeit der Ukraine und redet der „historischen Einheit von Russen und Ukrainern“ das Wort. Der Westen wolle dagegen aus der Ukraine ein „Anti-Russland-Projekt“ machen. Russland werde dies nicht zulassen. Diejenigen, die es trotzdem versuchten, „zerstören ihr eigenes Land“. Im Lichte des andauernden Stellungskriegs im Donbass und des russischen Aufmarschs klingt dies wie eine erneute militärische Drohung. Putins Haltung ist auch der Grund für die Kritik, vor allem in der Ukraine, bei einigen mitteleuropäischen NATO-Verbündeten und in Washington, an der deutsch-russischen Erdgas-Pipeline *Nord Stream 2*, die von Russland durch die Ostsee nach Deutschland führt. Denn mit ihr kann Moskau den Gas-Transit nach Europa durch die Ukraine und Polen umgehen, damit eine bedeutende Einnahmequelle für die Ukraine schließen und so den Druck auf Kiew weiter erhöhen. Mit der Einigung zwischen den USA und Deutschland im Juli 2021 hat Berlin weitreichende Verantwortung für Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine übernommen.⁵⁸ Die USA und Deutschland drohen der russischen Führung mit Sanktionen, wenn sie „Energie als Waffe“ einsetzt.

Am Beispiel Ukraine zeigt sich, dass das wichtigste Instrument der russischen Strategie starke, einsatzfähige und rasch verfügbare militärische Streitkräfte bleiben. Russland hat in den letzten 15 Jahren seine Armee systematisch modernisiert und über eine Dekade seinen Verteidigungsetat deutlich erhöht. Nach Angaben des Londoner *International Institute for Strategic Studies (IISS)* lag er im Jahr 2019 bei rund \$ 62 Mrd., was in Russland einer Kaufkraft von rund \$164 Mrd. entspricht. Rund 40 Prozent fließen in modernes Großgerät.⁵⁹ Nach Schätzung des IISS können einsatzbereite Verbände der Landstreitkräfte von rund 60.000 Soldaten rasch überallhin verlegt werden. Darüber hinaus wurde im Jahr 2018 offenkundig, was die USA in den Jahren zuvor hatten kommen sehen und wovon sie ihre NATO-Verbündeten wiederholt warnten: Unter Bruch des INF-Vertrags von 1987⁶⁰ hat Russland in seinem westlichen Teil neue, landgestützte, mobile und zielgenaue Mittelstreckenwaffen aufgestellt. Sie sind Teil einer umfangreichen Aufrüstung mit Raketen und Marschflugkörpern mittlerer Reichweite, die mit konventionellen oder nuklearen Sprengköpfen bestückt und mit großer Genauigkeit Ziele in Europa aus unterschiedlichen Entfernungen treffen können. Erstmals seit 30 Jahren können weite Teile Europas wieder von Russlands Boden aus zielgenau und atomar bedroht werden.

Und schließlich hat Moskau 2015 mit seinem Eintritt in den Krieg in Syrien seinen antiwestlichen Aktionsradius noch erweitert. Es hat gezeigt, dass es zu militärischer Machtprojektion auch über strategische Entfernungen in der Lage ist. Russland ist in eine Lücke gestoßen, die Amerika hinterlassen hat, und hat sich im Nahen Osten dauerhaft als zentraler Akteur etabliert – nicht als Friedensstifter, sondern als brutale Schutzmacht autokratischer Herrscher.

Die russische Militärdoktrin – Vorbereitung auf regionale Kriege

In die Politik und Strategie der russischen Führung fügen sich die russische Militärdoktrin und Rüstungsmaßnahmen nahtlos ein. In dieser Doktrin nehmen regionale Kriege an der Peripherie Russlands einen hohen Stellenwert ein. Sie sieht außerdem vor, dass konventionelle und nukleare Kräfte und Mittel einen Verbund bilden und dass auch der Einsatz von Nuklearwaffen oder die Drohung mit ihnen ein Mittel der operativen Kriegsführung darstellen, um solche Kriege zu gewinnen. Dieser Ansatz steht im Gegensatz zur NATO-Doktrin, nach welcher der Einsatz von Nuklearwaffen die „Natur eines militärischen Konflikts fundamental verändern“⁶¹ würde, also potentiell unkontrollierbar wäre und dem Angreifer selbst einen untragbar hohen Schaden durch einen

nuklearen Gegenschlag zufügen würde. Russland strebt demgegenüber offenbar die Fähigkeit zur Eskalationsdominanz in einem regionalen Konflikt in Europa an, und sieht darin wohl entscheidende strategische Vorteile gegenüber den USA und der NATO. Alle vier Jahre, zuletzt im September 2021, wird in der Großübung ZAPAD eine militärische Auseinandersetzung mit dem Westen geübt, einschließlich des Einsatzes von Nuklearwaffen.

Zwar könnte Russland einen langen Krieg mit konventionellen Streitkräften gegen die NATO, die auf das große militärische Potential der USA zählen könnte, nicht bestehen. Aber es hat sich gegenüber dem Baltikum, einer exponierten Region der NATO, die direkt an Russland grenzt, ein großes militärisches Übergewicht verschafft, vor allem mit einsatzbereiten und beweglichen Kräften. In einer Krise könnte der Kreml annehmen, er habe die Option, mit einem raschen, regional begrenzten Angriff, ergänzt durch Cyber-Attacken, systematische Desinformationskampagnen und subversive Aktionen, vollendete Tatsachen (ein *fait accompli*) schaffen und das Baltikum oder Teile davon besetzen zu können – untermauert durch die Drohung mit weitreichenden konventionellen oder nuklearen Schlägen gegen europäische Hauptstädte und kritische zivile und militärische Infrastruktur, die für den Aufmarsch alliierter Truppen und die Verteidigung des Bündnisgebiets wesentlich sind. Die russische Führung könnte annehmen, sie könne so den Verteidigungswillen der Europäer lähmen, die USA veranlassen, sich herauszuhalten, und die NATO zum Aufgeben zwingen, vor allem aus Furcht vor nuklearer Eskalation, um so ohne langen Krieg einen strategischen Erfolg zu erzielen. Moskau könnte auch versucht sein, sich so ein Faustpfand zu verschaffen, um die NATO an anderer Stelle zum Entgegenkommen zu zwingen, beispielsweise zur Aufgabe der Unterstützung für die Ukraine und Georgien. Ein solches Szenario, die strategischen Optionen, die sich Moskau in einer künftigen Krise bieten könnten und deren mögliche politische Folgen für die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Allianz lösten nach 2014 große Besorgnis in der NATO aus. Seither ist die Entwicklung der NATO-Strategie darauf ausgerichtet, Russland die beschriebenen möglichen Optionen zu verwehren.

Die Antwort der NATO – Revitalisierung ihrer Kernfunktion „Abschreckung und kollektive Verteidigung“

Wie im vorigen Kapitel gezeigt, hatte sich die NATO in den vergangenen 20 Jahren auf Stabilisierungseinsätze in Regionen außerhalb des Bündnisgebiets und auf den Ausbau von Partnerschaften konzentriert. Abschreckung und Vorsorge für kollektive Verteidigung traten, auch angesichts der angestrebten „strate-

gischen Partnerschaft“ mit Russland, in den Hintergrund. Dies änderte sich 2014 schlagartig. Die NATO musste den geopolitischen Interessen und imperialen Ambitionen der russischen Führung ebenso wie deren „hybrider“ Strategie entgegentreten. Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit wurden praktisch wieder zur primären Kernfunktion (*core function*) der NATO, allerdings in einem politisch, strategisch und technologisch völlig veränderten Umfeld im Vergleich zum Kalten Krieg. Damals war, wie gezeigt, die NATO-Verteidigung im Wesentlichen auf Westdeutschland konzentriert, wo sich große Heere und ein Arsenal an Nuklearwaffen gegenüberstanden. Heute sind die Herausforderungen militärisch weniger unmittelbar bedrohlich, aber die Gefahren ungleich vielschichtiger. Die Allianz muss Russlands Desinformations- und Einschüchterungstaktik widerstehen, im Frieden und in einer möglichen Krise. Die NATO und ihre Mitgliedstaaten müssen den Schutz ihrer Kommunikationsnetze gegen Cyberangriffe drastisch erhöhen. Sie müssen Moskau die Option eines schnellen, erfolgreichen regionalen Angriffs, der vollendete Tatsachen schaffen könnte, verwehren. Und sie müssen eine mögliche Drohung mit dem Einsatz von nuklearen Flugkörpern gegen europäische Verbündete entkräften können.

Erstmals seit 30 Jahren können weite Teile Europas wieder von Russlands Boden aus zielgenau und atomar bedroht werden.

Die Gesamtheit dieser strategischen Prioritäten erfordert erneut eine grundlegende strategisch-konzeptionelle Neuorientierung der Allianz mit weitreichenden Folgen für die operative Planung und die Entwicklung und Ausrüstung der Streitkräfte der Mitgliedstaaten. Im Lichte dieser Prioritäten hat sich die NATO für die Stärkung ihres Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs von einer Reihe von politischen und militärischen Überlegungen leiten lassen: Sie muss ihre Aufklärungs- und Reaktionsfähigkeit durchgreifend verbessern und ihre politische und militärische Entscheidungs- und Führungsfähigkeit erhöhen. Die NATO und dort vor allem die USA sprechen von einer durchgreifenden „*culture of readiness*“, die es zu etablieren gilt. Sie muss ihre Resilienz gegen Cyberangriffe und den Schutz ihrer Führungs- und Kommunikationssysteme drastisch verstärken. Die NATO-Streitkräfte müssen sich gegen weitreichende gegnerische Aufklärung, elektronische Kampfführung und zielgenaue Flugkörper großer Reichweite ebenso wie gegen Drohnenschwärme⁶² schützen können. Die Allianz muss die Einsatzbereitschaft ihrer Streitkräfte, vor allem die ihrer schnellen Reaktionskräfte, erhöhen. Sie

muss imstande sein, in allen Regionen des Bündnisgebiets, die in einer Krise bedroht sein können, mit Streitkräften rechtzeitig präsent zu sein – von Nordnorwegen und dem Europäischen Nordmeer über den Nordatlantik, den Ostseeraum und die Schwarzmeer-Region bis zum Mittelmeerraum. Sie muss also in der Lage sein, die richtigen Kräfte am richtigen Ort zur rechten Zeit einzusetzen, möglicherweise in mehreren Regionen gleichzeitig. Die NATO hat sich daher bewusst gegen die dauerhafte Stationierung größerer Verbände entlang der Bündnisgrenzen entschieden. Vielmehr setzt sie grundsätzlich darauf, bedrohte Bündnispartner rechtzeitig und wirkungsvoll über große Entfernungen hinweg militärisch unterstützen und deren nationale Verteidigung verstärken zu können. Die dafür erforderlichen Streitkräfte müssen also sehr flexibel, hochmobil und hocheffektiv sein und über große Entfernungen zielgenau wirken können.

Duale Strategie der NATO: Abschreckung und Verteidigungsvorsorge gegenüber Russland im Osten und Stabilisierung von fragilen Staaten im Süden.

Für diesen Ansatz gibt es auch politische Gründe. Die NATO hält bewusst und demonstrativ an den militärischen Selbstverpflichtungen der NATO-Russland-Grundakte von 1997 fest, während Russland seine Verpflichtungen massiv verletzt hat. Sie will demonstrieren, dass sie sich im Gegensatz zu Russland an ihre internationalen Zusagen hält. Außerdem will sie der russischen Führung keinen Vorwand liefern, mit weiterer Aufrüstung in Grenzregionen auf eine vermeintliche Bedrohung zu reagieren, beispielsweise auch in Belarus. In der Ausgestaltung ihrer Strategie bekennt sich das Bündnis erneut zum dualen Harmel-Prinzip, das eine Politik der Stärke mit Dialog verbindet. Grundsätzlich bleibt jegliche praktische Zusammenarbeit mit Russland im zivilen und militärischen Bereich, wie sie vor 2014 gewachsen war, ausgesetzt („no business as usual“) bis Russland Maßnahmen trifft, die erkennen lassen, dass es sich wieder an seine vertraglichen Verpflichtungen halten will. Aber im Gegensatz zu 2008 nach dem Georgienkrieg wurde der NATO-Russland-Rat 2014 nicht suspendiert. Auch die militärischen Oberbefehlshaber tauschen sich aus. In Zeiten wachsender Spannungen kommt es vor allem darauf an, Missverständnisse zu vermeiden und ein Minimum an Verständigung und Berechenbarkeit zu erhalten. Allerdings hat Russlands Interesse an diesem Dialog deutlich nachgelassen. Erst blieb der Posten des russischen Botschafters bei der NATO verwaist. Anfang November 2021 schloss Moskau schließlich seine

Vertretung beim NATO-Hauptquartier in Brüssel und entzog auch den Mitgliedern der NATO-Vertretung in Moskau die Akkreditierung. Die NATO hat auch die in Kapitel 1 erläuterten wesentlichen Prinzipien des Abschreckungskonzepts der Militärstrategie der *Flexiblen Erwiderung* von 1967 wiederbelebt, wenn auch nicht das mit ihr damals verbundene konventionelle und vor allem nukleare Dispositiv, das in die Zeit des Kalten Kriegs gehört. Aber die NATO stellt demonstrativ und explizit die wieder verstärkte Bedeutung ihrer nuklearen Abschreckung für die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit ihrer Strategie heraus, besonders die erweiterte Abschreckung durch die USA zum Schutz Europas.

Mit ihrem Programm zur Erneuerung und Stärkung ihrer Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit, das in den folgenden Abschnitten in zusammengefasster Form präsentiert wird, beabsichtigt die NATO, ihr Dispositiv beträchtlich zu stärken, aber klar defensiv auszurichten. Ihre Maßnahmen sind bewusst ausgewogen und verhältnismäßig angelegt. Von ihnen geht keine Bedrohung für Russland aus, wohl aber die Botschaft, dass Nötigung unwirksam bliebe, ein Angriff mit konventionellen Streitkräften keinen durchgreifenden Erfolg hätte, die Nachteile für Moskau größer als der erhoffte Gewinn wären und ein solcher Angriff im Extremfall, also beispielsweise im Falle eines Nukleareinsatzes, einen für Russland selbst inakzeptablen Schaden zur Folge haben könnte.

Erneuerung von Abschreckung und Verteidigungsfähigkeit – Das Programm der NATO

Zur praktischen Umsetzung ihrer Strategie hat die Allianz ein umfangreiches Programm entwickelt. Sie spricht vom „*biggest reinforcement of Alliance collective defence in a generation*“. Es begann mit dem *Readiness Action Plan (RAP)*, der im Eilverfahren erstellt und verhandelt und auf dem Gipfeltreffen von Wales im Jahr 2014 verabschiedet wurde. Er sah eine Fülle von Einzelmaßnahmen vor, um die Reaktionsfähigkeit der NATO zu erhöhen. Dazu gehörte beispielsweise die Verstärkung von Aufklärung und Überwachung des Luftraums über dem Baltikum; die Verdreifachung der *NATO Response Force* mit Heeres-, Luftwaffen- und Marineanteilen auf 40.000 Soldatinnen und Soldaten und als deren Teil die Aufstellung der multinationalen Schnellen Eingreiftruppe (*Very High Readiness Joint Task Force, VJTF*) in Stärke von rund 5.000 Soldaten und Soldatinnen. Erste Teile der VJTF sind in wenigen Tagen abmarschbereit. Ihre Führung rotiert jährlich zwischen fünf europäischen Nationen. Deutschland hatte sie bereits zweimal inne und wird sie 2023 erneut übernehmen und dann auch wieder den Hauptteil der Truppe stellen. Die Einsatz-



NATO-Übung Trident Juncture 2018

bereitschaft des dänisch-deutsch-polnisch besetzten Hauptquartiers des *Multinational Corps North-East in Szczecin* (Stettin) in Polen wurde drastisch erhöht. Es ist für die Planung und, wenn nötig, Führung der kollektiven Verteidigung im gesamten Nordosten des Bündnisgebiets verantwortlich. Die Zahl der Übungen im Osten wurde erhöht, es wurden Eventualfallpläne für fünf kritische Regionen erarbeitet, die militärische Infrastruktur verbessert und Ausrüstung und Versorgungsgüter in Depots vorausgelagert.

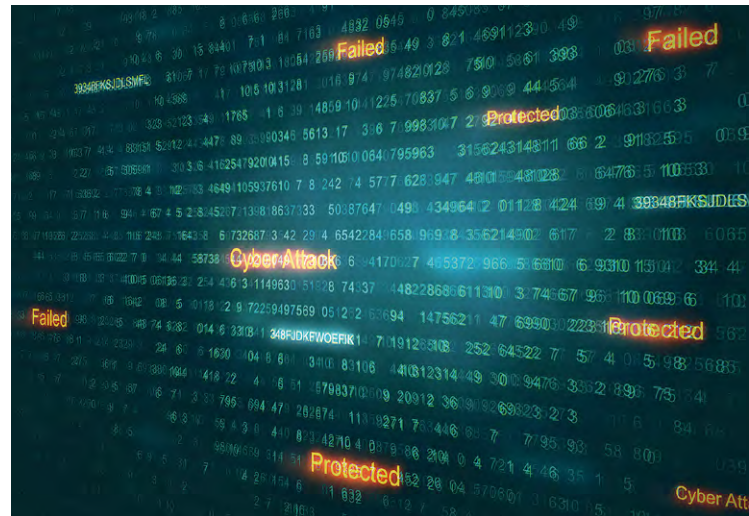
Aus geostrategischen Gründen entschloss sich die NATO, einen Schritt weiter zu gehen. Die baltischen Staaten und Polen besitzen gemeinsame Grenzen mit Russland und dessen Verbündetem Belarus. Das Baltikum ist geographisch exponiert und nur durch den sogenannten Suwałki-Korridor in Polen zwischen dem russischen Oblast Kaliningrad und Belarus mit dem Territorium der NATO verbunden. Aufgrund der Geographie und der großen Entfernungen zwischen Mitteleuropa und den baltischen Staaten haben die überlegenen russischen Streitkräfte in der Region einen signifikanten Raum-Zeit-Kräfte-Vorteil gegenüber Verstärkungs Kräften der NATO. Deren Verlegung könnte zudem durch die russischen *Anti-Access/Area-Denial*-Kapazitäten (A2/AD) in Kaliningrad – vielfache Luftverteidigungssysteme, weitreichende Artillerie, Raketen und Marschflugkörper und Systeme zur elektronischen Kampfführung – in einem Krieg erheblich geschwächt und verzögert werden. Die NATO kam nach eingehenden internen Diskussionen daher zu dem Schluss, in den baltischen Staaten und in Polen bereits im Frieden multinationale Kampftruppen zu stationieren, welche die nationalen Verteidigungsstreitkräfte verstärken.

Das NATO-Gipfeltreffen in Warschau 2016 entschied daher die „verstärkte Vorpräsenz“, die *enhanced Forward Presence* (eFP) der NATO. Sie besteht aus multinationalen Gefechtsverbänden (*Battlegroups*)⁶³ in den baltischen Staaten und Polen auf Rotationsbasis, die von Deutschland (in Litauen), Großbritannien (in Estland), Kanada (in Lettland) und den USA (in Polen) geführt werden. Mehr als zwanzig Verbündete beteiligen sich mit Truppen.⁶⁴ Die *Battlegroups* sind im Umfang (zwischen 1.200 und 1.500 Soldaten und Soldatinnen) bewusst begrenzt und bleiben damit im Einklang mit der zitierten Selbstverpflichtung in der NATO-Russland-Grundakte. Aber sie signalisieren Moskau, dass Russland auch im Falle eines begrenzten Einfalls unmittelbar mit der gesamten Allianz in einen militärischen Konflikt geriete, einschließlich der drei Nuklearmächte USA, Frankreich und Großbritannien. Nach rationaler Abwägung ist dies ein zu großes Risiko für Russland: NATO-Abschreckungsstrategie *in nuce*. Eine mechanisierte amerikanische Brigade und weitere US-Unterstützungskräfte von insgesamt rund 6.000 Soldaten und Soldatinnen, die im Rahmen der *European Defence Initiative* Washingtons ebenfalls auf Rotationsbasis nach Polen verlegt sind, verstärken diesen Effekt. Schon Mitte 2017 waren die *Battlegroups* der NATO vor Ort. Viele halten diese Maßnahme für das entscheidende Merkmal der neuen *NATO Posture*.⁶⁵ Allerdings verlangt ihre Glaubwürdigkeit, dass die NATO-Verbündeten die Streitkräfte der baltischen Staaten und Polens und ihre *Battlegroups* rasch und wirkungsvoll verstärken können, aus der Luft, zu Lande und von See aus, um Russland die Aussicht auf Erfolg für jede Form eines regionalen Angriffs zu verwehren (und mithin auch die Drohung damit ins Leere laufen zu lassen). Der Aufbau dieser Fähigkeiten ist im Gange, aber noch längst nicht vollendet.

Die *enhanced Forward Presence* im Nordosten wird ergänzt durch *tailored Forward Presence (tFP)* im Südosten des Bündnisgebiets in Europa. Die NATO erhöht dort ihre sichtbare militärische Präsenz durch vermehrte multinationale Übungen auf Rotationsbasis. Die *Multinational Brigade South-East* und der Stab der *Multinational Division South-East* in Rumänien, unterstützt von Bulgarien, stellen dafür den Rahmen. Darüber hinaus hat die NATO die Luftraumüberwachung über Rumänien und Bulgarien und über dem Schwarzen Meer verstärkt und ihre maritime Präsenz dort erhöht.

Neben den notwendigen Streitkräften verlangt die NATO-Strategie, wie erwähnt, effektive Führungsfähigkeit und den Schutz der Führungs- und Kommunikationssysteme gegen jede Form hybrider Attacken, vor allem gegen lähmende Cyber-Angriffe. Die Identifizierung der Urheber von Cyberangriffen aber ist schwierig und zeitraubend. Die NATO hat erklärt, alle ihre zur Verfügung stehenden Mittel anzuwenden, um von solchen Angriffen abzusichern oder ihnen entgegenzuwirken, einschließlich offensiver Cyber-Aktivitäten durch Nationen, die dazu bereit sind. Bestimmte Cyber-Angriffe können die Aktivierung des Artikels 5 des Nordatlantikvertrags und damit Maßnahmen im Rahmen der kollektiven Verteidigung auslösen. Die Entscheidung über die Art und Umstände solcher Angriffe und die Reaktion der NATO behält sich der Nordatlantikat vor.

Die NATO-Kommandostruktur, also das Netz der NATO-Hauptquartiere in Europa und Nordamerika, wurde verstärkt. Sie hat wieder die Fähigkeit zur Führung von anspruchsvollen Verteidigungsoperationen erhalten. Dies schließt ein neues *Cyber Operations Centre* in SHAPE ein. Im NATO-Hauptquartier in Neapel, dem *Joint Forces Command Naples* wurde ein „Hub for the South“ etabliert. Er verfolgt und analysiert die Entwicklungen im Süden der NATO, vor allem destabilisierende Entwicklungen, Terrorismus, Radikalisierungstendenzen, Migration und Gefahren für die Umwelt in der Mittelmeerregion, in Nordafrika und im Nahen Osten. Er trägt so zum besseren Verständnis der Region in der NATO bei und hält Verbindung zu Partnerstaaten dort. Die Reform der Kommandostruktur schließt auch zwei neue Hauptquartiere ein, die für das Management der Verlegung von Bündnisstreitkräften über den Atlantik und in Europa verantwortlich sind: das *Joint Force Command Norfolk* in Norfolk, Virginia, und das *Joint Support and Enabling Command* in Ulm, Deutschland. Diese Konstellation spiegelt auch die besondere deutsch-amerikanische Verantwortung für die Sicherheit der mitteleuropäischen Bündnispartner wider. Deutschland beherbergt die wichtigsten amerikanischen Truppen in Europa, ist die „Dreh-



Globale Herausforderung: Cyber-Kriminalität

scheibe“ für die Verlegung alliierter Verbände durch Europa und hätte in einer Krise selbst unverzüglich militärische Unterstützung zu leisten.

Kontinuierliche Erhöhung der Verteidigungshaushalte – Die Zwei-Prozent-Verpflichtung und faire Lastenteilung

Die neue Lage erforderte nicht nur eine politisch-militärische Neuorientierung der NATO, sondern auch moderne militärische Fähigkeiten, die vor allem für mechanisierte Verteidigungsoperationen in Europa benötigt werden. Jahrelang hatten vor allem die Europäer ihre Streitkräfte ausgehöhlt und sich fast ausschließlich auf Fähigkeiten für multinationale Kontingente konzentriert, die im Einsatz aber von US-amerikanischer Unterstützung abhängig waren. Ebenso lang hatten die meisten europäischen Verbündeten ihre Verteidigungshaushalte kontinuierlich reduziert. Bei ihrem Treffen in Warschau 2014 waren sich die Staats- und Regierungschefs daher einig, dass die NATO „*heavier and more high-end forces and capabilities, as well as more forces at higher readiness*“ brauchte. Die Vergrößerung der Armeen und die Wiederherstellung ihrer vollen Einsatzfähigkeit verlangte daher eine drastische Erhöhung der Verteidigungsausgaben. Schon im Jahr 2014 – und seither bei allen NATO-Gipfeltreffen bekräftigt – gaben die Staats- und Regierungschefs derjenigen Nationen, deren Verteidigungshaushalte weniger als 2 % des nationalen Bruttoinlandsprodukts (BIP) ausmachten, mit dem *Defence Investment Pledge (DIP)* das politische Versprechen ab, sich zu bemühen, ihre Verteidigungsbudgets zu erhöhen und die Zielmarke bis 2024, also in einem Zehn-Jahreszeitraum, zu erreichen. Sie verpflichteten sich ebenfalls, dann auch 20 % ihrer Verteidigungsausgaben in Forschung und Entwicklung und in

modernes Gerät zu investieren. Und sie stimmten zu, die zusätzlichen Ressourcen zur Erfüllung der NATO-Streitkräfteziele, also für moderne militärische Fähigkeiten, zu verwenden.⁶⁶

Warum gerade 2%? Wie erläutert, reduzierten nach Ende des Kalten Kriegs alle NATO-Verbündeten, auch die USA, ihre Armeen, teilweise drastisch, und fuhren die sogenannte „Friedensdividende“ ein. Die Verteidigungsausgaben wurden reduziert, weil man glaubte, dass es wegen der angestrebten Partnerschaft mit Russland auf Dauer keinen bedrohlichen militärischen Gegner mehr in Europa geben würde. Zugleich aber erforderte die Transformation der Streitkräfte für weit entfernte Krisenstabilisierungseinsätze und deren Unterhalt in strukturalarmen Regionen wie Afghanistan über Jahre hinaus neue Investitionen in Aufklärung und Führung über sehr große Entfernungen, Lufttransportraum, Mobilität im Einsatzraum (Hubschrauber), Einsatzlogistik, Feldlagerkapazität und Schutz, also weit mehr Ressourcen. Trotzdem sanken die Verteidigungshaushalte kontinuierlich weiter. Als der Mittelwert der Anteile der Verteidigungsbudgets an den nationalen Bruttoinlandsprodukten der Verbündeten unter 2% fiel, schlugen die NATO-Stäbe Alarm. Die NATO-Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister legten daraufhin diese Marke als Richtlinie für die Höhe der jährlichen nationalen Verteidigungsausgaben fest. Trotzdem sanken diese weiter. Im Jahr 2014 lag das Mittel bei 1,43%, Deutschland bei 1,19%.⁶⁷

„2%“ ist zwar eine politische Richtmarke, aber keine willkürliche Ziffer. Ihre methodische Schwäche ist ihre Abhängigkeit von der Höhe des nationalen BIP. Steigt beispielsweise der Verteidigungshaushalt nominell nicht, aber verringert sich das BIP, wächst der Anteil der Verteidigungsausgaben und erweckt den irrigen Eindruck einer Verbesserung im Vergleich zum Vorjahr oder zu anderen Nationen. Gleichwohl ist die Zahl ein pragmatischer Richtwert, um die notwendigen Investitionen der großen Mehrheit der Verbündeten in ihre Streitkräfte zu erhöhen. Jeder Verbündete erhält auf der Grundlage eines systematischen, detaillierten und von allen Nationen gebilligten Verfahrens (dem NATO-Streitkräfteplanungsprozess), einen Satz an NATO-Streitkräftezielen, also Vorgaben für die Entwicklung seiner nationalen Streitkräfte und militärischen Fähigkeiten nach Umfang, Qualität und Erfüllungszeitpunkten. In der Summe decken alle diese ‚Pakete‘ den gesamten kurz- und mittelfristigen militärischen Bedarf der NATO für alle ihre existierenden und realistischerweise denkbaren Einsätze und Aufgaben ab, welche die Verteidigungsminister und Verteidigungsministerinnen im Konsens politisch vorgeben. Alle vier Jahre werden die Vorgaben und die Streitkräfteziele aktualisiert. Sie sollen sicherstellen, dass die Armeen der Verbündeten effektiv zusammenwirken können, also interoperabel sind. Jedes nationale

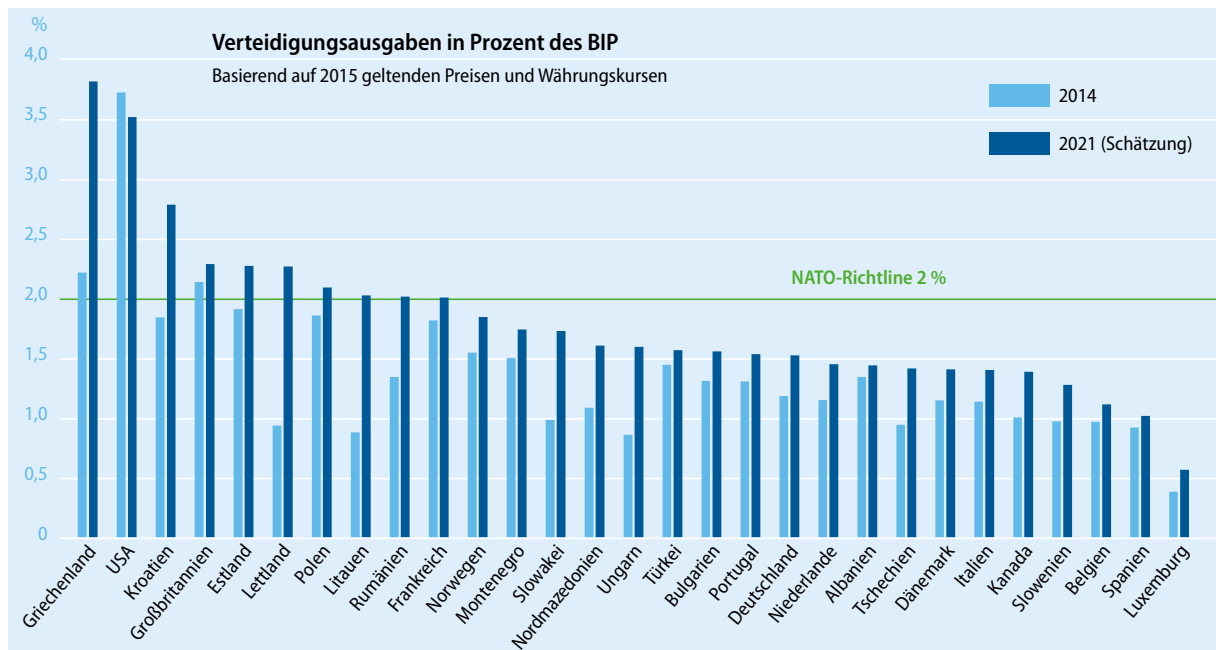
‚Paket‘ wird von allen Verbündeten gebilligt. Jedes entspricht der Wirtschaftskraft und der geostrategischen Lage⁶⁸ der jeweiligen Nation. Die USA bekommen das größte ‚Paket‘, Belgien ein kleines, Deutschland das zweitgrößte. Die Zuteilung von NATO-Streitkräftezielen und deren pünktliche und vollständige Erfüllung sind damit auch ein entscheidendes Mittel einer fairen Lastenteilung unter den Verbündeten, ein Prinzip, das für ein Verteidigungsbündnis und die Solidarität seiner Mitglieder von besonderer politischer Bedeutung ist. Das Gleiche gilt für die 2%-Vorgabe. Beide Kriterien sind für die Beurteilung einer „fairen Lastenteilung“ unter den Alliierten besonders geeignet.⁶⁹ Darüber hinaus werden dafür auch die Beiträge der Nationen zu verfügbaren Reaktionskräften, gemeinsamen Verbänden und Einsätzen im Rahmen der NATO herangezogen.⁷⁰

Was Deutschland nicht erfüllt, müssen andere übernehmen, oder es bleibt eine nicht akzeptable Lücke.

Die Streitkräfteplanung des Bundesministeriums der Verteidigung hat die Umsetzung der NATO-Streitkräfteziele bisher so vorgesehen (und die Verbündeten haben dies akzeptiert), dass sie stufenweise bis 2032 erfüllt würden: beispielsweise drei vollausgestattete, einsatzbereite Heeresdivisionen. Sie haben dabei vorausgesetzt, dass der Verteidigungshaushalt – im Einklang mit dem DIP – Jahr für Jahr in erheblichem Maße und bis spätestens zu diesem Zeitpunkt auf 2% des projizierten BIP steigen würde. Die aktualisierten Streitkräfteziele 2021, welche die NATO-Verteidigungsminister im Oktober 2021 gebilligt haben, verändern den Bedarf der NATO nicht nach unten. Sie repräsentieren den für Deutschland angemessenen, fairen Anteil am Gesamtstreitkräftebedarf der Allianz. Was Deutschland nicht erfüllt, müssen andere übernehmen, oder es bleibt eine nicht akzeptable Lücke. Beides wäre zutiefst unsolidarisch.

Die Nuklearstrategie der NATO und die Abwehr ballistischer Raketen

Als Ergebnis des Prozesses zur Überprüfung des Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs (*Deterrence and Defence Posture Review, DDPR*) im Jahr 2012 konnte die NATO angesichts der damaligen sicherheitspolitischen Lage noch feststellen, dass sie über eine wirkungsvolle Abschreckungs- und Verteidigungs-*Posture* verfügte. Im DDPR-Dokument ist auch noch etwas von



dem ursprünglichen nuklearen Abrüstungsoptimismus Präsident Obamas wie auch die Sorge um die Weiterverbreitung von Nuklearwaffen zu spüren, ablesbar an der Betonung negativer Sicherheitsgarantien, die helfen sollten, nukleare Proliferation einzuschränken.⁷¹ Außerdem diente der DDPR auch dazu, die Fähigkeit zur Abwehr ballistischer Raketen (*Ballistic Missile Defence, BMD*) explizit als „integralen“ Bestandteil in der NATO-Strategie zu verankern. Darüber hatte es lange Auseinandersetzungen zwischen den USA und Frankreich gegeben, da Paris die Absolutheit der nuklearen Abschreckungsdrohung und damit die Glaubwürdigkeit seiner eigenen Nuklearstrategie gefährdet sah. In diesem Sinne hätte BMD zu der Annahme führen können, nukleare Kriege seien führbar. Im DDPR 2012 stellte die NATO fest, dass BMD die Rolle von Nuklearwaffen ergänzen, aber nicht ersetzen kann. Seither ist der „*Appropriate Mix*“ aus konventionellen, Raketenabwehr- und nuklearen Fähigkeiten die Basis der NATO *Posture*.

Angeichts der russischen Doktrin, den kombinierten Einsatz von konventionellen und nuklearen Waffen in regionalen Kriegen vorzusehen, und auch angesichts der gegen NATO-Europa gerichteten nuklearen Rüstung Russlands hat die nukleare Komponente der NATO-Abschreckungsstrategie wieder erheblich an Bedeutung gewonnen. Die Allianz trifft Vorsorge dagegen, dass eine mögliche politische Krise mit wachsenden Spannungen in einen militärischen Angriff auf Verbündete eskalieren könnte.

Ihr Abschreckungsdispositiv soll das Risikokalkül des Gegners beeinflussen. In Kurzform: Es soll eine Aggression verhindern, eine Nötigung entkräften, dem Angreifer Handlungsoptionen versagen und die eigene Handlungsfreiheit erhalten.

Im Frieden und in einer Krise funktioniert dies vor allem durch strategische Kommunikation, durch „*deterrence messaging*“, besonders durch offizielle gemeinsame Erklärungen der Verbündeten auf höchster Ebene wie auch über militärische Übungen, die neben ihrem militärischen Zweck die Fähigkeiten und die politische Geschlossenheit der NATO demonstrieren. Politische Geschlossenheit ist das „strategische Gravitationszentrum“ der NATO. Der Gegner muss davon ausgehen, dass er bei allem, was er gegen einzelne oder mehrere NATO-Verbündete unternehmen sollte, es stets mit der Allianz als Ganzer zu tun bekommt und er keinen Mitgliedstaat vom Schutz durch alle anderen abkoppeln kann. In allen Gipfelerklärungen seit 2014 haben die Nationen den Text über nukleare Abschreckung deutlich verschärft. Die NATO betont, dass sie über die Fähigkeiten und die Entschlossenheit verfüge, einem Angreifer unakzeptable Kosten aufzubürden, sollte er die grundlegende Sicherheit eines ihrer Mitgliedstaaten bedrohen. Diese Kosten würden den erhofften Gewinn weit übersteigen.⁷² Das weite Spektrum an konventionellen Streitkräften und nuklearen Fähigkeiten der USA, wie auch die „unabhängigen“ Nuklearwaffen Frankreichs und Großbritanniens bieten der NATO dazu eine Vielzahl von Optionen. Die Prinzipien und

Mechanismen ihrer Anwendung entsprechen grundsätzlich denjenigen der Strategie der *Flexiblen Erwidern*: In einem der NATO aufgezwungenen militärischen Konflikt würde sie anstreben, ihre Reaktion so zu bemessen, dass sie wohlüberlegt, verhältnismäßig aber wirkungsvoll wäre und nach vernünftigem Ermessen die russische Führung zum Einlenken veranlassen würde. In diesem Zusammenhang schließt sie weiterhin den selektiven Ersteinsatz von Atomwaffen (*First Use*) nicht explizit aus.⁷³ Auch diplomatische Bemühungen wären in einer solchen Lage Teil der NATO-Maßnahmen.

In diesem Zusammenhang spielen die Atombomben der USA, die in Europa lagern, eine besondere Rolle. Die Fähigkeit, eine amerikanische Nuklearwaffe mit europäischen Kampfflugzeugen, den *Dual Capable Aircraft*, in ein Ziel in Russland zu lenken und diese Fähigkeit in Übungen im Frieden oder in einer Krise zu demonstrieren, hat eine überragende strategische und bündnispolitische Bedeutung. Im Kern entspricht ihre strategische Funktion der Rolle der amerikanischen Mittelstreckenraketen des NATO-Doppelbeschlusses von 1979: Sie sollen im Fall einer nuklearen Bedrohung Europas in einem Krieg die Abkoppelung der Sicherheit der europäischen Verbündeten vom nuklearstrategischen Potential der USA und damit von deren nuklearem Schutzschirm verhindern. Die genannte Fähigkeit ist daher der manifeste Ausdruck der „erweiterten nuklearen Abschreckung“ der USA für Europa. Denn eine amerikanische Bombe, die Russland treffen könnte, signalisiert Moskau, dass russisches Territorium kein Sanktuarium bliebe, wenn Russland Europa mit nuklearen Mittelstreckenwaffen angreifen würde. Sie signalisiert auch, dass Amerika für die Sicherheit Europas mit seiner eigenen Sicherheit bis zum Äußersten zu bürgen bereit ist und das damit verbundene Risiko bewusst in Kauf nimmt. Denn ein russischer Gegenschlag könnte Amerika selbst treffen.

Die Bereitstellung von Kampfflugzeugen und Schutzbauten, Lagerstätten und technischer Infrastruktur durch europäische Verbündete auf ihrem Territorium – in Belgien, Deutschland, Italien, den Niederlanden und der Türkei – wiederum ist der Ausdruck für deren Bereitschaft, dieses besondere Risiko mitzutragen und zu teilen. Weitere Europäer stellen Kampfflugzeuge für den konventionellen Begleitschutz von möglichen nuklearen Missionen. Diese „Nukleare Teilhabe“ (*Nuclear Sharing Arrangements*)⁷⁴ hat besonders im Lichte der russischen Option, die NATO mit einer auf Europa begrenzten nuklearen Bedrohung zu konfrontieren in der Hoffnung, die USA aus einem regionalen Konflikt heraushalten, an Bedeutung gewonnen: Sie demonstriert die Unteilbarkeit der Sicherheit der Verbündeten und den Zusammenhalt des Bündnisses diesseits und jenseits des Atlantiks auch in Extrem-



Deutsches Kampfflugzeug TORNADO

situationen. Die erweiterte nukleare Abschreckung durch die USA und die Nukleare Teilhabe der europäischen Verbündeten waren damit – und sind immer noch – ein Mittel, die Verbreitung von Nuklearwaffen in Europa zu verhindern, weil diejenigen europäischen Alliierten, die selbst nicht über Nuklearwaffen verfügen, den Schutz der USA genießen.

Die Abschreckungsstrategie der NATO soll eine Nötigung entkräften, eine Aggression verhindern und die eigene Handlungsfreiheit erhalten.

Ein möglicher Einsatz von Seiten der NATO würde politisch auf höchster Ebene entschieden. Er hätte ausschließlich einen politisch-strategischen Zweck: Neutralisierung einer nuklearen Drohung gegen europäische Nationen und Beendigung eines Angriffskriegs. Aber man braucht militärische Mittel von höchster Effizienz und Verlässlichkeit, um einen solchen Einsatz glaubwürdig androhen zu können. Die überragende Bedeutung solcher Einätze und das mit ihnen verbundene hohe Risiko verlangen die modernsten Kampfflugzeuge, über die heute nur die USA verfügen. Für deren Beschaffung haben sich bis auf Deutschland alle anderen europäischen Staaten, die Beiträge zur Nuklearen Teilhabe leisten, bereits entschieden.

Die Entscheidungen über nukleare Planung und Übungen im Frieden oder in einer Krise trifft die Nukleare Planungsgruppe der NATO, also die NATO-Verteidigungsminister und Verteidigungsministerinnen ohne Frankreich, das eine nationale Nuklearstra-

ategie verfolgt (siehe Kapitel 1). Diejenigen Nationen, die Kampf-
flugzeuge stellen, haben einen speziellen Zugang zu besonders
sensiblen Informationen und einen besonderen Einfluss auf die
Planung. Angesichts der russischen Militärdoktrin und nuklearen
Rüstung muss die Nukleare Teilhabe auch in Zukunft ein entschei-
dendes politisch-strategisches Element der Abschreckungs-
strategie der NATO sein. Sie ist von elementarem Sicherheits-
interesse derjenigen europäischen NATO-Nationen, die – wie
Deutschland – selbst nicht über Nuklearwaffen verfügen. Ihre
politischen Führungen, Parteien und Parlamente sollten daher
die Bedeutung dieser Fähigkeit für die Sicherheit ihrer Länder
erklären können und öffentlich dafür eintreten.

Ein einseitiger Verzicht durch Deutschland würde die Glaubwür-
digkeit der NATO-Strategie entscheidend schwächen. Er würde
die erweiterte Abschreckung der USA riskieren, die für den Schutz
der europäischen Verbündeten unentbehrlich ist. Er würde den
Einfluss Deutschlands in einer Frage drastisch mindern, in der
Einfluss und Mitsprache für seine Sicherheit von zentraler Bedeu-
tung sind. Und er würde die Bündnissolidarität schwer beschädigen
und das Misstrauen gegen Deutschland bei seinen Bündnis-
partnern fördern.⁷⁵

Der Krisenbogen im Süden – Projektion von Stabilität als Strategie

Bereits in ihren militärischen Einsätzen auf dem Balkan hatte die
NATO erfahren, dass militärische Interventionen von außen Krieg
und Gewalt in einer Krisenregion beenden können, aber in der
Regel nicht zu dauerhaftem Frieden führen. In der NATO ist man
sich heute weitgehend einig, dass dieses Ziel vielmehr einen
breiten, zivil-militärischen Ansatz erfordert, der zu langfristiger,
„selbsttragender“ Stabilität führen soll. Dazu gehören vor allem
Anleitung und Hilfe beim Aufbau demokratischer und rechtsstaat-
licher Institutionen (Verwaltung, Justiz, Polizei, Streitkräfte),
wirtschaftlicher Wiederaufbau, humanitäre Hilfe und militärische
Absicherung. Entscheidend ist, dass die lokalen Regierungen
Verantwortung übernehmen und vorbehaltlos mitwirken und
dass die Bevölkerungen dahinterstehen. Die Internationalen Or-
ganisationen (VN, EU, OSZE und NATO) wie auch die Nichtregie-
rungsorganisationen, die diesen Prozess unterstützen, benötigen
politisches, historisches und kulturelles Kontextwissen und sollten
abgestimmt vorgehen. Wie der Balkan zeigt, verlangt ein solcher
Ansatz kontinuierliches Engagement über eine sehr lange Zeit.

Die EU hat diesen „Comprehensive Approach“ zu ihrem Programm
für Krisenbewältigung, Stabilisierung und Wiederaufbau („Stabi-



US-Präsident Barack Obama beim Truppenbesuch
in Afghanistan 2010

lisation and Reconstruction“) im Rahmen ihrer GSVP und grund-
sätzlich auch zur Leitlinie für ihre zivilen und zivil-militärischen
Missionen vor allem in Afrika gemacht. Die NATO will zu diesem
ganzheitlichen Ansatz mit ihren Mitteln beitragen. Sie sieht ihre
Stärke darin, Partnerstaaten in Krisenregionen beim Aufbau und
bei der Ausbildung von deren Sicherheits- und Verteidigungska-
pacitäten und -strukturen zu unterstützen und diesen Prozess,
wenn nötig, militärisch abzusichern. Deren Regierungen sollen
in die Lage versetzt werden, idealerweise selbst die Verantwor-
tung für ihre innere und äußere Sicherheit zu übernehmen, gute
Regierungsführung zu praktizieren, die Menschenrechte zu
achten, Reformen anzugehen und, wenn möglich, eine stabilisie-
rende Rolle in ihrer Region zu übernehmen.

Der Ansatz, Partnerstaaten bei der „Security Sector Reform“ nach
westlichen Grundsätzen zu unterstützen, macht seit 2016 auch
den Kern der Strategie der „Projektion von Stabilität“ der NATO
aus. Auf dem Balkan, in Bosnien und Herzegowina und im Kosovo,
hat sich dieser Ansatz grundsätzlich bewährt und Früchte getra-
gen, auch wenn dort die Präsenz der EU-Mission EUFOR Althea
(in Bosnien und Herzegowina) und KFOR (im Kosovo) vermutlich
noch lange erforderlich sein wird. Aber dort waren und sind
grundsätzlich die kulturellen Voraussetzungen günstig, um De-
mokratie und Rechtsstaatlichkeit nach westlichem Vorbild zu
entwickeln. Aufgrund der geographischen Nähe ist auch der
politische Wille in Europa groß, die erforderliche Präsenz und
Unterstützung aufrechtzuhalten. Heute arbeitet die NATO auch
mit Staaten in instabilen Regionen zusammen, die mit ihr koope-
rieren wollen, wie beispielsweise Tunesien, Jordanien und dem
Irak im Süden, der Ukraine, Georgien und Moldawien im Osten.

Das Konzept von „*Train, Assist and Advise*“ der *Resolute Support Mission (RSM)* der NATO und ihrer Partner in Afghanistan basierte auf dem genannten Ansatz zur „Projektion von Stabilität“, vorrangig durch Ertüchtigung von Partnerstaaten. Als RSM im Jahr 2014 die *International Security Assistance Force (ISAF)* ablöste, bedeutete dies einen Paradigmenwechsel für den NATO-Einsatz in Afghanistan. Mit Hilfe der militärischen und zivilen Ausbilder und Ausbilderinnen aus den teilnehmenden NATO- und ihren Partnerstaaten sollten in Afghanistan eine funktionierende Armee und handlungssichere Polizei nach westlichem Muster aufgebaut, ausgerüstet und ausgebildet werden. Die afghanische Regierung sollte so in die Lage versetzt werden, landesweit die Verantwortung für die innere und äußere Sicherheit des Landes zu übernehmen. Auf diese Weise sollten, so die Vorstellung der NATO, die Voraussetzungen für einen Abzug der internationalen Truppe aus Afghanistan geschaffen werden.

Ähnlich wie RSM liegt auch der jüngsten Mission der NATO, der „*NATO Mission Iraq (NMI)*“, das Konzept „*Advising, Training and Capacity-Building*“ zugrunde. Im Jahr 2018 folgte sie dem Kampfeinsatz der *Global Coalition against ISIS/Da'esh* in Syrien und im Irak. Auf Einladung der irakischen Regierung beraten und unterstützen Hunderte von Ausbildern aus NATO- und Partnerstaaten das Verteidigungsministerium und militärische Ausbildungseinrichtungen des Irak. Die Themenfelder umfassen beispielsweise Verteidigungspolitik und Strategie, Streitkräfteplanung und -entwicklung, Ressourcenplanung, Führungskräfteausbildung und Personalentwicklung. Die NATO arbeitet dazu mit den Vertretungen der VN, der EU und der Koalition gegen ISIS zusammen, die sich auch an der Stabilisierung der staatlichen Strukturen beteiligt. Das gemeinsame Ziel ist, die irakische Regierung in ihrem eigenen Vorgehen gegen Terrorismus im Land in die Lage zu versetzen, auch nach dem für Ende 2021 angekündigten Ende des Kampfeinsatzes der USA für Stabilität zu sorgen. Es steht zu hoffen, dass die Lehren, welche die NATO aus dem Scheitern der RSM-Mission in Afghanistan ziehen muss und will, für NMI so weit wie möglich umgesetzt werden.

Das Ende der NATO-geführten Mission in Afghanistan – eine Zäsur

Durch den schnellen Zusammenbruch der afghanischen Regierung und der afghanischen Armee und Sicherheitskräfte nach dem Abzug der Truppen der NATO und ihrer Partner im Sommer 2021 erscheint das Konzept der Projektion von westlicher Stabilität in entfernte Krisenregionen als schwer erschüttert. Nach dem rasanten Vormarsch und der Machtübernahme der Taliban im



Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Truppenbesuch in Afghanistan 2010

ganzen Land ist der Versuch der NATO, den Aufbau eines freien, friedlichen und die Menschenrechte achtenden Staats zu ermöglichen, gescheitert. Nach 20 Jahren Kampf- und Ausbildungseinsatz, mit zeitweise über 130.000 Soldaten und Soldatinnen, unterstützt von zahlreichen NATO-Partnerstaaten, mit tausenden gefallenen und verwundeten Frauen und Männer der afghanischen und der verbündeten Streitkräfte und Milliarden an Investitionen, fällt Afghanistan nun womöglich zurück in einen autoritären, von Islamisten beherrschten Staat. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Taliban-Regierung Verbindungen zu Terrororganisationen unterhält und dass ISIS und Al-Qaida sich jetzt zu weiteren Anschlägen gegen westliche Einrichtungen in anderen Regionen ermutigt fühlen.

Die internationale Koalition hat eine schwere politisch-strategische Niederlage erlitten. Mit dem Abzug waren keine politischen Bedingungen, beispielsweise für eine inklusive Regierung, verbunden, deren Durchsetzung die NATO und ihre Partner hätten militärisch überwachen müssen, bevor sie ganz abgezogen wären. Das Abkommen Präsident Trumps mit den Taliban von Doha vom Februar 2020 regelte lediglich die technischen Fragen des Abzugs zum 1. Mai 2021. Als Gegenleistung sagten die Taliban lediglich zu, bis dahin stillzuhalten und die ameri-

kanischen Truppen und ihre Verbündeten nicht anzugreifen. Dafür veranlassten die USA, dass 5.000 Gefangene frei gelassen wurden, unter ihnen etliche Taliban-Kommandeure. Präsident Trump war die Zukunft Afghanistans gleichgültig. Seither wussten alle Alliierten und NATO-Partner, dass das Ende der *Resolute Support Mission* besiegelt war. Keine alliierte Regierung wandte sich gegen eine Beendigung, auch nicht als Präsident Biden darüber informierte, dass er den Abzug der US-Truppen bis September 2021 abschließen werde, und seine Minister ihre europäischen Kollegen und Kolleginnen im Nordatlantikat im Detail unterrichteten.⁷⁶ Sie alle standen vor dem Dilemma, entweder abzuziehen unter Inkaufnahme des Risikos, dass die Taliban zurückkämen, oder zu bleiben und weitere Kämpfe und Opfer zu riskieren und daher die Truppenstärke wieder deutlich erhöhen zu müssen. Die afghanische Armee war aber offenbar zu großen Teilen nicht bereit, ohne die Unterstützung der US-Truppen und zivilen Vertragsfirmen gegen die Taliban zu kämpfen. Diese wiederum nutzten die Zeit sehr effektiv, sich auf die Übernahme der Macht vorzubereiten.

Die Glaubwürdigkeit des Westens und seines Ansatzes zur Stabilisierung und nachhaltigen Befriedung von Krisenstaaten und -regionen außerhalb Europas ist schwer beschädigt. Es stellt sich die Frage nach der Validität des Konzepts der „*Projection of Stability*“. Fraglich ist, ob der Ansatz, in einer fremden Region mit fremder Kultur, Geschichte und ganz eigenen Traditionen einen Staat von außen nach westlichen Prinzipien zu stabilisieren und gar aufbauen zu helfen, überhaupt realistisch und tragfähig ist. Damit stellt sich auch die Frage nach der künftigen Rolle der NATO im internationalen Krisenmanagement. Generalsekretär Stoltenberg ist der Überzeugung, dass sich die NATO „weiter dem Kampf gegen Terrorismus widmen“, deshalb „weiter Sicherheitskräfte in anderen Ländern aufbauen und weiter in der Lage sein [muss], auch selbst Kampfeinsätze zu führen.“⁷⁷ Zugleich hat er einen Überprüfungsprozess in der NATO eingeleitet, der schwierige Fragen aufgreifen und klären soll.

Präsident Biden hat zu diesen Fragen eine klare Position. Nach seiner Auffassung war der Zweck des Afghanistaneinsatzes nach dem Terrorangriff auf das *World Trade Center* in New York im September 2001 ausschließlich der Kampf gegen die Terrororganisation Al-Qaida und dessen Führung, der die Taliban Unterschlupf gewährt hatten. Mit dem Tod Osama Bin Ladens im Jahr 2011 sei dieses Ziel erreicht worden. Darüber hinaus hätten die USA kein vitales nationales Interesse in Afghanistan,⁷⁸ außer dafür zu sorgen, dass das Land nicht erneut Ausgangspunkt für Terrorangriffe gegen Amerika und seine Freunde werde. Um Terrororganisationen zu bekämpfen, sei aber heutzutage kein

Bodenkrieg notwendig. Heute seien der Einsatz von „*Over-the-Horizon Capabilities*“ mit präzisen Luftschlägen und Einsätzen von Spezialkräften viel effektiver und zugleich kräfteschonender.

Präsident Bidens zweiter Grund ist von strategischer Bedeutung. Die eigentlichen, neuen Herausforderungen für die USA lägen heute ganz woanders. „Wir befinden uns in einem ernsthaften Wettbewerb mit China. Wir haben Herausforderungen an verschiedenen Fronten mit Russland zu bestehen. Wir sind mit Cyberangriffen und nuklearer Proliferation konfrontiert.“ Die USA sollten sich nicht ein weiteres Jahrzehnt in Afghanistan festfahren und dort ihre Kräfte binden. Der amerikanische Präsident will also Ballast abwerfen, damit die USA sich mit ganzer Kraft auf ihre strategischen Prioritäten konzentrieren können: dem globalen Wettbewerb mit China und Russland. Dies hat weitreichende Auswirkungen auf die NATO und die europäischen Verbündeten, wie im folgenden Kapitel gezeigt wird.

Es bleibt die Frage, ob der Exodus aus Afghanistan das Ende der Ära der bewaffneten Friedens- und Stabilisierungseinsätze und humanitären Interventionen in der NATO insgesamt eingeläutet hat, weil solche Einsätze lange dauern, mit hohen menschlichen und finanziellen Kosten verbunden sind, ihr Ausgang ungewiss ist und die Mehrheit der Nationen, deren Parlamente und Bevölkerungen dieses Risiko nicht mehr eingehen wollen. In dieser Frage ist Präsident Biden ebenfalls klar: „Es geht darum, die Ära militärischer Operationen mit dem Ziel, andere Länder umzugestalten, zu beenden.“ Für militärische Einsätze seien zwei Faktoren entscheidend: erstens klare Ziele, die erreichbar seien, und zweitens die fundamentalen nationalen Sicherheitsinteressen der USA. Auch diese Positionsbestimmung wird weitreichende Auswirkungen auf die NATO haben. Die europäischen Nationen werden sich in Zukunft stärker um Krisenvorsorge und Stabilisierung in der näheren Umgebung Europas, in Nordafrika und im Nahen Osten, kümmern müssen. Dies hat aber nur Aussicht auf Erfolg, wenn sie geschlossen auftreten, gemeinsam über einsatzfähige militärische Fähigkeiten und „*hard power*“ verfügen, um beispielsweise glaubwürdige Sicherheitsgarantien geben zu können. Der jahrelange Einsatz in Afghanistan und die dramatische Evakuierungsoperation in Kabul im August 2021 haben in bedrückender Weise gezeigt, wie sehr die europäischen Verbündeten auch über zwanzig Jahre nach den Balkankriegen in anspruchsvollen Stabilisierungseinsätzen auf entscheidende militärische Fähigkeiten der USA angewiesen sind. Dies muss sich in Zukunft grundlegend ändern, wenn sie in der NATO eine wesentliche Rolle spielen wollen (siehe Kapitel 4).

- ⁵³ Dazu gehören die Charta der VN, die KSZE-Schlussakte von Helsinki 1975, die Charta von Paris 1990, das Budapest Memorandum von 1994, das die territoriale Integrität der Ukraine garantieren sollte, und die NATO-Russland-Grundakte von 1997.
- ⁵⁴ Die Koalition wurde am Rande des NATO-Gipfeltreffens in Wales 2014 unter Führung des damaligen US-Außenministers John Kerry gegründet. Deutschland war Gründungsmitglied. Mittlerweile besteht sie aus 83 Nationen und Organisationen, einschließlich der NATO als Organisation. Sie stellte der Koalition AWACS-Aufklärungsflugzeuge zu Verfügung, die unter ständigem NATO-Kommando stehen. Bei Treffen der Koalition ist sie durch den NATO-Generalsekretär vertreten.
- ⁵⁵ So steht es noch im Strategischen Konzept 2010, Paragraph 33, ebenso wie im Communiqué des NATO-Gipfeltreffens in Chicago 2012.
- ⁵⁶ Johnson, Dave: Review of Speech by General Gerasimov at the Russian Academy of Military Science, NATO Defense College, Russian Studies no. 04, Rom, 2 March 2019
- ⁵⁷ Putin, Vladimir: On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, Moskov/Kremlin, 12 July 2021
- ⁵⁸ Auswärtiges Amt: Gemeinsame Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele, Pressemitteilung vom 21.07.2021
- ⁵⁹ Barrie, Douglas et al: European Defence Policy in an Era of Renewed Great-Power Competition, International Institute for Strategic Studies (IISS), London, February 2020
- ⁶⁰ Wie in Kapitel 1 ausgeführt, wurden mit dem Vertrag über „Intermediate-Range Nuclear Forces“ zwischen den USA und der Sowjetunion die landgestützten Mittelstreckenraketen beider Seiten mit einer Reichweite zwischen 500 und 5.500 km vollständig eliminiert. Nach dem Bruch des Vertrags durch Russland kündigten ihn die Vereinigten Staaten im Jahr 2019.
- ⁶⁰ NATO: Brussels Summit Communiqué Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels, 14 June 2021, Paragraph 41
- ⁶⁰ Der Krieg zwischen Armenien und Aserbeidschan 2020 ist von Beobachtern auch als „erster Drohnenkrieg zwischen Staaten“ bezeichnet worden; siehe Käppner, Joachim: Worum es bei der Debatte um bewaffnete Drohnen geht, Süddeutsche Zeitung vom 02.01.2021. Zu den Folgen für die Bundeswehr siehe Gady, Franz-Stefan: Krieg um Berg-Karabach 2020: Implikationen für Streitkräftenstruktur und Fähigkeiten der Bundeswehr, Arbeitspapiere Sicherheitspolitik 3/21, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin 2021
- ⁶⁰ Gefechtsverbände umfassen in der Regel Kampftruppe in Bataillonsgröße (Panzer oder mechanisierte Infanterie), verstärkt durch Aufklärung, Artillerie, Pioniere, Flugabwehrkräfte, Kampfhubschrauber und Logistik.
- ⁶⁰ NATO, Enhanced Forward Presence – Map (7 April 2021)
- ⁶⁰ Für einen Überblick über alle Maßnahmen, welche die NATO seit 2014 zur Verstärkung ihres Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs eingeleitet hat, siehe Brauß, Heinrich: NATO Beyond 70 – Renewing a Culture of Readiness, International Centre for Defence and Security, Tallinn, November 2018
- ⁶⁰ Die entsprechende politische Verpflichtung, welche die betroffenen Regierungen eingingen, lautet: „Allies whose current proportion of GDP on defence is below this level will: halt any decline in defence expenditure; aim to increase defence expenditure in real terms as GDP grows; aim to move towards the 2 % guideline within a decade with a view to meeting their NATO Capability Targets and filling NATO's capability shortfalls.“ Siehe NATO: Wales Summit Declaration, Press Release (2014) 120, 5 Sep. 2014, Paragraph 14
- ⁶⁰ Zur Entwicklung der Verteidigungsausgaben der NATO-Mitgliedstaaten seit 2013 siehe NATO: Press Release: Defence Expenditure of NATO Countries (2014–2021), 11 Jun. 2021, Press Release (2021) 094
- ⁶⁰ Ein Land wie beispielsweise Ungarn erhält keine Streitkräfteziele, die maritime Fähigkeiten betreffen, Deutschland dagegen Ziele für alle Teilstreitkräfte und alle Fähigkeitsfelder.
- ⁶⁰ Der Verteidigungshaushalt von € 615 Mio. ist für Estland, das die 2%-Marke bereits übertroffen hat, mit 1,3 Mio. Einwohnern und einem BIP von € 27 Mrd. genauso belastend, wie es ein Verteidigungshaushalt von rund € 67 Mrd. für Deutschland mit 83 Mio. Einwohnern und einem BIP von € 3,34 Billionen wäre.
- ⁶⁰ In der NATO spricht man von „3 c“ – cash, capabilities, contributions. Am Ende jedes Jahres hat der NATO-Generalsekretär einen Gesamtbericht über das Abschneiden jeder Nation anzufertigen, über den die Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister debattieren. Es kommt vor, dass sich einzelne Minister rechtfertigen müssen wegen Nichterfüllung von akzeptierten Vorgaben.
- ⁶⁰ Mit negativen Sicherheitsgarantien ist die Zusicherung gemeint, Staaten nicht mit Nuklearwaffen zu drohen, die selbst keine Nuklearwaffen haben, dem Nichtverbreitungsvertrag beigetreten sind und seine Bestimmungen erfüllen.
- ⁶⁰ Siehe im Folgenden NATO: Brussels Summit Communiqué, Press Release (2021) 086, 14 June 2021, Paragraph 38–41
- ⁶⁰ Die Aufgabe der First-Use-Option würde das mit einem Angriff verbundene Risiko für den Angreifer verringern, weil die Unkalkulierbarkeit der Reaktion der NATO reduziert würde. Dies würde die Strategie der Kriegsverhinderung in einer Krise und damit die strategische Stabilität schwächen. Aus dem gleichen Grund haben die NATO-Verbündeten die Unterzeichnung des Atomwaffenverbotsvertrags abgelehnt.
- ⁷⁴ Zur Nuklearen Teilhabe aus US-amerikanischer Sicht siehe Roberts, Brad: Deutschland und die Nukleare Teilhabe der NATO, Arbeitspapier Sicherheitspolitik 7/21, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin 2021
- ⁷⁵ Kramp-Karrenbauer, Annegret: Dritte Grundsatzrede der Verteidigungsministerin, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 18. Juni 2021
- ⁷⁶ Bjerg Moller, Sara, a.a.O.
- ⁷⁷ NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Interview mit Thomas Gutschker: „Unsere Präsenz war nicht vergeblich“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13.09.2021
- ⁷⁸ Remarks by President Biden on the End of the War in Afghanistan, The White House, Washington D.C., August 31, 2021

4

EPOCHENWECHSEL – CHINAS AUFSTIEG ZUR WELTMACHT UND DIE NEUE GLOBALE GROSSMACHTKONKURRENZ

2021
NATO-
Gipfeltreffen
in Brüssel:
Beschluss
der NATO-
2030-Agenda



EPOCHENWECHSEL

CHINAS AUFSTIEG ZUR WELTMACHT UND DIE NEUE GLOBALE GROSSMACHTKONKURRENZ

Der Angriff Russlands auf die Ukraine hatte die Sicherheitslandschaft im euro-atlantischen Raum bereits grundlegend verändert. Das Jahr 2014 markierte daher schon eine sicherheitspolitische Zeitenwende. Doch nur wenige Jahre später sieht sich die transatlantische Gemeinschaft erneut einer großen strategischen Herausforderung gegenüber, einer von globalem Ausmaß. Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht ist die bedeutendste strategische Entwicklung unserer Zeit. Er verändert das gesamte globale Macht- und Kräfteverhältnis – mit weitreichenden Folgen für die NATO und für Europa. Die transatlantische Gemeinschaft steht erneut am Beginn einer neuen sicherheitspolitischen Epoche, die vor allem durch die geopolitische und systemische⁷⁹ Rivalität der Großmächte geprägt sein wird – oder, wie Präsident Biden es ausdrückt, den globalen Wettstreit zwischen Demokratie und Autokratie.

Über die Folgen des Aufstiegs Chinas und die wieder aufgeflamte Konfrontation mit Russland hinaus sind die NATO-Verbündeten mit Entwicklungen konfrontiert, die sie mehr und mehr alle betreffen. Dazu gehören neben der weiter bestehenden Gefahr, die vom internationalen Terrorismus ausgeht, die Auswirkungen des Klimawandels, die Dynamik und Tragweite der sogenannten disruptiven Technologien wie auch die Gefahren globaler Pandemien. Diese Herausforderungen unterscheidet sich erheblich von derjenigen der „harten“ Großmacht-Rivalität und ihren geopolitischen und militärischen Folgen. Aber sie betreffen ebenfalls alle Verbündeten diesseits und jenseits des Atlantiks, überschreiten nationale Grenzen und haben bereits jede für sich genommen weitreichende Folgen für die Sicherheit der Alliierten. Teilweise haben sie eine katalytische und verschärfende Wirkung auf den geoökonomischen und geostrategischen Großmachtwettbewerb und dessen sicherheitspolitische Auswirkungen auf die Allianz.

Zu Beginn des dritten Jahrzehnts hat es die NATO also erneut mit der Gleichzeitigkeit von mehreren, 'alten' wie neuen, strategischen Herausforderungen und Risiken zu tun. Sie alle verlangen von ihr politische Geschlossenheit, Standfestigkeit und Flexibilität, Wirksamkeit und Innovationskraft. Wie eingangs geschildert,

muss die NATO angesichts der Dimension und Gleichzeitigkeit dieser Risiken ihre politisch-strategische Rolle neu bestimmen, um ihre Kernaufgabe auch künftig erfolgreich zu erfüllen: Schutz und Sicherheit für alle ihre Mitglieder und Frieden und Stabilität für Europa. Dessen eingedenk trafen die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Gipfeltreffen im Juni 2021 in Brüssel weitreichende Entscheidungen, die den Weg der Allianz in dieser Dekade bestimmen und sie neu ausrichten sollen: die NATO-2030-Agenda. In diesem Kapitel wird diese Agenda zusammengefasst, erläutert und in den Zusammenhang mit dem bisherigen Programm für die Entwicklung der NATO-Strategie gestellt. In einem zweiten Teil macht der Autor eigene Vorschläge, mit der die NATO-2030-Agenda konkretisiert und ergänzt werden sollte. Zudem zieht er Schlussfolgerungen für die notwendige gemeinsame Handlungsfähigkeit der Europäer, die verteidigungspolitische Zusammenarbeit zwischen NATO und EU und für Deutschlands Rolle und Verantwortung.

Das neue Zeitalter: Globale Großmachtrivalität

China stellt eine strategische Herausforderung von neuer Qualität für den Westen dar. Während Moskaus Machtanspruch in erster Linie auf militärischer Stärke gründet, betreibt China geopolitische Machtprojektion zunächst vor allem mit wirtschaftlichen Mitteln. Dazu verfolgt die chinesische Führung eine kohärente, langfristig angelegte Strategie. Peking setzt vor allem auf ökonomische Macht und technologische Überlegenheit. Schon heute ist China die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Mit 14 Staaten im asiatisch-pazifischen Raum hat China 2020 das weltweit größte regionale Freihandelsabkommen *RCEP* (*Regional Comprehensive Economic Partnership*) geschlossen, das rund 2,2 Mrd. Menschen umfasst und ein Drittel der Weltwirtschaftsleistung ausmacht. Dazu gesellt sich die *One Belt, one Road Initiative* („Neue Seidenstraße“), die zu einem weltweiten Handelsverbund mit 130 Ländern (rund 70 Prozent der Weltbevölkerung) unter Chinas Kontrolle führen soll. Investitionen dort verschaffen China nicht nur Zugang zu Rohstoffen und Märkten in verschiedenen

Regionen der Welt, sondern auch Einfluss auf globale Lieferketten und auf die Entscheidungsbildung nationaler Regierungen und internationaler Organisationen. So bergen die wirtschaftliche Kooperation und Investitionsabkommen Chinas mit mittelosteuropäischen Staaten und Griechenland im sogenannten 16-plus-1-Format⁸⁰ das Risiko, politische Abhängigkeiten zu schaffen. Sie können die europäischen Nationen in Fragen spalten, die Europas Sicherheit betreffen. Dies gilt vor allem mit Blick auf Investitionen durch staatlich kontrollierte chinesische Konzerne in kritische Infrastruktur, in Schlüsseltechnologien, Telekommunikationsnetze (5G), Energie- und Verkehrsinfrastruktur in NATO-Staaten. Beispielsweise hält die chinesische Staatsreederei Cosco seit 2016 die Mehrheit der Anteile am griechischen Hafen Piräus und hat dessen Kapazität und den Containerumschlag inzwischen signifikant gesteigert. Beobachter sprechen vom „Einfallstor“ Chinas nach Europa.⁸¹

Der Aufstieg Chinas zur Weltmacht ist die bedeutendste strategische Entwicklung unserer Zeit.

Seine geoökonomische Strategie ergänzt und untermauert Peking aber durch eine rasant wachsende Fähigkeit zu militärischer Machtprojektion.⁸² Schon heute hat China den weltweit zweitgrößten Verteidigungshaushalt. Bis 2030 will es weltführend in der Entwicklung und Anwendung Künstlicher Intelligenz werden. Bis 2049, dem hundertsten Jahrestag der Machtübernahme der kommunistischen Partei, will Peking über die technologisch fortschrittlichsten Streitkräfte verfügen. Der unrechtmäßige Ausbau von Riffen im Südchinesischen Meer zu künstlichen Stützpunkten, militärische Drohgebärden gegenüber Nachbarn, besonders Taiwan, und hybride Einsätze von „Maritimen Milizen“ (als Fischer getarnte paramilitärische Kräfte) gegen ausländische Schiffe dienen dazu, eine faktische chinesische Einflussphäre im Südchinesischen Meer abzustecken. Dieses Vorgehen wird begleitet von Cyberangriffen und Desinformationskampagnen, auch weltweit, wie es während der Corona-Pandemie zu beobachten war. Die rapide Modernisierung der Streitkräfte Chinas und seines nuklearen Raketenarsenals hält unvermindert an. Dabei fällt besonders das Ausmaß der chinesischen Marinerrüstung ins Gewicht. Alleine zwischen 2014 und 2018 hat China seine bereits beträchtlichen maritimen Fähigkeiten, einschließlich zweier Flugzeugträger, um Schiffe mit einer Gesamttonnage erweitert, die derjenigen der gesamten britischen *Royal Navy* entspricht.

Chinas Rüstung ist darauf ausgerichtet, US-amerikanischen Streitkräften den Zugang zum und die Bewegungsfreiheit im Ost- und Südchinesischen Meer verwehren zu können, vor allem mit Blick auf eine mögliche militärische Unterstützung Taiwans durch die USA. China strebt die Kontrolle über ganz Ostasien an und fordert daher die USA als Schutzmacht der dortigen Demokratien heraus. Ebenso hat Peking mit dem Aufbau militärischer Stützpunkte entlang globaler Seeverbindungswege begonnen.⁸³ Entsprechend hat China seine Militärdoktrin angepasst: Die chinesische Volksbefreiungsarmee, deren ursprünglicher Auftrag lange Zeit ausschließlich Landesverteidigung war, ist heute weltweit präsent, im Rahmen von Blauhelmeinsätzen der VN, aber auch mittels gemeinsamer militärischer Übungen mit Russland wie im Indischen Ozean, im Mittelmeer, in der Ostsee oder im Rahmen der russischen Großübung WOSTOK 2018.

Diese gemeinsamen Übungen sind ein Zeichen für die zunehmende Kooperation zwischen den beiden autokratischen Großmächten Russland und China auf politischem, wirtschaftlichem, technologischem und militärischem Gebiet. Beide Präsidenten sprechen von „strategischer Partnerschaft“.⁸⁴ Beide eint das Ziel, den globalen Einfluss der USA, insbesondere in den von ihnen beanspruchten Einflusszonen in Europa und in Asien zurückzudrängen. Die transatlantische Gemeinschaft sieht sich also zwei autoritären Großmächten gegenüber, die den gesamten politischen Westen mit einem doppelten strategischen Risiko konfrontieren, im euro-atlantischen und im indo-pazifischen Raum. Kommt es zu einem militärischen Konflikt zwischen den USA und China, könnte sich Moskau zu einem aggressiven Vorgehen in Europa ermutigt sehen. Die russische Armee marschierte im Frühjahr 2021 drohend an der ukrainischen Grenze just in dem Zeitraum auf, als China eine amphibische Angriffsübung mit Luftunterstützung gegen Taiwan durchführte.⁸⁵

Der Machtanspruch, die umfassende Strategie und die wirtschaftliche, technologische und zunehmend auch militärische Machtentfaltung Chinas entwickeln sich nicht nur zu einer Gefahr für dessen Nachbarn, sondern auch für die demokratischen Staaten im gesamten indo-pazifischen Raum und auch für die gesamte transatlantische Gemeinschaft. Für die EU ist China zugleich wichtiger Handelspartner, wirtschaftlicher Konkurrent und systemischer Rivale.⁸⁶ Für die USA ist Peking nicht nur der wirtschaftliche Hauptkonkurrent, sondern auch geostrategischer Hauptgegner und globaler systemischer Rivale („*full spectrum systemic rival*“). Denn für viele Staaten im Indo-Pazifik sind die Vereinigten Staaten Sicherheitsgarant und entscheidender Faktor der politischen und militärischen Stabilität in der Großregion. Amerika sorgt dort auch für die Offenheit der Seeverbindungswege, die

für den freien Welthandel und damit auch für Europas Sicherheit und Stabilität von entscheidender Bedeutung sind. Chinas Machtentfaltung fordert diese überragende geostrategische Funktion der USA heraus und damit auch die Basis ihrer Weltmachtrolle. Zugleich ist China nicht nur ökonomischer Rivale des Westens, sondern ein totalitärer Staat mit neuerdings globalem Machtanspruch, der die Achtung von Menschen- und Minderheitenrechten verweigert.

Washington richtet deshalb seine Strategie auf die Eindämmung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtanspruchs Pekings aus. Das im September 2021 geschlossene trilaterale Bündnis zwischen den USA, Großbritannien und Australien (AUKUS) ist Teil dieser Strategie. Die USA wollen die europäischen Verbündeten und Partner, deren Sicherheit und Interessen ebenfalls zunehmend von den chinesischen Machtansprüchen betroffen sind, gerade auch in Europa selbst, für eine gemeinsame China-Strategie gewinnen, um in der Auseinandersetzung der Systeme die Oberhand zu behalten. Es ist daher zu erwarten, dass künftig die China-Politik ein bestimmender Faktor in den transatlantischen Beziehungen sein und wesentliche Politikfelder beeinflussen wird – Wirtschaft und Handel, Technologie und Sicherheit. Es ist deshalb von herausragender Bedeutung, dass Europa und die USA ein gemeinsames Verständnis über China und den Umgang mit der Volksrepublik entwickeln. Auch wenn ihre Interessen nicht deckungsgleich sind, müssen sie ihr Vorgehen, wann immer möglich, abstimmen und China gegenüber gemeinsam auftreten.

Transnationale Risiken und wachsende politische Heterogenität der NATO

Zweifelsohne sind die Folgen des Aufstieg Chinas zur Weltmacht und das seit 2014 zunehmende feindselige Verhalten Russlands die größten politisch-strategischen Herausforderungen für die transatlantischen Partner. Aber es sind nicht die einzigen. Wie eingangs erwähnt, müssen die NATO-Verbündeten sich auch mit den sicherheitspolitischen Folgen von weiteren Gefahren auseinandersetzen, die nationale Grenzen und Kontinente überschreiten. Zu den wichtigsten gehören Pandemien, die sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels, die neuen disruptiven Technologien (*Emerging Disruptive Technologies, EDT*) und nach wie vor der internationale Terrorismus.

- Während der Hochphase der Corona-Pandemie im Jahr 2020 hat die NATO gezeigt, dass sie zur Bewältigung einer großen humanitären Krise einen wichtigen Beitrag leisten kann. Die



12. Nationaler Volkskongress Chinas 2015

zivilen Maßnahmen zum Kampf gegen Covid-19 hat sie mit weltweitem militärischem Transport von medizinischem Personal, hunderten Tonnen von medizinischer Ausrüstung und rund einhundert Feldlazaretten unterstützt. Die planerische und logistische Vorsorge für künftige Pandemien wird nun Teil des Resilienz-Konzepts der NATO.

- Die Auswirkungen des Klimawandels – der Anstieg des Meeresspiegels, andauernde Trockenheit, Naturkatastrophen durch Wirbelstürme und Orkane, Überschwemmungen, Sturzfluten und große Brände – können ganze Regionen verwüsten und destabilisieren. Dadurch können sie bestehende Krisen und Konflikte verschärfen, Hungersnöte vervielfachen, Terrorismus und weltweite Migrationsbewegungen verstärken. Sie können das Umfeld maßgeblich verändern, in dem Streitkräfte – Bodentruppen, Flugzeuge und Schiffe – operieren müssen, in bestimmten Regionen militärische Einsätze erschweren oder sogar unmöglich machen. Sie können zu einer Gefahr für kritische Infrastruktur und militärische Einrichtungen werden und deren Anpassung erforderlich machen. Der Klimawandel ist also auch ein sicherheitspolitischer Bedrohungsmultiplikator. Die Zahl klimabedingter humanitärer Einsätze wird steigen. Insgesamt werden alle diese Faktoren das künftige Aufgaben- und Einsatzspektrum von Streitkräften deutlich beeinflussen.⁸⁷
- Die technologischen Entwicklungen, vor allem die EDT, die militärisch genutzt werden – beispielsweise hocheffektive Aufklärungsmittel und Sensoren, weitreichende und zielgenaue Flugkörper, unbemannte Flugkörper (Drohnen), Luftverteidigungssysteme und Hyperschallwaffen, Fähigkeiten zur elektronischen Kriegsführung, einschließlich defensiver

und offensiver Cyber-Fähigkeiten, autonome Waffensysteme und weltraumgestützte Fähigkeiten –, wirken sich massiv auf Sicherheit und Verteidigung aus. EDT haben enormen Einfluss auf die Art, wie Streitkräfte künftig organisiert, ausgerüstet, geführt und eingesetzt werden. Die NATO sorgt sich um die militärische Interoperabilität der Bündnisstreitkräfte diesseits und jenseits des Atlantiks wie auch unter den Europäern; die USA ziehen davon, die Europäer hinken hinterher. Darüber hinaus fordern China und auch Russland die Allianz auch auf dem Feld militärisch-technologischer Innovationen heraus. Besondere Sorge bereitet aus militärischer Sicht Chinas Strategie, zivile Forschung und wirtschaftlich-technologische Innovationen unmittelbar für die rüstungsindustrielle Entwicklung nutzbar zu machen (*Military-Civil Fusion, MCF*) mit dem Ziel, die technologisch fortschrittlichsten Streitkräfte der Welt zu entwickeln.

Zu den äußeren Herausforderungen und Risiken kommen auch Gefahren im Innern des Bündnisses. Während der vergangenen US-Regierung hat der Zusammenhalt der NATO gelitten, vor allem durch die wiederholte derbe öffentliche Kritik des vormaligen Präsidenten Trump an Verbündeten, die Verweigerung von Führung und die durch ihn gesäten Zweifel an der Bündnissolidarität der USA. Der französische Präsident nannte die NATO, vor allem wegen der unabgestimmten Alleingänge der USA und der Türkei in Syrien, gar „hirntot“. ⁸⁸ Zudem, so warnte Macron, drohe Europa durch die internationale Dominanz der Großmächte USA, China und Russland ins Abseits zu geraten. Europa müsse daher strategisch autonom werden. Dazu gehöre auch ein neuer strategischer Dialog mit Russland mit dem Ziel, Europas Ostflanke zu befrieden und Handlungsfreiheit zu gewinnen. Mit diesen Kommentaren brachte der französische Präsident viele Europäer gegen sich auf. Dies gilt vor allem für diejenigen, die Russland eher als die größte Bedrohung ihrer Sicherheit denn als Gesprächspartner sehen. Für sie ist die Verteidigungsvorsorge gegen Russland die Hauptaufgabe der NATO. Einzelne Verbündete, die in der südlichen Instabilität die größte Herausforderung sehen, verfolgen dort aber unterschiedliche Interessen, wie im östlichen Mittelmeer, in Libyen und Syrien. Dies führte zeitweise zu tiefen Verstimmungen und veranlasste einzelne Bündnispartner zu militärischen Drohgebärden ⁸⁹ – eine schwere Belastung für das Bündnis. Indes hatte Deutschland wegen der unilateralen Abänderung des 2 %-Ziels ⁹⁰ und des Abkommens mit Russland zum Bau der Erdgasleitung *Nord Stream 2* im Jahr 2015 besonders bei mittelosteuropäischen Verbündeten und den USA erhebliche Irritationen erzeugt.

Die NATO-2030-Agenda für die weitere Entwicklung der Allianz

Für die weitere Ausrichtung der NATO auf die globale, sich rasant verändernde sicherheitspolitische Großwetterlage ist die Wiederherstellung und Festigung des politisch-strategischen Konsenses der Verbündeten nach den Trump-Jahren eine zentrale Voraussetzung. Denn die Einheit und Geschlossenheit der Allianz ist ihr wichtigstes Kapital, ihr strategisches Gravitationszentrum. Sie macht den Kern ihrer Glaubwürdigkeit und internationalen Wirksamkeit aus. Vor diesem Hintergrund wurde NATO-Generalsekretär Stoltenberg von den Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen im Jahr 2019 in London gebeten, in einem „zukunftsorientierten Reflexionsprozess“ Vorschläge zu entwickeln, wie die „politische Dimension“ der NATO gestärkt werden könne.

Zu seiner Unterstützung berief er eine unabhängige internationale Expertengruppe unter Leitung von Bundesminister a. D. Thomas de Maizière und Wess Mitchell, dem ehemaligen Leiter der Abteilung für Europäische und Eurasische Angelegenheiten im amerikanischen Außenministerium. Die Gruppe legte ihren Bericht Ende November 2020 vor. ⁹¹ Er ist ein *Opus Magnum* mit insgesamt 138 substanziellen Empfehlungen für die Weiterentwicklung der NATO in dieser Dekade. Eine der wichtigsten besteht darin, die Funktion der NATO als Forum für ständige Konsultationen zwischen den nordamerikanischen und europäischen Verbündeten signifikant zu stärken. Notwendig sei eine „*culture of proactive consultation*“, und jede Nation müsse sich dem Ziel der Einigung und Geschlossenheit verpflichten und aktiv dazu beitragen. Nur so könne die „Konvergenz“ der nationalen sicherheitspolitischen Prioritäten sichergestellt werden, die für die Kohäsion der NATO und ihre Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit in der sich rasant verändernden internationalen Lage notwendig sei.

Auf der Grundlage des Berichts der Reflexionsgruppe entwickelte der Nordatlantikrat unter Führung von Generalsekretär Stoltenberg die „*NATO 2030 Transatlantic Agenda for the Future*“, welche die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Treffen in Brüssel im Juni 2021 billigten. Sie umfasst vor allem die folgenden Elemente: ⁹²

► Vertiefung und Ausweitung von Konsultationen der Verbündeten

Die Zahl der jährlichen Treffen der Außenminister und Außenministerinnen, der Nationalen Sicherheitsberater und Politischen Direktoren wird erhöht. Bisher treffen sich die Außenminister zweimal, die Verteidigungsminister dreimal im Jahr. Vermehrte Treffen sollen zu der genannten Kultur aktiv gesuchter, inten-



Das neue NATO-Hauptquartier in Brüssel 2018

sivierter Konsultation, Beratung und Abstimmung zwischen den Verbündeten führen und so die Kohäsion und Entscheidungsfähigkeit der NATO stärken. Die Themen sollen auch Rüstungskontrolle, Klimawandel, EDT und wirtschaftliche Fragen von sicherheitspolitischer Bedeutung wie Exportkontrolle und Technologietransfer umfassen. Darüber hinaus strebt die NATO an, dass die Nationen kohärente Positionen zu gemeinsamen Sicherheitsfragen entwickeln für Sitzungen anderer internationaler Foren (Vollversammlung der Vereinten Nationen, G-20). Damit sind vor allem auch Fragen der Nuklearen Abrüstung wie der Atomwaffenverbotsvertrag gemeint.

► **Stärkung von Abschreckung und Verteidigung**

Das bei den Gipfeltreffen der NATO in Warschau 2016 und Brüssel 2018 verabschiedete Programm zur Stärkung der Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit der NATO soll schnell und vollständig implementiert werden. Die NATO hält an der Kombination von nuklearen und konventionellen Fähigkeiten sowie der Abwehr von ballistischen Raketen fest. Die Staats- und Regierungschefs bekennen sich erneut ausdrücklich zur Erhöhung der Einsatzbereitschaft ihrer Streitkräfte, zur Modernisierung der NATO-Streitkräftestruktur und zum *Defence Investment Pledge* von 2014 in seiner Gänze. Der Weltraum ist als „operational domain“ für Aufklärung, Satellitenkommunikation und Frühwarnung über mögliche Raketenangriffe hinzugekommen.

► **Erhöhung der Resilienz**

Die Widerstandsfähigkeit gegen hybride Gefahren ist die erste Verteidigungslinie der NATO, schon im Frieden. Der NATO-Gipfel

2016 beschloss bereits sieben grundlegende Erfordernisse für die Widerstandsfähigkeit der Nationen in Krise und Krieg.⁹³ Die Resilienz der Verbündeten gegen Cyber-Angriffe, Desinformation und hybride Bedrohungen soll nun weiter verstärkt und ausgeweitet werden. Durch konkrete, nationale Resilienz-Ziele, die regelmäßig überprüft und angepasst werden, soll die Messbarkeit der Fortschritte verbessert werden. In diesem Zusammenhang verpflichten sich die Mitgliedstaaten auch, die Sicherheit kritischer militärischer Infrastruktur (Häfen, Flugplätze), von Schlüsselindustrien, Versorgungsketten und der Informations- und Kommunikationsnetze, einschließlich 5G, zu verstärken. Das Ziel ist ein etablierter Mindeststandard für alle Verbündeten. Ein Leitender Beamter der NATO wird beauftragt, die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zu koordinieren.

► **Technologische Innovation**

Die hohe Geschwindigkeit der technologischen Entwicklung auf dem zivilen Markt kreiert Chancen und Risiken zugleich. Die Zusammenarbeit der Verbündeten auf diesem Gebiet soll signifikant verstärkt werden, vor allem über den Atlantik hinweg, um die Möglichkeiten, die EDT bieten, für die Streitkräfte nutzbar zu machen, ihre Interoperabilität sicherzustellen und die qualitative Überlegenheit der NATO zu wahren. Ebenso soll sie helfen, eigene sensitive Technologie zu schützen und EDT-Bedrohungen durch Dritte entgegenzutreten. Die NATO wird einen zivil-militärischen *Defence Innovation Accelerator for the North Atlantic (DIANA)* gründen, ein Netzwerk aus zwei Agenturen in den USA und Europa und nationalen Testzentren, die EDT-Anwendungsprogramme für den verteidigungspolitischen und militä-

rischen Bedarf analysieren, bewerten und konzipieren sollen.⁹⁴ Mit DIANA soll die Zusammenarbeit in kritischer Technologie forciert und das Innovationspotential der akademischen Welt und des Privatsektors, einschließlich Start-ups, gezielt genutzt werden. Dazu wird ein multinational finanzierter *NATO Innovation Fund* gegründet. Am 22. Oktober 2021 vereinbarten im Rahmen des Treffens der NATO-Verteidigungsminister in Brüssel 17 Verbündete, darunter Deutschland, diesen Fonds in Höhe von einer Milliarde Euro bis Juni 2022 einzurichten.

➤ Regelbasierte internationale Ordnung

Der Beitrag der Allianz zum Erhalt und zur Gestaltung der regelbasierten internationalen Ordnung soll intensiviert werden, weil er die Sicherheit der Verbündeten gegenüber den Ambitionen und dem Machtstreben von autoritär regierten Mächten stärkt. Dazu sollen Dialog und Kooperation mit gleichgesinnten Partnern der NATO vertieft und ausgeweitet werden, einschließlich mit der EU und den Partnern in der indo-pazifischen Region.

➤ Partner stärken

Konflikte und um sich greifende Instabilität in der Nachbarschaft Europas beeinträchtigen die Sicherheit der Bündnispartner. Die NATO will daher weiter ihre Fähigkeit stärken, ausgewählte Partner darin zu unterstützen, ihre eigenen Verteidigungs- und Sicherheitskapazitäten zu entwickeln oder zu reformieren. Im Lichte des Zusammenbruchs von Regierung und Sicherheitskräften in Afghanistan nach dem Abzug der NATO und ihre Partner und der Debatte über die Gründe des Scheiterns und die Folgen für die Allianz wird sich erweisen, in welcher Form dieser Ansatz Bestand hat.

➤ Beitrag zur Bekämpfung des Klimawandels

Die NATO will ihren Beitrag zum Kampf gegen den Klimawandel leisten, ohne ihre Abschreckungs- und Verteidigungsfähigkeit, die Einsatzfähigkeit der Streitkräfte oder die Sicherheit ihres militärischen Personals zu beeinträchtigen. Als Teil eines *Action Plan on Climate Change and Security* will sie einmal im Jahr sicherheitspolitische Auswirkungen des Klimawandels auf das strategische Umfeld der Allianz beurteilen, besonders mit Blick auf Krisenregionen in Nordafrika und im Nahen Osten oder auch in der Arktis. Der Faktor Klimawandel soll in alle Planungen und Übungen wie auch in die Beschaffungspolitik einbezogen werden und auch Thema der Kooperation mit Partnern und anderen internationalen Organisationen sein. Der Generalsekretär ist beauftragt, ein „realistisches, ambitioniertes und konkretes Ziel“ und Konzept für die Reduzierung der Treibhausgase vorzuschlagen, die durch die NATO-Einrichtungen und militärischen Strukturen emittiert werden.



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg 2017

➤ Bekämpfung des internationalen Terrorismus

Die NATO will sich weiter am Kampf der internationalen Gemeinschaft gegen Terrorismus beteiligen. Sie will durch gezielte Aufklärung und Analyse und den Austausch von Informationen, Unterlagen und Material, die sie aus NATO-Einsätzen gewinnt, mit Partnern und anderen internationalen Organisationen zusammenarbeiten und so zur Entdeckung, Verfolgung, Gefangennahme und schlussendlichen Verurteilung von Terroristen beitragen (mittels ihrer neuen *Battlefield Evidence Policy* aus dem Jahr 2020). Die Verbündeten wollen weiter an der US-geführten *Global Coalition against ISIS/Da'esh* teilnehmen, die Kampfeinsätze gegen Terrororganisationen einschließt.⁹⁵

Das NATO-2030-Programm ist zweifelsohne sehr ambitioniert. Sein Umfang, die Art und Vielfalt seiner Elemente und seine politische und militärische Tragweite überschreiten den bisher gekannten Analyse- und Handlungsrahmen eines politisch-militärischen Verteidigungsbündnisses deutlich. Das Programm stellt neue, komplexe politische, militärische und praktische Anforderungen an die Nationen, die sich aus der Öffnung für die globalen geopolitischen und transnationalen Entwicklungen ergeben, die für die Sicherheit, Relevanz und Handlungsfähigkeit der NATO von wesentlicher Bedeutung sind. Dieser erweiterte Ambitions- und Handlungsrahmen erfordert auch mehr Ressourcen. Dieses Thema ist naturgemäß kontrovers. Dennoch haben sich die Nationen darauf geeinigt, die Gemeinschaftsfinanzierung für die NATO⁹⁶ ab 2023 zu erhöhen. Die Modalitäten sollen im Jahr 2022 entschieden werden.

Schließlich haben die Staats- und Regierungschefs Generalsekretär Stoltenberg beauftragt, das nächste Strategische Konzept zu erarbeiten. Das Strategische Konzept von 2010 ist überholt. Es stammt aus einer Zeit, als die NATO noch von strategischer Part-

nerschaft mit Russland sprach und China noch kein strategischer Faktor für sie war. Man kann davon ausgehen, dass das künftige Strategische Konzept die Ziele der NATO für dieses Jahrzehnt definiert, ihre Kernfunktionen bestätigt oder neu bestimmt sowie die wesentlichen Aktionsfelder, Fähigkeiten und Mittel benennt und dabei Vorgaben für die Streitkräftenstruktur der NATO und die Aufgaben und Einsatzbereitschaft der Streitkräfte der Bündnispartner macht. Es wird daher die Elemente der NATO-2030-Agenda aufnehmen, welche die Staats- und Regierungschefs für die Weiterentwicklung der NATO in dieser Dekade entschieden haben. Das neue Konzept soll ihnen beim NATO-Gipfel im Jahr 2022 vorgelegt werden.

Russland oder China? – Die strategischen Prioritäten der NATO

Der Umgang mit China ist ebenfalls Teil der Agenda und nun ein offizieller politisch-strategischer Faktor für die NATO als Ganze. Chinas machtpolitische und ideologische Ambitionen, seine fordernde und einschüchternde Politik, seine MCF-Strategie, seine nukleare Aufrüstung und die militärische und technologische Zusammenarbeit mit Russland stellen für die NATO eine systemische Herausforderung dar, der gegenüber sie „ihre Sicherheitsinteressen verteidigen“ will. Zugleich bietet sie China einen „konstruktiven Dialog“ in Feldern an, in denen es um gemeinsame Interessen und Verantwortung geht, wie dem Kampf gegen den Klimawandel. Sie drängt Peking aber auch zu Vertrauensbildung und Transparenz, was dessen nukleare Fähigkeiten und Doktrin angeht.

Eine ausdifferenzierte sicherheitspolitische China-Strategie der NATO ist das noch nicht. Die NATO sollte deshalb zu einem vorrangigen Forum für den regelmäßigen Austausch über die Fähigkeiten, Aktivitäten und Absichten Chinas und deren Bedeutung für die Sicherheit der nordamerikanischen und europäischen Verbündeten werden, vor allem auch in den Feldern Kommunikationstechnologie, Cyber-Sicherheit und kritische Infrastruktur. Dies kann auch für eine Verständigung zwischen den USA und der EU über Wirtschafts- und Handelsbeziehungen und für die Entwicklung einer transatlantischen politischen Strategie gegenüber China hilfreich sein. Dazu könnte die NATO die systematische Beobachtung der Krisenherde im indo-pazifischen Raum aufnehmen. Im Einklang mit dem Ziel, die Resilienz des Bündnisses weiter zu verstärken und deren Anwendungsbereich zu erweitern, sollte die NATO auch Chinas Investitionsabsichten in kritische Infrastruktur, die für die Sicherheit der Verbündeten relevant sind, beobachten, analysieren und darüber im Nordatlantikat konsultieren.⁹⁷ Des Weiteren sollte die Allianz besonders den

Dialog mit ihren indo-pazifischen Partnern Australien, Neuseeland, Südkorea und Japan vertiefen, einen Meinungsaustausch mit Indien beginnen und, wie die NATO-2030-Reflexionsgruppe vorgeschlagen hat, einen *NATO-Pacific Partnership Council* ins Leben rufen. Alle Demokratien dort sind auch wichtige Handelspartner Europas. Die NATO sollte die Plattform für regelmäßige sicherheitspolitische Konsultationen zwischen den liberalen Demokratien des euro-atlantischen und des indo-pazifischen Raums werden und so dazu beizutragen, das machtpolitische Ausgreifen Chinas politisch einzudämmen.

Zweifellos muss sich die NATO den Folgen der globalen Machtverschiebung wie auch der transnationalen, globalen Gefahren für sie selbst stellen. Aber sie bleibt die entscheidende euro-atlantische Organisation. Ihre Hauptaufgabe bleibt, für die Sicherheit und Stabilität dieses Großraums zu sorgen. Denn nach Auffassung der NATO-Verbündeten stellt Russland weiter eine Bedrohung für die euro-atlantische Sicherheit dar.⁹⁸ Die faktische militärische Allianz zwischen Russland und Belarus und die Verstärkung der militärischen Präsenz Russlands dort unterstreichen diese Feststellung. Belarus kommt nach Expertenurteil militärisch vor allem die Rolle eines Aufmarschraums für die russische Armee zu. Es hat in einem solchen Fall logistische Unterstützung für ein offensives Vorgehen Russlands sicherzustellen. Moskau hat damit begonnen, permanent russische Streitkräfte dort zu stationieren.⁹⁹ Der Schwerpunkt der NATO muss daher jetzt und in den kommenden Jahren die zügige und volle Implementierung ihres Programms zur durchgreifenden Stärkung ihres Abschreckungs- und Verteidigungsdispositivs bleiben. Vor diesem Hintergrund kommt es aus Sicht des Autors für die Weiterentwicklung der *NATO Posture* auf folgende Elemente besonders an:

Die Funktion der NATO als Forum für ständige Konsultationen zwischen den nordamerikanischen und europäischen Verbündeten muss signifikant gestärkt werden.

► Verstärkung der eFP im Baltikum

Die *Battlegroups* in den baltischen Staaten und Polen sollten zu richtigen Gefechtsverbänden weiterentwickelt, also mit den nötigen Kampf- und Einsatzunterstützungskräften verstärkt werden. Darüber hinaus sollten die *Battlegroups* in Estland, Lettland und Litauen um je eine US-amerikanische Kampfeinheit ergänzt werden, weil von ihnen eine besondere Abschreckungswirkung ausgeht. Vor allem sollte die künftige Planung diejenigen

Streitkräfte nach Umfang, Einsatzbereitschaft und Verfügbarkeit definieren, die für die rasche Verstärkung der Region in einer Krise oder im Krieg notwendig sind. Deutschland sollte national dafür Sorge tragen, den von der Bundeswehr geführten Gefechtsverband in einer Krise unverzüglich selbst verstärken zu können.

➤ **Schnelle Kräfte**

Mit der *NATO Readiness Initiative 4-30* haben sich die europäischen Verbündeten im Jahr 2018 verpflichtet, bis Ende des Jahres 2020 in einem ersten Schritt 30 Heeresbataillone, 30 Kampfflugzeug-Staffeln und 30 Kriegsschiffe von sehr hoher Einsatzbereitschaft bereitzustellen, die dazu fähig sind, innerhalb von 30 Tagen in einem Einsatzraum präsent zu sein. Dieses Zwischenziel hat die NATO erreicht. Der zweite Schritt ist noch wichtiger: Aus diesen Kräften sollen mehrere Brigaden, Geschwader und maritime Einsatzgruppen entwickelt werden, die sehr schnell in Einsatzräume verlegt werden können. Die bisherige NRF sollte in diesem ‚Pool‘ schneller Reaktionskräfte aufgehen. Dieser Prozess steht noch am Anfang. Das deutsche Heer plante, im Jahr 2023 die erste voll einsatzbereite Brigade bereitzustellen, die permanent über alle ihre Truppenteile verfügt und personell und materiell voll ausgestattet ist. Nach Lage der Dinge wird dieses Ziel wohl nicht erreicht. Dazu gehören auch moderne technologische Fähigkeiten, Cyberabwehr- und hochwertige Unterstützungsfähigkeiten (*strategic enablers*).

➤ **Regionale Pläne**

Seit 2019 verfügt die NATO wieder über eine Militärstrategie, die erste seit der Strategie der *Flexible Antwort* von 1968. Auf dieser Grundlage hat sie ein Gesamtkonzept für Abschreckung und Verteidigung für den gesamten euro-atlantischen Raum, also den Verantwortungsbereich des SACEUR, erarbeitet, das die Verteidigungsministerinnen und Verteidigungsminister im Oktober 2021 gebilligt haben.¹⁰⁰ Daraus werden detaillierte Eventualfallpläne für solche Regionen erarbeitet, in denen in einer Krise Bedrohungen für die Sicherheit der Verbündeten entstehen können, wie in Kapitel 3 gezeigt.¹⁰¹ Diese Eventualfallpläne werden die künftige Streitkräftestruktur der NATO und den Bedarf an voll einsatzbereiten Streitkräften für kollektive Verteidigung und für militärische Krisenintervention maßgeblich beeinflussen.

➤ **Rasche Verlegung von Truppen – *Military Mobility***

Die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung beruht darauf, bedrohte Verbündete in Randlage in Krise und Krieg so schnell wie möglich militärisch verstärken zu können. Dazu müssen alliierte militärische Verbände schnell quer durch Europa, über nationale Grenzen und Territorien hinweg und über große Entfernungen in ihre geplanten Einsatzräume verlegt werden können.



Military Mobility: Verlegung deutscher Kampfpanzer 2018

Dies muss auch im Frieden geübt werden. Auch die EU will ihre Krisenreaktionsfähigkeit durch schnelle Verlegung von Truppen erhöhen. NATO und EU haben dafür detaillierte Pläne aufgestellt. Die verantwortlichen Stäbe arbeiten zusammen, um die rechtlichen, infrastrukturellen, logistischen, prozeduralen und militärischen Bedingungen für *Military Mobility* in Europa zu schaffen.¹⁰² Die Europäische Kommission hat zugestimmt, die Verbesserung ziviler Infrastruktur, die für die Verlegung von militärischen Verbänden wesentlich ist (wie Straßen, Schienenwege, Brücken, Tunnel, Hafenanlagen, Landebahnen) mit den jeweils betroffenen Ländern gemeinsam zu finanzieren. *Military Mobility* in Europa ist ein Großprojekt und ein Modell für die Zusammenarbeit von NATO und EU, die von gemeinsamen Interessen geleitet ist. Die Aufgabe ist komplex und erfordert die Zustimmung aller Mitgliedsstaaten beider Organisationen. Das ist ein Grund, warum es insgesamt zu langsam vorangeht. Deutschland als operative „Drehzscheibe“ im Zentrum Europas sollte sich für die Beschleunigung des Projekts auch auf politischer Ebene besonders engagieren.

➤ **Hoher Norden und Arktis**

Steigende sicherheitspolitische Bedeutung wächst auch dem Hohen Norden und der Arktis zu. Das Abschmelzen des Eises im Arktischen Ozean infolge des Klimawandels öffnet mittelfristig den Zugang zu großen Öl- und Gasvorkommen und verkürzt den Seeweg von China nach Europa um rund 5.000 Kilometer. Damit entstehen einerseits neue wirtschaftliche Perspektiven. Andererseits könnte die Arktis zu einem neuen Schauplatz geopolitischer Konkurrenz und militärischer Spannungen werden. Russland hat seine militärische maritime Präsenz entlang der Nordost-Passage und im Europäischen Nordmeer bis zur sogenannten GIUK-Linie (*Greenland-Island-United Kingdom*) bereits deutlich verstärkt. China hat ein dezidiertes wirtschaftliches Interesse an der Region und sich zum „*Near-Arctic State*“ erklärt. Sollten Russland und

China übereinkommen, gemeinsam diesen Großraum militärisch zu kontrollieren, entstünde für die NATO im Hohen Norden ein weiteres strategisches Risiko, auf das sie sich einstellen und in ihre Eventualfallplanung aufnehmen sollte.¹⁰³

► Antwort auf Russlands Mittelstreckenwaffen

Auf die Stationierung von zielgenauen Mittelstreckenflugkörpern im westlichen Teil Russlands, die mit konventionellen oder nuklearen Sprengköpfen bestückt werden können, wird die NATO nicht mit der Stationierung von zusätzlichen Nuklearwaffen in Europa antworten (wie 1979 als Teil des damaligen NATO-Doppelbeschlusses). Vielmehr verlegt sie sich vor allem auf verstärkte Aufklärung, weitreichende, zielgenaue konventionelle Schlagkraft, Flug- und Raketenabwehr und den Erhalt funktionsfähiger nuklearer Mittel, die, wie erläutert, für die Glaubwürdigkeit der NATO-Abschreckung in Europa unverzichtbar bleiben.¹⁰⁴ Vor allem muss nach jahrelanger Konzentration auf Krisenbewältigung ohne Luftbedrohung in den Einsatzgebieten der Aufbau von Flug- und Raketenabwehrfähigkeiten in Deutschland und anderswo in Europa, auch gegen Drohnen, ein Schwerpunkt der Streitkräfteplanungen werden. Darüber hinaus sollte die NATO weitreichende, zielgenaue konventionelle Flugkörper beschaffen, um die russischen A2/AD-Kapazitäten ausschalten und die Fähigkeit Russlands zu einem konventionellen, regionalen Angriff wesentlich beeinträchtigen zu können.

► Rüstungskontrolle und Abrüstung

Die Präsidenten Biden und Putin haben sich Anfang des Jahres 2021 darauf verständigt, den New-START-Vertrag um fünf Jahre zu verlängern. Es ist zu hoffen, dass die USA und Russland bald in konkrete Verhandlungen eintreten mit dem Ziel, die Zahl der Nuklearwaffen beider Seiten weiter zu reduzieren. Aber es geht nicht nur um die Zahl von Atomsprengköpfen und Abschussystemen, sondern auch um die damit verbundenen strategischen Optionen. Ein neuer Vertrag sollte aus europäischer Sicht auch sub-strategische Waffen einschließen und zu einer überprüfbaren Reduzierung der russischen Systeme führen, die Europa bedrohen. Präsident Biden hat angekündigt, nukleare Abschreckung und Rüstungskontrolle mit den Verbündeten der USA zu konsultieren. Auch wenn die NATO als Ganze kein Verhandlungspartner ist, sollten die Bündnispartner sie als Forum nutzen, die Thematik eingehend zu erörtern und eine gemeinsame Position zu entwickeln.

► Nukleare Teilhabe

Wie in Kapitel 3 gezeigt, muss angesichts der russischen Doktrin, Nuklearwaffen als operative Mittel auch für regionale Kriegsführung vorzusehen, die Abschreckungsstrategie der NATO auch die



Präsident Joe Biden und Präsident Vladimir Putin in Genf 2021

Fähigkeit umfassen, eine entsprechende russische Drohung zu konterkarieren. US-Amerikanische Atombomben in Europa und europäische Trägermittel stellen die einzige gemeinsame nukleare Abschreckungsoption unterhalb der nuklearstrategischen Ebene dar. In den Augen russischer Strategen verbinden sie, strategisch gesehen, das europäische mit dem nordamerikanischen Territorium zu einem gemeinsamen Sicherheitsraum. Sie untermauern die „strategische Einheit“ des Bündnisgebiets und verhindern dessen Teilung in zwei Zonen unterschiedlicher Sicherheit. Dies macht den eigentlichen Kern der Abschreckung der NATO aus. Die Nukleare Teilhabe bleibt daher ein zentrales, unverzichtbares Element der NATO-Strategie. Ihre Funktionsfähigkeit muss durch glaubwürdige materielle Ausstattung und durch Übungen demonstriert werden. Deutschland muss daher unverzüglich über die Nachfolge für das veraltete Waffensystem Tornado entscheiden, welche die uneingeschränkte Teilnahme an der Nuklearen Teilhabe in der NATO gewährleistet.

Strategische Lastenteilung – Die Verantwortung der Europäer

Angesichts der wachsenden Großmachtkonkurrenz weltweit und der Gesamtheit und Gleichzeitigkeit der Risiken und Gefahren, denen die transatlantische Gemeinschaft als Ganze ausgesetzt ist, muss es zu einer neuen transatlantischen Übereinkunft kommen. Die militärische Präsenz der USA in Europa und ihre erweiterte nukleare Abschreckung bleiben für die Sicherheit Europas unverzichtbar – als Gegengewicht zu Russlands wachsendem, gegen Europa gerichteten militärischen Potential. Auf der anderen Seite bleibt der gesicherte Zugang zu und die Partnerschaft mit Europa eine wesentliche Grundlage für die Weltmachtrolle der USA gegenüber den beiden autoritären Großmächten Russ-

land und China. Europa und die USA sind füreinander der jeweils größte Handelspartner. Zusammen erwirtschaften sie rund die Hälfte des Weltsozialprodukts. Damit dies aus amerikanischer Sicht so bleibt, muss ganz Europa frei und stabil bleiben und daher sicher vor russischer und chinesischer Einflussnahme und Kontrolle. Zudem bildet Europa, vor allem Deutschland, die logistische Basis für militärische Einsätze der USA im Nahen und Mittleren Osten. Eine europäische militärische Macht zu bleiben liegt also auch im strategischen Interesse der USA.

Präsident Biden hat daher entschieden, entgegen der Anordnung seines Vorgängers die US-Streitkräfte in Europa nicht zu verringern. In Deutschland haben die USA ihre Truppen noch um ein Kontingent von rund 500 Soldaten und Soldatinnen aufgestockt. Die USA bleiben eine atlantische und pazifische Macht. Aber Umfang und Fähigkeiten der US-Streitkräfte in Europa werden vermutlich begrenzt bleiben. Ein Großteil der Streitkräfte und militärischen Fähigkeiten der USA wird künftig wohl für Einsatzoptionen im Fernen Osten vorgesehen. Für zwei gleichzeitige Großeinsätze, in Europa gegen Russland und in Asien gegen China, reichen aber auch die US-Streitkräfte nicht aus. Die europäischen Verbündeten, mit Deutschland an erster Stelle, werden die USA daher im euro-atlantischen Raum entlasten müssen.

Die europäischen Verbündeten, mit Deutschland an erster Stelle, müssen die USA im euro-atlantischen Raum entlasten.

Auf der Grundlage der Parameter, die für gerechte Lastenteilung in der NATO vereinbart sind, wie in Kapitel 3 dargestellt, gilt die Abmachung, dass die USA planerisch rund 50 Prozent der Streitkräfte und Hochwert-Fähigkeiten stellen, welche die NATO für alle ihre politisch vorgegebenen Aufgaben braucht. Denn die USA verfügen etwa über die gleiche Wirtschaftskraft wie die europäischen Verbündeten und Kanada zusammen. Bei einer Reihe von unverzichtbaren Hochwertfähigkeiten – wie weitreichende Aufklärung, Unterdrückung feindlicher Luftabwehr, weitreichende, zielgenaue Flugkörper, elektronischer Kampf und vor allem Abwehr ballistischer Raketen – stellen die USA aber immer noch etwa 60–70 Prozent. Sie werden daher auch unter Präsident Biden auf einer fairen Verteilung der Lasten bestehen, aber in einem weiter gesteckten Rahmen als bisher. Künftig müssen die europäischen Nationen weit mehr für ihre eigene und die transatlantische Sicherheit tun. Sie sollten in der NATO also mindestens die Hälfte der benötigten Streitkräfte und Hochwert-

fähigkeiten, der *Strategic Enablers*, stellen, die das Bündnis für alle seine Aufgaben benötigt, die ihm die Regierungen vorgeben. Sie müssen ihre Fähigkeiten erheblich verstärken, die für die glaubwürdige konventionelle Verteidigung in Europa an der Seite der US-Streitkräfte erforderlich sind. Sie sollten darüber hinaus auch mehr Verantwortung in Krisenregionen in der europäischen Peripherie übernehmen, beispielsweise im Mittelmeerraum Nordafrikas und des Nahen Ostens. Sie werden die USA auch darin unterstützen müssen, die internationalen Seewege zu schützen, die gerade für Europas Wirtschaft von zentraler Bedeutung sind. Dadurch entlasten sie die USA in Europa und erleichtern es ihnen, sich auf den Indo-Pazifik zu konzentrieren und dort die Interessen der Demokratien zu schützen.

Die neue Konstellation muss auch dazu führen, dass NATO und EU ihre Zusammenarbeit weiter steigern. Sie hat in den vergangenen Jahren große Fortschritte gemacht. Auf der Grundlage einer Gemeinsamen Erklärung (*Joint Declaration*) von 2018 zwischen dem Präsidenten des Europäischen Rats, dem Präsidenten der Europäischen Kommission und dem NATO-Generalsekretär arbeiten EU und NATO auf zahlreichen Feldern zusammen, an denen sie ein gemeinsames Interesse haben und auf denen sie den gewachsenen Gefahren, denen die NATO und die EU gleichermaßen ausgesetzt sind, gemeinsam begegnen wollen. Dazu gehören hybride Bedrohungen, Schutz gegen Cyber-Angriffe, militärische Fähigkeitsentwicklung, Verlegung von Streitkräften, maritime Sicherheit und der Aufbau von Verteidigungskapazitäten von Partnerstaaten. Diese Kooperation umfasst heute 74 konkrete Projekte.

Aber die neue Lage verlangt einen neuen, innovativen Schritt. Die europäischen Nationen in der NATO sollten ein multinationales Streitkräftekontingent nach Quantität und Qualität definieren, das sie gemeinsam für das gesamte Aufgabenspektrum brauchen, um die USA wirkungsvoll zu ergänzen – von kollektiver Verteidigung bis zu militärischer Krisenbewältigung. Sie sollten dies als gemeinsam handlungsfähiger Akteur und Partner der USA auf Augenhöhe und in Abstimmung mit ihnen tun, nicht ohne oder gegen sie. Bereits bestehende multinationale Streitkräftestrukturen wie die integrierten deutsch-niederländischen Heeresverbände oder das integrierte Europäische Lufttransportkommando, das den Einsatz der militärischen Transportflugzeuge von sechs europäischen Nationen regelt, sollten dafür genutzt werden. Dieser Ansatz würde der allseits geforderten Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der transatlantischen Gemeinschaft dienen, die nicht mit einer „strategischen Autonomie der EU“ zu verwechseln ist. Letztere ist, wenn sie als strategische Unabhängigkeit von den USA definiert wird, weder realistisch noch aus Sicht der meisten

Europäer wünschenswert, weil Sicherheit und Stabilität in Europa ohne die USA auf absehbare Zeit nicht gewährleistet werden können.

Allerdings müssen die europäischen Staaten künftig zu einem anspruchsvollen Evakuierungseinsatz wie dem in Afghanistan und zu militärischer Krisenintervention auch ohne die USA in der Lage sein. Ein Gutteil der Fähigkeiten, die ein europäisches Streitkräftekontingent im Rahmen der NATO bereitstellen könnte, würde praktisch auch das ‚Reservoir‘ an militärischen Kräften und Fähigkeiten bilden, dessen sich die EU für zivil-militärische Kriseneinsätze bedienen könnte, da 21 NATO-Nationen zugleich EU-Mitglieder sind. Großbritannien, Schweden und Finnland könnten diese weiter ergänzen. Die Stärkung des „europäischen Pfeilers“ der NATO und andererseits der militärischen Handlungsfähigkeit der EU würden miteinander verbunden. Die EU sollte die dazu notwendige militärische Führungsfähigkeit entwickeln. Sie sollte aber auch mit ihren Instrumenten und Ressourcen, vor allem durch gemeinsame Verteidigungsprojekte im Rahmen der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit (englisch: *Permanent Structured Cooperation, PESCO*) und abgestimmt mit der NATO-Streitkräfteplanung, gezielt helfen, militärische Fähigkeiten zu entwickeln, die nicht nur für zivil-militärisches Krisenmanagement, sondern auch für anspruchsvolle Verteidigungsoperationen im Rahmen der NATO taugen. Die Europäische Verteidigungsagentur hat aufgrund ihrer Analyse der nationalen Interessen, Prioritäten und rüstungsindustriellen Kapazitäten der Europäer in der EU sechs „Focus Areas“ für kooperative Fähigkeitsentwicklung identifiziert (*Main Battle Tank; Soldier System; European Patrol Class Surface Ship; Counter UAV/Anti-Access/Area Denial; Defence in Space; und Enhanced Military Mobility*), die auch der NATO zugutekommen, wenn sie realisiert werden. Das Schaffen der Bedingungen für schnelles Verlegen von Streitkräften quer durch Europa über nationale Grenzen hinweg, zu Lande, in der Luft und auf dem Seeweg, wie auch der Ausbau der erforderlichen Verkehrsinfrastruktur haben dabei höchste Priorität.

Das neue Strategische Konzept der NATO wird für die weitere Entwicklung der NATO-Streitkräfte politische Vorgaben machen. Gleichzeitig wird in der EU mit dem *Strategic Compass* zum ersten Mal eine umfassende Analyse der zentralen Risiken und Bedrohungen erarbeitet, mit denen sich die EU konfrontiert sieht: globale und regionale Bedrohungen, Konflikte in der Nachbarschaft der EU und Herausforderungen, die von staatlichen wie auch von nicht-staatlichen Akteuren ausgehen. Der *Strategic Compass* definiert die Ziele und Mittel, welche die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU verfolgen soll, vor allem in den Feldern Krisenmanagement, Resilienz, Fähigkeiten

und Mittel sowie Partnerschaften. Man sollte annehmen, dass sich die Analysen der sicherheitspolitischen Lage von NATO und EU und der daraus folgenden Erfordernisse für die Sicherheit der Europäer nicht wesentlich unterscheiden. Die Schlussfolgerungen und Handlungsanweisungen des *Strategic Compass* der EU sollten daher das Strategische Konzept der NATO komplementär ergänzen. Dafür sollten vor allem diejenigen Nationen sorgen, die Mitglied beider Organisationen sind, vor allem Deutschland, das aufgrund seiner zentralen Lage und Sicherheitsinteressen das entscheidende ‚Verbindungsstück‘ zwischen NATO und EU ist.

Für die Entwicklung der NATO in diesem Jahrzehnt kommt Deutschland eine Vorreiterrolle zu, daher muss die Bundeswehr schnellstmöglich voll einsatzbereit gemacht werden.

Deutschlands Verantwortung

Deutschland kommt für die Entwicklung der NATO in diesem Jahrzehnt eine Vorreiterrolle zu, gerade auch aus Sicht seiner nordamerikanischen und europäischen Verbündeten. Wie nur wenige andere europäische Nationen hat Deutschland, in der Mitte Europas gelegen, ein elementares Interesse daran, dass Europa geeint und stabil bleibt und die USA mit Truppen in Europa bleiben. Die globale Großmächte-Konkurrenz verlangt aber einen ganzheitlichen Blick auf Sicherheit und Stabilität. Transatlantische und deutsche Sicherheit hängen von beiden ab: den Entwicklungen in der euro-atlantischen wie auch in der indo-pazifischen Region. Sie erfordern strategisches Denken in globalen, geopolitischen Kategorien und den Mut, die richtigen Schlussfolgerungen zu ziehen, sie öffentlich zu erklären und durchzusetzen.

Die Bundeswehr muss daher so rasch wie möglich voll einsatzbereit gemacht werden. Die Bundesregierung muss die NATO-Streitkräfteziele ohne Einschränkungen umsetzen, zumal Berlin sie alle akzeptiert hat. Die Herstellung der vollen Einsatzbereitschaft der Bundeswehr ist der Grund, weswegen der Verteidigungshaushalt im kommenden Jahrzehnt Jahr für Jahr weiter signifikant wachsen muss. Die in der NATO von allen Staats- und Regierungschefs getroffene 2%-Vereinbarung betrachten die USA und viele europäische Bündnispartner, vor allem jene aus Mittelosteuropa, als Ausweis der Ernsthaftigkeit und Verlässlichkeit Deutschlands darin, seine verteidigungspolitischen Verpflichtungen und Zusagen zu erfüllen und seiner Mitverantwortung für

die Stärkung der NATO, wie auch der militärischen Handlungsfähigkeit der EU, gerecht werden zu wollen. Die Bundeswehr muss neben den US-Streitkräften in Europa eine führende Rolle für Verteidigung und Abschreckung in der NATO übernehmen. Beide zusammen müssen das Rückgrat der konventionellen Verteidigung in Europa bilden.

Darüber hinaus muss Deutschland an der Nuklearen Teilhabe festhalten. Die Verbündeten haben entschieden, dass die NATO ein nukleares Bündnis bleibt, solange es Nuklearwaffen gibt.

Nukleare Abschreckung dient der Kriegsverhinderung und schützt vor Aggression und Nötigung. Nukleare Teilhabe ist der manifeste Ausweis bewusster Risikoteilung und Solidarität zwischen US-Amerikanern und Europäern, auch im äußersten Fall. Deutschlands Beitrag zur Nuklearen Teilhabe ist ein unverzichtbares Element gemeinsamer Sicherheit. Für die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit dieser Nuklearen Teilhabe und für den Zusammenhalt des Bündnisses ist es von ausschlaggebender Bedeutung, dass Deutschland als die europäische Zentralmacht dazu weiter und ohne Einschränkungen beiträgt.

⁷⁹ Es geht um die Konkurrenz der politischen, wirtschaftlichen und ideologischen Systeme.

⁸⁰ Mitglieder sind neben China die folgenden Länder: Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Griechenland, Kroatien, Lettland, Montenegro, Nordmazedonien, Polen, Rumänien, Serbien, die Slowakei, Slowenien, Tschechien und Ungarn. Litauen hat zwischenzeitlich seinen Austritt aus dem Konsultationsformat erklärt.

⁸¹ Meier, Albrecht: „So will sich die EU gegen China wehren“, in: Der Tagesspiegel vom 14.09.2020. Die gleiche Reederei wird sich mit 35 Prozent am Containerterminal Tollerort des Hamburger Hafens beteiligen, siehe Müßgens, Christian: Chinas Staatsreederei kauft sich im Hamburger Hafen ein, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.09.2021

⁸² Hier und im Folgenden siehe Kirchberger, Sarah: Chinas militärischer Aufstieg, in: Politische Meinung Nr. 565, November/Dezember 2020, S. 39-44

⁸³ Siehe beispielsweise Hermann, Rainer: Mit Öltankern und Kriegsschiffen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2021

⁸⁴ Ministry of Foreign Affairs of the People's Republic of China, „Xi Jinping Holds Talks with President Vladimir Putin of Russia“, 06.06.2019

⁸⁵ Kendall-Taylor, Andrea und Shullman, David O.: China's and Russia's dangerous convergence, in: Foreign Affairs, May 3, 2021

⁸⁶ European Commission & High Representative of the Union: Joint Communication to the European Parliament, the European Council and the Council, EU-China – A Strategic Outlook, Strasbourg, 12.3.2019, JOIN(2019) 5 final

⁸⁷ Michael Rühle: Die NATO und der Klimawandel, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 27.09.2021

⁸⁸ The Economist: „Emmanuel Macron warns Europe: NATO is becoming brain-dead“, Interview, Nov 7, 2019

⁸⁹ Im östlichen Mittelmeerraum standen die Türkei und Griechenland wegen ihres Disputs um Rechte an der Erschließung der dortigen Öl- und Gasfelder und dann auch Frankreich, das sich zum Eingreifen veranlasst sah, im Sommer und Herbst 2020 an der Schwelle zu einem Waffengang.

⁹⁰ Bundeskanzlerin Merkel erklärte beim Gipfeltreffen der NATO in Brüssel im Jahr 2018, Deutschland strebe an, bis zum Jahr 2024 das Ziel zu erreichen, 1,5 % des Bruttoinlandsproduktes (BIP) für Verteidigung aufzuwenden, halte aber am 2 %-Ziel fest. 2018 stand Deutschland bei 1,25 %; siehe Kapitel 3.

⁹¹ NATO 2030: United for a New Era – Analysis and Recommendations of the Reflection Group appointed by the NATO Secretary General, 25 November 2020

⁹² NATO: Brussels Summit Communiqué 2021, a.a.O., besonders Paragraph 6. et passim; sowie NATO: NATO 2030 Factsheet

⁹³ Diese Baseline Requirements sind: Assured continuity of government and critical government services; resilient energy supplies; ability to deal effectively with the uncontrolled movement of people; resilient food and water resources; ability to deal with mass casualties; resilient communications systems; and resilient transportation systems, siehe NATO: Resilience and Article 3

⁹⁴ Für dieses Projekt hat die NATO sieben für sie kritische EDT identifiziert: artificial intelligence, big-data processing, quantum-enabled technologies, autonomy, biotechnology, hypersonics und space, siehe Vivienne Machi: NATO hopes to launch new defense tech accelerator by 2023, in: Defence News, 22 June 2021

⁹⁵ Dies könnte besonders dann relevant werden, wenn Afghanistan unter den Taliban erneut zu einem Aufenthaltsort von terroristischen Organisationen werden sollte.

⁹⁶ Gemeinschaftlich finanziert werden nach einem vereinbarten Schlüssel das Civil Budget, das Military Budget und das NATO Security Investment Programme. Deutschlands Anteil von 16,35 Prozent entspricht dem der USA.

⁹⁷ Siehe dazu auch Kirchberger, Sarah, a.a.O., S. 44

⁹⁸ NATO: Brussels Summit Communiqué 2021, a.a.O., Paragraph 3

⁹⁹ Muzyka, Konrad: The Belarusian Armed Forces – Structures, Capabilities and Defence Relations with Russia, ICDS, Tallinn, August 2021

¹⁰⁰ Die Area of Responsibility (AOR) des SACEUR reicht vom Nordpol bis zum Wendekreis des Krebses und von der Ostküste Nordamerikas bis zur Ostgrenze der NATO in Europa.

¹⁰¹ Diese Regionen reichen von Nordnorwegen, dem Europäischen Nordmeer und dem Nordatlantik über den Ostsee- und Schwarzmeer-Raum bis zur Mittelmeer-Region Nordafrikas und des Nahen Ostens.

¹⁰² Für einen Überblick über die Thematik, die laufenden Arbeiten und den Handlungsbedarf siehe: Brauß, Heinrich; Hodges, Ben; Lindley-French; Julian: Moving Mountains for Europe's Defence, CEPA Military Mobility Project, Washington, D.C., March 2021

¹⁰³ Lindley-French, Julian: Honest Broker? The EU, Strategic Autonomy and Security in the Future Arctic. A Report for the European Parliament Committee on Foreign Affairs, Brussels, May 2021; Michael Rühle a.a.O.

¹⁰⁴ Siehe NATO: Press Conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of NATO Defence Ministers, Brussels, 26 June 2019

SCHLUSSBETRACHTUNG

Die Nordatlantische Allianz besteht heute mehr als 70 Jahre. Jedes andere Bündnis in der Geschichte zerfiel, als sein ursprünglicher Zweck erreicht war. Die NATO dagegen hat nicht nur die vielen sicherheitspolitischen Zäsuren und Epochenwechsel seit 1949 überstanden, sondern selbst auch mitgestaltet. Erst hat sie Freiheit und Frieden Westeuropas im Kalten Krieg gesichert. Dann hat sie entscheidend dazu beigetragen, eine Friedensordnung für ganz Europa zu errichten. Durch die Öffnung für neue Mitglieder hat sie gemeinsam mit der EU zur Stabilität in ganz Europa beigetragen. Sie hat dann ihren Wirkungsbereich weiter ausgedehnt durch Krisenbewältigung außerhalb ihrer Grenzen, zunächst in Europa, dann in entfernten Regionen, um Krisen und Konflikte von Europa fernzuhalten. Seit 2014 hat sie ihre Hauptfunktion neu belebt: Abschreckung, Schutz und Verteidigung der Bündnispartner gegen äußere Bedrohungen unter grundlegend veränderten Bedingungen.

Die NATO hat dabei große Erfolge errungen, aber auch Rückschläge erlitten. Russland hat nach Jahren zunehmender Zusammenarbeit im Jahr 2014 fundamental gegen die gemeinsam errichtete Europäische Friedensordnung verstoßen und sich damit einer Partnerschaft verweigert. Daraus resultierten große Gefahren für Europa. Das Ende des Einsatzes in Afghanistan war eine politisch-strategische Niederlage, die das Konzept des Stabilitätstransfers in außereuropäische Regionen in Frage stellt und aus der die Verbündeten Lehren ziehen müssen.

Gleichwohl zeigt die Geschichte der Allianz die besonderen Stärken des politisch-militärischen Bündnisses zwischen Nordamerika und Europa: die gleichberechtigte Integration von ‚großen‘ und ‚kleinen‘ Nationen, das ungeteilte Schutzversprechen für jeden Bündnispartner durch alle anderen und das am Ende stets erfolgreiche Ringen um Konsens der Alliierten. Sie alle sind für den Zusammenhalt der Allianz, ihre internationale Glaubwürdigkeit und Handlungsfähigkeit entscheidend. Die NATO ist dabei von ursprünglich zwölf auf heute 30 Nationen gewachsen, und weitere Staaten wollen beitreten.

Angesichts des Aufstiegs Chinas zur Weltmacht und zum systemischen Rivalen der transatlantischen Gemeinschaft steht die NATO heute vor der Aufgabe, zur Bewältigung globaler, geopolitischer Herausforderungen und nationale Grenzen überschreitender Gefahren beizutragen. Die europäischen Verbündeten müssen dafür ihre Gemeinsamkeit stärken, gemeinsam erheblich mehr für die Kernaufgaben der Allianz aufbringen und ein gleichwertiger Partner der USA werden – in der NATO und in der EU und durch eine effektive Zusammenarbeit zwischen beiden. Dann stehen die Chancen gut, dass sich die transatlantische Allianz auch den neuen Herausforderungen gewachsen zeigt.

QUELLENVERZEICHNIS

ALBERQUE, William: 'Substantial Combat Forces' in the Context of NATO-Russia Relations, NATO Defense College, Research Paper No 131, Rome, June 2016, <https://www.ndc.nato.int/news/news.php?icode=962#>

AUSWÄRTIGES AMT: Gemeinsame Erklärung der USA und Deutschlands zur Unterstützung der Ukraine, der europäischen Energiesicherheit und unserer Klimaziele, Pressemitteilung am 21.07.2021, <https://www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/gemeinsame-erklaerung-usa-und-deutschland/2472074>

ASMUS, Ronald D.: Opening NATO's Door, New York 2002

BARRIE, Douglas et al: European Defence Policy in an Era of Renewed Great-Power Competition, International Institute for Strategic Studies, London, February 2020, <https://www.iiss.org/blogs/research-paper/2020/02/the-future-of-european-defence>

BIDEN, Joseph R.: Interim National Security Strategic Guidance, The White House, March 2021, <https://www.whitehouse.gov/wp-content/uploads/2021/03/NSC-1v2.pdf>

BJERG MOLLER, Sara: Five Myths About NATO and Afghanistan; Lawfare, Foreign Policy Essay, September 5, 2021, <https://www.lawfareblog.com/five-myths-about-nato-and-afghanistan>

BRAUSS, Heinrich: NATO Beyond 70 – Renewing a Culture of Readiness, International Centre for Defence and Security, Tallinn, November 2018, <https://icds.ee/en/nato-beyond-70-renewing-a-culture-of-readiness/>

BRAUSS, Heinrich, KRAUSE, Joachim: Was will Russland mit den vielen Mittelstreckenwaffen? In: SIRIUS 2019, Band 3, Heft 2, S. 154–166, <https://doi.org/10.1515/sirius-2019-2005>

BRAUSS, Heinrich, STOICESCU, Kaleb, LAWRENCE, Tony: Capability and Resolve - Deterrence, Security and Stability in the Baltic Region, Policy Paper, International Centre for Defence and Security, Tallinn 2020, https://icds.ee/wp-content/uploads/2020/02/ICDS_Policy_Paper_Capability_and_Resolve_Brauss_Stoicescu_Lawrence_February_2020.pdf

BRAUSS, Heinrich, HODGES, Ben, LINDLEY-FRENCH, Julian: Moving Mountains for Europe's Defence, CEPA Military Mobility Project, Washington D.C., March 2021

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: Vor fünf Jahren – Beginn des Kaukasuskriegs, 8.8.2013, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/166356/kaukasuskrieg-08-08-2013>

BUNDESZENTRALE FÜR POLITISCHE BILDUNG: SALT-II-Vertrag zur Rüstungsbegrenzung, 13.6.2019, <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/292612/salt-ii-vertrag-18-06-2019>

BUSH, George H.W.: Europe Whole and Free - Remarks to the Citizens in Mainz/Federal Republic of Germany, May 31, 1989, veröffentlicht durch die U.S.-Botschaft in Deutschland, <https://usa.usembassy.de/etexts/ga6-890531.htm>

CHURCHILL, Winston: Rede im britischen Unterhaus (House of Commons) am 1. März 1955, in: International Churchill Society, Never Despair; <https://winstonchurchill.org/resources/speeches/1946-1963-elder-statesman/never-despair/>

DĘBSKI, Sławomir, HAMILTON, Daniel S. (eds.): Europe Whole and Free: Vision and Reality, Warszawa/Washington D.C. 2019

DOMRÖSE, Hans-Lothar: Unsere Soldaten haben ihr Wertvollstes gegeben – ihr Leben, Interview in der Berliner Zeitung, 11.09.2021, <https://www.berliner-zeitung.de/wochenende/unsere-soldaten-haben-ihr-wertvollstes-gegeben-ihr-leben-li.181499?pid=true>

EEAS: EU Defence – Factsheet: Towards a Strategic Compass, https://eeas.europa.eu/sites/default/files/towards_a_strategic_compass.pdf

EUROPÄISCHER RAT: Ein sicheres Europa in einer besseren Welt, Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel 2003

EUROPEAN COMMISSION & HIGH REPRESENTATIVE OF THE UNION: Joint Communication to the European Parliament, the European Council and the Council, EU-China – A Strategic Outlook, Strasbourg, 12.03.2019, JOIN(2019) 5 final, <https://ec.europa.eu/info/sites/default/files/communication-eu-china-a-strategic-outlook.pdf>

EUROPEAN DEFENCE AGENCY: CARD, Results of the first Coordinated Annual Review on Defence, Fact Sheet, 20 November 2020, <https://eda.europa.eu/docs/default-source/eda-factsheets/2020-11-20-card-factsheet-final.pdf>

EUROPEAN UNION: Shared Vision, Common Action: A Stronger Europe – A Global Strategy for the European Union's Foreign and Security Policy, Brussels 2016, https://eeas.europa.eu/sites/default/files/eugs_review_web_0.pdf

GADY, Franz-Stefan: Krieg um Berg-Karabach 2020: Implikationen für Streitkräftestruktur und Fähigkeiten der Bundeswehr, Arbeitspapiere Sicherheitspolitik 3/21, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin 2021, <https://www.baks.bund.de/de/arbeitspapiere/2021/krieg-um-berg-karabach-2020-implikationen-fuer-streitkraeftestruktur-und>

GÖRTEMAKER, Manfred: Ursachen und Entstehung des Kalten Krieges, Informationen zur politischen Bildung, Heft 245, 09.07.2004, <https://www.bpb.de/izpb/10328/ursachen-und-entstehung-des-kalten-krieges?p=all>

HAFTENDORN, Helga: Entstehung und Bedeutung des Harmel-Berichts der NATO von 1967, Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, Jahrgang 40, Heft 2, 1992, S. 170

HAMILTON, Daniel S., SPOHR, Kristina (eds.): Open Door – NATO and Euro-Atlantic Security after the Cold War, Washington D.C. 2019

HECHT, Tobias: Die Haltung der USA zu NATO-Erweiterung. Strategie, Pragmatik und Weltordnung in den Jahren nach dem Ost-West-Konflikt, in: Schriftenreihe des Zentrums für Interdisziplinäre Regionalstudien, Band 5, Halle an der Saale 2014

HERRMANN, Rainer: Mit Öltankern und Kriegsschiffen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21.01.2021, <https://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/china-versucht-im-nahen-osten-militaerisch-fuss-zu-fassen-17156334.html>

JOHNSON, Dave: Review of Speech by General Gerasimov at the Russian Academy of Military Science, NATO Defense College, Russian Studies Series 4/19, Rome, 2 March 2019, <https://www.ndc.nato.int/research/research.php?icode=585>

KÄPPNER, Joachim: Worum es bei der Debatte um bewaffnete Drohnen geht, in: Süddeutsche Zeitung vom 02.01.2021, <https://www.sueddeutsche.de/politik/drohnen-bundeswehr-spd-1.5160969>

KENDALL-TAYLOR, Andrea, SHULLMAN, David: China's and Russia's dangerous convergence, in: *Foreign Affairs*, May 3, 2021, <https://www.cnas.org/publications/commentary/china-and-russias-dangerous-convergence>

KIRCHBERGER, Sarah: Chinas militärischer Aufstieg, in: *Die Politische Meinung*, Nr. 565, November/Dezember 2020

KOFMAN, Michael, CONELLY, Richard: Why Russian military expenditure is much higher than commonly understood (as is China's), in: *War on the Rocks*, 16 December 2019, <https://warontherocks.com/2019/12/why-russian-military-expenditure-is-much-higher-than-commonly-understood-as-is-chinas/>

KRAMP-KARRENBauer, Annegret: Dritte Grundsatzrede der Verteidigungsministerin, Führungsakademie der Bundeswehr, Hamburg, 18. Juni 2021; <https://www.bmvg.de/de/aktuelles/dritte-grundsatzrede-verteidigungsministerin-akk-5096500>

LEERSCH, Hans-Jürgen: Putins Paukenschlag, in: *Die Welt* vom 12.02.2007, <https://www.welt.de/politik/article698527/Putins-Paukenschlag.html>

LINDLEY-FRENCH, Julian: Honest Broker? The EU, Strategic Autonomy and Security in the Future Arctic. A Report for the European Parliament Committee on Foreign Affairs, Brussels, May 2021

MACHI, Vivienne: NATO hopes to launch new defense tech accelerator by 2023, in: *Defence News*, 22 June 2021, <https://www.defensenews.com/global/europe/2021/06/22/nato-hopes-to-launch-new-defense-tech-accelerator-by-2023/>

MEIER, Albrecht: So will sich Brüssel gegen Peking wehren, in: *Der Tagesspiegel* vom 14.09.2020, <https://www.tagesspiegel.de/politik/eu-china-gipfel-so-will-sich-bruessel-gegen-peking-wehren/26182334.html>

MINISTRY OF FOREIGN AFFAIRS OF THE PEOPLE'S REPUBLIC OF CHINA: Xi Jinping Holds Talks with President Vladimir Putin of Russia, 06.06.2019, https://www.fmprc.gov.cn/mfa_eng/topics_665678/xjpcfslsgjjlt/t1671019.shtml

MÜSSGENS, Christian: Hamburg öffnet sich für China, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 19.08.2021, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/hamburger-hafen-oeffnet-sich-fuer-chinesische-beteiligung-17490760.html>

MUZYZKA, Konrad: The Belarusian Armed Forces – Structures, Capabilities and Defence Relations with Russia, ICDS, Tallinn, August 2021, <https://icds.ee/en/the-belarusian-armed-forces-structures-capabilities-and-defence-relations-with-russia/>

NATO: The Future Tasks of the Alliance. Report of the Council – 'The Harmel Report', 13 Dec 1967, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_26700.htm

NATO: Declaration on a Transformed North Atlantic Alliance issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in London, 5 to 6 Jul. 1990, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23693.htm

NATO: The Alliance's New Strategic Concept agreed by the Heads of State and Government participating in the Meeting of the North Atlantic Council, London, 07 – 08 November 1991 https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23847.htm

NATO: Final Communiqué of the Ministerial Meeting of the North Atlantic Council, Oslo, 04.06.1992, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23983.htm

NATO: Final Communiqué of the Ministerial meeting of the North Atlantic Council, 17.12.1992, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_23972.htm

NATO: Partnership for Peace: Invitation Document, 10/11 January 1994, https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_24468.htm

NATO: Study on NATO Enlargement, Brussels, 03.09.1995, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_24733.htm

NATO: Founding Act on Mutual Relations, Cooperation and Security between NATO and the Russian Federation signed in Paris, France, 27 May 1997, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_25468.htm

NATO: The Alliance Strategic Concept Approved by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Washington D.C., 24 April 1999, https://www.nato.int/cps/en/natolive/official_texts_27433.htm

NATO: A more Ambitious and Expanded Framework for the Mediterranean Dialogue, 28.06.2004, <https://www.nato.int/docu/comm/2004/06-istanbul/docu-meddl.htm>

NATO: Active Engagement, Modern Defence. Strategic Concept 2010 for the Defence and Security of the Members of the North Atlantic Treaty Organisation, Lisbon, 19/20 November 2010, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_publications/20120214_strategic-concept-2010-eng.pdf

NATO: Chicago Summit Declaration Issued by the Heads of State and Government participating on the meeting of the North Atlantic Council in Chicago on 20 May 2012, Press Release (2012) 062, Chicago, 20 May 2012, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_87593.htm?selectedLocale=en

NATO: Deterrence and Defence Posture Review, Chicago, 20 May 2012, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_87597.htm

NATO: Wales Summit Declaration Issued by Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Wales, Press Release (2014) 120, Brussels, 5 Sep. 2014, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_112964.htm

NATO: Multinational Projects, Media Backgrounder, June 2014, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/pdf_2014_06/20140602_140602-Media-Backgrounder_Multi-1.pdf

NATO: Warsaw Summit Communiqué Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Warsaw 8-9 July 2016, Press Release (2016) 100, Warsaw, 8 Jul. 2016, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_133169.htm

NATO: Smart Defence, 17 February 2017, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_84268.htm

NATO: Joint Declaration on EU-NATO Cooperation by the President of the European Council, the President of the European Commission, and the Secretary General of the North Atlantic Treaty Organization, Press Release (2018) 095, 10 Jul. 2018, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156626.htm

NATO: Brussels Summit Declaration Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels, 11-12 July 2018, Press Release PR/CP(2018)074, 11 July 2018, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_156624.htm

NATO: Press Conference by NATO Secretary General Jens Stoltenberg following the meeting of NATO Defence Ministers, Brussels, 26 Jun. 2019, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_167072.htm

NATO: Istanbul Cooperation Initiative (ICI). Reaching out to the broader Middle East, 05.12.2019, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_58787.htm

NATO: London Declaration Issued by Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in London 3-4 December 2019, Press Release (2019) 115, 04 Dec 2019, https://www.nato.int/cps/en/natohq/official_texts_171584.htm

- NATO:** Euro-Atlantic Partnership Council, 19.03.2020, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_49276.htm
- NATO:** Membership Action Plan (MAP), Brussels, 23 March 2020, https://www.nato.int/cps/en/natolive/topics_37356.htm
- NATO:** Remarks by NATO Secretary General Jens Stoltenberg on launching #NATO 2030 - Strengthening the Alliance in an increasingly competitive world, Brussels, 8 June 2020, https://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_176197.htm
- NATO 2030:** United for a New Era – Analysis and Recommendations of the Reflection Group appointed by the NATO Secretary General, 25 November 2020, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2020/12/pdf/201201-Reflection-Group-Final-Report-Uni.pdf
- NATO:** Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2021), 11 Jun. 2021, Press Release (2021) 094, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/6/pdf/210611-pr-2021-094-en.pdf
- NATO:** Enhanced Forward Presence – Map (7 April 2021), https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/4/pdf/210407-MAP-eFP-e.pdf
- NATO:** Boosting NATO's presence in the east and southeast, Brussels, 26 April 2021, https://www.nato.int/cps/en/natohq/topics_136388.htm
- NATO:** NATO Mission in Iraq (NMI), Factsheet, June 2021, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/5/pdf/2105-factsheet-NMI-en.pdf
- NATO:** NATO 2030 Factsheet, June 2021, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/6/pdf/2106-factsheet-nato2030-en.pdf
- NATO:** Defence Expenditure of NATO Countries (2014-2021), Communiqué PR/CP(2021)094, 11 June 2021, https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pdf/2021/6/pdf/210611-pr-2021-094-en.pdf
- NATO:** Brussels Summit Communiqué Issued by the Heads of State and Government participating in the meeting of the North Atlantic Council in Brussels 14 June 2021, Press Release (2021) 086, Brussels, 14 June 2021, https://www.nato.int/cps/en/natohq/news_185000.htm
- NAUMANN, Klaus:** Frieden – der noch nicht erfüllte Auftrag, Hamburg 2002
- NORTH ATLANTIC MILITARY COMMITTEE:** MC 14/3 (Final), 16 January 1968: Overall Strategic Concept for the Defense of the North Atlantic Treaty Organization Area, <https://www.nato.int/docu/stratdoc/eng/a680116a.pdf>
- OSCE:** Wiener Dokument 1999 der Verhandlungen über Vertrauens- und Sicherheitsbildende Maßnahmen, 16. November 1999, <https://www.auswaertiges-amt.de/blob/207258/9565cc14bfe1b9cc2bce764b32b6a882/wienerdok-1999-d-data.pdf>; die letzte Fassung stammt von 2011.
- OVERHAUS, Marco:** Die deutsche NATO-Politik. Vom Ende des Kalten Krieges bis zum Kampf gegen den Terrorismus, Baden-Baden 2009
- PAUL, Michael:** Neustart 2.0 zur Abrüstung substrategischer Nuklearwaffen? Verhandlungsansätze und -modelle, SWP-Studie, Berlin 2011, https://www.swp-berlin.org/publications/products/studien/2011_S14_pau_ks.pdf
- PUTIN, Vladimir:** On the Historical Unity of Russians and Ukrainians, Moscow/Kremlin, 12 July 2021, <http://en.kremlin.ru/events/president/news/66181>
- RICHTER, Wolfgang:** Regionale Stabilität? Konventionelle und nukleare Rüstung und Abschreckung in Mittel- und Osteuropa heute – Möglichkeiten der Rüstungskontrolle und Abrüstung; öffentliche Anhörung des Ausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, Deutscher Bundestag, Berlin, 15. Mai 2019, https://www.bundestag.de/ausschuesse/a03/ua_arn/OeffentlicheAnhoerung#url=L2F1c3NjaHVC3NIL2EwMy91YV9hcm4vT2VmZmVudGxpY2hIQW5ob2VydW5nZW4vNjg3MzA2LTY4NzMwNg==&mod=mod685746
- ROBERTS, Brad:** Deutschland und die Nukleare Teilhabe der NATO, Arbeitspapier Sicherheitspolitik 7/21, Bundesakademie für Sicherheitspolitik, Berlin 2021, https://www.baks.bund.de/sites/baks010/files/arbeitspapier_sicherheitspolitik_2021_7_1.pdf
- RÜHE, Volker:** Shaping Euro-Atlantic Policies – A Grand Strategy for a New Era, Speech delivered at the International Institute for Strategic Studies, London, 26 March 1993 (Alastair Buchan Memorial Lecture), in: *Survival – Global Politics and Strategy*: Vol. 35, No. 2, pp. 129-137
- RÜHE, Volker:** Opening NATO's Door, in: HAMILTON, Daniel S., SPOHR, Kristina: *Open Door – NATO and Euro-Atlantic Security after the Cold War*, Washington D.C. 2019, S. 217-233
- RÜHLE, Michael:** Die NATO und der Klimawandel, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 27.09.2021
- SCHARIOTH, Klaus:** Making ESDP strong will strengthen NATO and the Transatlantic Partnership, in: Brimmer, Esther (ed.): *The EU's Search for a Strategic Role. ESDP and its Implications for Transatlantic Relations*, Washington D.C. 2002
- SCHMIDT, Helmut:** Politische und wirtschaftliche Aspekte der westlichen Sicherheit, Vortrag vor dem International Institute for Strategic Studies, London am 28. Oktober 1977 (Alastair Buchan Memorial Lecture), in: *Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin Nr. 112*, S. 1013, Bonn, 8 November 1977
- SPECK, Ulrich:** Morgenlage Außenpolitik, <https://www.getrevue.co/profile/Morgenlage>, Sonderausgabe August 2021
- STOLTENBERG, Jens:** „Unsere Präsenz war nicht vergeblich“, NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg im Interview mit Thomas Gutschker, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 13.09.2021
- SUHRKE, Astri:** A Contradictory Mission? NATO from Stabilization to Combat in Afghanistan, in: *International Peacekeeping*, 2008, vol. 15, n° 2, S. 214-236
- THE ECONOMIST:** Emmanuel Macron warns Europe: NATO is becoming brain-dead, Interview, November 7, 2019, <https://www.economist.com/europe/2019/11/07/emmanuel-macron-warns-europe-nato-is-becoming-brain-dead>
- THE WHITE HOUSE:** Remarks by President Biden on the End of the War in Afghanistan, Washington D.C., August 31, 2021, https://www.whitehouse.gov/briefing-room/speeches-remarks/2021/08/31/remarks-by-president-biden-on-the-end-of-the-war-in-afghanistan/?utm_campaign=Morgenlage%20Au%C3%9Fenpolitik&utm_medium=email&utm_source=Revue%20newsletter
- VARWICK, Johannes:** Die NATO. Vom Verteidigungsbündnis zur Weltpolitik? München 2008
- VARWICK, Johannes:** NATO in (Un-)Ordnung. Wie transatlantische Sicherheit neu verhandelt wird, Bonn, Bundeszentrale für Politische Bildung, 2017
- VERSHBOW, Alexander:** Present at the Transformation: An Insider's Reflection on NATO Enlargement, NATO-Russia Relations, and Where We Go from Here, in: HAMILTON, Daniel S., SPOHR, Kristina: *Open Door – NATO and Euro-Atlantic Security after the Cold War*, Washington D.C. 2019, S. 425-447
- WALPUSKI, Günter:** Verteidigung + Entspannung = Sicherheit. Texte und Materialien zur Außen- und Sicherheitspolitik, Düsseldorf 1981
- WEISSER, Ulrich:** Sicherheit für ganz Europa. Die Atlantische Allianz in der Bewährung, Stuttgart 1999
- WEISSER, Ulrich:** Strategie als Berufung. Gedanken und Erinnerungen zwischen Militär und Politik, Bonn 2010
- ZAGORSKI, Andrei:** Russia and NATO in the 1990s, in: HAMILTON, Daniel S., SPOHR, Kristina: *Open Door – NATO and Euro-Atlantic Security after the Cold War*, Washington D.C. 2019, S. 459-480

DIE DEUTSCHE ATLANTISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Die Deutsche Atlantische Gesellschaft mit Geschäftsstellen in Berlin und Bonn wurde am 20. März 1956 aus der parlamentarischen Mitte heraus gegründet. Seither ist es unsere Aufgabe, das Verständnis für die Politik und die Ziele des Atlantikpaktes mit Blick auf aktuelle außen- und sicherheitspolitische Fragestellungen in der Öffentlichkeit zu diskutieren und zu vertiefen. Wir möchten einer breiten Zuhörerschaft ein Forum für sicherheitspolitische Dialoge bieten.

Unsere Gesellschaft ist durch die Dachorganisation Atlantic Treaty Association (ATA) mit über 30 nationalen Gesellschaften aus den NATO-Mitgliedstaaten und deren Partnern verbunden. Die Gesellschaft ist unabhängig und überparteilich. Sie wird gefördert aufgrund eines Beschlusses des Deutschen Bundestages.

www.ata-dag.de

700

Mitglieder in unserer
Jugendorganisation
YATA Germany

150

Veranstaltungen im Jahr
deutschlandweit, darunter das
Diskussionsforum „Atlantic Talk“
und die internationale
Sicherheitskonferenz „NATO Talk“

Insgesamt aktive
Mitglieder der DAG:

3.000

NATO 2030